

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 48 – 30. November 2013

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Trandparenz im Sowjetstil
Wie Großbritanniens
Geheimdienste auf Sowden-
Vorwürfe reagieren **2**

Preußen / Berlin

**Märkische Wirtschaft
im Aufwind**
Selbst in der Prignitz hellt
sich die Lage auf **3**

Hintergrund

Schulmedizin öffnet sich
Immer mehr Ärzte entdecken
die Naturheilkunde für
sich **4**

Deutschland

Lizenz für mehr Staat
Linke Wissenschaftler liefern
Großer Koalition die
akademische Legitimation **5**

Ausland

Blauhelme schießen scharf
UN vertreiben Kongs
größte Rebellengruppe **6**

Kultur

Erst schießen, dann malen
Weltkriegsmalerei in der
Bonner Bundeskunsthalle **9**

Geschichte

**Nicht nur sein Kniefall
polarisierte**
Kanzler Willy Brandt **11**



Putins Punktsieg

Beim Ringen um Ukraine liegt Moskau vorn

An diesem Wochenende sollte die Ukraine in Wilna ein Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnen, um das viele Jahre gerungen worden war. Doch das Parlament hat sich in letzter Sekunde anders entschieden. Die Ratifizierung wird vorerst ausgesetzt. Stattdessen verhandelt man über eine Wiederannäherung der Ukraine an Russland und einen Beitritt zur Zollunion. Der Wandel erfolgte nach mehreren bis dato geheim gehaltenen Treffen zwischen Wladimir Putin und dem ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch. Moskau soll der Ukraine

einen dringend benötigten Kredit sowie Gaslieferungen zum Vorzugspreis in Aussicht gestellt haben.

Das ist der dritte Punktsieg Putins, der zurzeit mit Papst Franziskus über eine friedliche Lösung in Syrien spricht, gegenüber dem Westen. Nach seinem diplomatischen Coup gegenüber US-Präsident Barack Obama im Syrienkonflikt, dem Fall Snowden und seiner Vereinnahmung Janukowitschs steht Putin, dem viele Unkenrufer eine katastrophale dritte Amtszeit vorausgesagt hatten, zumindest außenpolitisch wieder im Rampenlicht (siehe auch Seite 8).

MRK

Kiew mit günstigem Gas gelockt

Während Finanzminister Wolfgang Schäuble die Euro-Krise einmal wieder für beendet erklärt, vermitteln die Fakten ein anderes Bild.

Manch ein Zuhörer traute seinen Ohren nicht: Bei einer Veranstaltung mit dem griechischen Ministerpräsidenten Antonis Samaras vergangenen Sonnabend in Berlin erklärte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble die Euro-Krise (zum wievielten Male?) für beendet: „Wir haben keine Ansteckungsgefahr mehr.“

Schäuble stützt seine Sicht auf lauter erfreuliche Daten aus den Krisenländern. Griechenland verzeichne einen Überschuss beim „Primärhaushalt“, soll heißen: Wenn die Zinszahlungen für Schulden herausgerechnet werden, weist Athens Etat eine schwarze Zahl aus. Überdies zeigten die geringeren Zinsaufschläge,

welche die schwächelnden Euro-Länder für ihre Staatsschulden zahlen müssten, dass die „Märkte“ wieder Vertrauen in Madrid, Rom oder Lissabon gefasst hätten.

Die Wahrheit ist: Der „Primärhaushalt“ Griechenlands ist nur positiv, weil Athen Rechnungen an Privatunternehmen, die laut Schätzungen in die Milliarden gehen, einfach nicht bezahlt. Die Zinsaufschläge sind nur so niedrig, weil die Europäische Zentralbank (EZB) die Schulden in ihre Bücher nimmt und damit die Zinsen nach unten manipuliert.

Die Polit-Elite der Euro-Zone, Schäuble voran, schiebt mittels Manipulation und Problem-Verdrängung eine hübsche Kulisse vor die Wirklichkeit, welche sie

dann als Realität verkaufen. So trieben es auch die Schönfärber des real gescheiterten Sozialismus, wo Zahlen und Fakten so lange verschwiegen oder geschönt wurden, bis die Wirklichkeit die Kulisse in Fetzen riss.

Wie es in Europa wirklich aussieht? In Spanien und Frankreich toben seit Monaten Unruhen, die mittlerweile alle Bevölkerungsschichten erfasst haben und Anzeichen einer Revolution entwickeln. In Griechenland läuft Anfang kommenden Jahres ein Moratorium aus, das seit 2010 Zwangsversteigerungen von Immobilien ausgesetzt hat. Ein Viertel der Baudarlehen aber ist mittlerweile faul. Es ist mit einer gigantischen Welle von Zwangsversteigerungen zu

rechnen, welche die spanische Katastrophe noch weit in den Schatten stellt.

Schäubles Schönrednerei hat einen simplen Grund: Allein für Griechenland stehen die Deutschen mittels diverser „Rettungsprogramme“ mit rund 80 Milliarden Euro gerade. Hinzu kommen weitere Garantien für andere Länder. Mit dem Geld wurden die Banken, die zuvor mit den Schulden der Krisenländer prächtig verdient hatten, ausgelöst.

Kommt die Wahrheit ans Licht, würden diese Forderungen schlagartig fällig. Die Berliner Politiker müssten dem Volk erklären, wofür das viele Geld eigentlich verpulvert wurde. Das aber überlassen sie lieber kommenden Generationen. Wie beim Schuldenprogramm der sich anbahnenden Koalition gilt die Devise: Nach uns die Sintflut.

Hans Heckel

Politiker schieben hübsche Kulisse vor die Wirklichkeit

Ende der Krise? In Spanien, Portugal, Frankreich, Italien und Griechenland gibt es fast täglich Demonstrationen gegen Sparpläne

Bild: pa

Nach uns die Sintflut

Warum die wahre Lage in der Euro-Zone verschwiegen wird

Ende der Krise? In Spanien, Portugal, Frankreich, Italien und Griechenland gibt es fast täglich Demonstrationen gegen Sparpläne

JAN HEITMANN:

Dummes Volk?

Seit über 60 Jahren steht es im Grundgesetz: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ – was in der Regel mit einem Kreuz auf dem Wahlzettel erledigt ist. Doch seit sich die Parteiprogramme immer mehr gleichen und die programmatischen Reden und Wahlkampfsprüche immer inhaltsleerer werden, können die Bürger dabei kaum noch einen konkreten Kurs vorgeben. Es gewinnt nicht mehr der eine Wahl, der das überzeugendere Programm hat, sondern der, dem man am ehesten zutraut, irgendwie die richtigen Entscheidungen zu treffen. Ein Mittel, den Bürgern wieder eine echte Teilhabe an der politischen Entscheidungsfindung zu ermöglichen, wären Volksentscheide auch auf Bundesebene. So klang es vielversprechend, dass Union und SPD wenigstens Referenden zu grundlegenden europapolitischen Entscheidungen auf der Agenda ihrer Koalitionsgespräche hatten.

Doch das Thema ist vom Tisch. Deutschland sei in seiner Geschichte mit der Ablehnung von Volksentscheiden gut beraten gewesen, teilte Thomas de Maizière (CDU) für die designierten Koalitionäre mit. Es sei Aufgabe politischer Führung, auch unpopuläre Entscheidungen durchzusetzen, die sie für richtig halte. Dabei stört natürlich nichts so sehr wie das vermeintlich dumme Volk, das mit Mitteln der direkten Demokratie einen eigenen politischen Willen durchsetzt. Dass der nicht falsch sein muss, haben die vielen Abstimmungen auf kommunaler und Landesebene gezeigt. Selbstverständlich können Volksentscheide zu Ergebnissen führen, die nicht jedem gefallen. Aber auch das gehört zur Demokratie. Die Politiker haben Angst vor dem Volk. Es ist nämlich nicht so dumm, wie sie es gern hätten.

Polizei lässt linke Aktivisten gewähren

»Compact«-Veranstaltung über Ehe, Familie und Kinder durch Gewaltanwendung blockiert

Mehrere hundert Aktivisten der linken Szene haben am 23. November in Leipzig den Versuch unternommen, die „2. Souveränitätskonferenz“ des „Compact“-Magazins per Blockade gegen die rund 600 Teilnehmer zu verhindern. Themen der Veranstaltung waren Ehe, Familie und Kinder in Deutschland und Europa. Unter der Duldung der anwesenden Polizei richteten die Demonstranten, unter denen sich auch Mitglieder der Jugendorganisation der Partei „Die Linke“ befanden, Straßensperren und blockierten die Zufahrtswege.

Ein Betroffener berichtete, dass er zehn verschiedene Polizisten habe ansprechen müssen, um endlich Anzeige erstatten zu können. Beob-

achter einer Besprechung der Blockierer berichteten später, dass auf Kosten der Partei „Die Linke“ Eintrittskarten erworben worden sein sollen, um vereinzelte Störer in den Saal zu bringen.

Wer dennoch zu Fuß über Feldwege zum Veranstaltungsort vorgezogen wurde, wurde auf dem Privatgelände des Hotels von einer Meute grölender Demonstranten begrüßt, die Israel-Fahnen in Blau und in den Regenbogenfarben der Schwulen- und Lesbenbewegung schwenkten. Fast alle Konferenzteilnehmer wurden bedrängt, viele auch getreten und geschlagen. Selbst Angriffe auf meh-

rere weibliche Abgeordnete der russischen Duma veranlassten die unbeteiligt zuschauende Polizei zunächst nicht zum Eingreifen. Eine Rentnerin wurde mit Pfefferspray so heftig traktiert,

heftig traktiert, dass sie ins Krankenhaus eingeliefert werden musste. Der MDR berichtete zudem, dass die Aktivisten das Veranstaltungshotel zu stürmen versucht hätten. Dies sei dann jedoch von der Polizei verhindert worden.

Um Funktionären der Homosexuellenlobby die Gelegenheit zur Darstellung ihres Standpunktes zu geben, hatte „Compact“-Herausgeber Jürgen Elsässer zwei von ihnen

zur Konferenz eingeladen. Diese hätten jedoch kein Interesse daran gezeigt. Die frühere „Tagesschau“-Sprecherin Eva Herman hatte sich bereits im Vorfeld durch zahlreiche Drohungen linksextremer Gewalttäter einschüchtern lassen und ihre Teilnahme abgesagt.

Mit Hinweis auf den Unwillen der Polizei, die Konferenzteilnehmer zu schützen, sagte Elsässer die nach der Konferenz vorgesehene Feier ab. Zudem kündigte er ein juristisches Nachspiel an. Dieses werde sich nicht nur gegen die Gewalttäter, sondern auch gegen die Polizeieinsatzleitung und die Behörden richten. Ihr Nichteinschreiten und die Genehmigung der Demonstrationen hätten erst alles ermöglicht. H. Lody

Rentnerin mit Pfefferspray attackiert

Klaus D. Voss ist gestorben

Klaus D. Voss, Chefredakteur der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* von 2006 bis 2008, ist tot. Die Mitarbeiter der PAZ haben seinen Tod mit Bestürzung aufgenommen, denn er wurde nur 62 Jahre alt.

In den zwei Jahren bei der PAZ brachte Voss diese Zeitung weit voran. Nachdem sein Vorgänger Hans-Jürgen Mahlitz den Übergang vom alten *Ostpreußenblatt* zur *Preußischen Allgemeinen* gemeistert hatte, arbeitete Voss mit seiner reichhaltigen Erfahrung und höchster journalistischer Professionalität daran, das einzigartige Profil der PAZ entscheidend zu schärfen.

Die Qualität seiner Arbeit fußte auf einem Lebensweg, der ihn durch eine breite Palette journalistischer Tätigkeiten führte. Er hat sein Handwerk von der Pike auf gelernt. Nach seiner Zeit auf der Münchener Journalistenschule, bei der er eine praktische Ausbildung in den Sektoren Zeitung, Presseagentur, Rundfunk und PR

»Rudeljournalismus« lehnte er ab

genoss, zog es ihn zur Zeitung. So zum „Bonner Generalanzeiger“, den „Stuttgarter Nachrichten“, zur „Rheinischen Post“ und zu den „Lübecker Nachrichten“, wo er leitende Funktionen ausübte.

Diese lange Karriere hatte seinen Blick geschärft. Klaus D. Voss ließ sich nicht vom berüchtigten „Rudeljournalismus“ davontragen, in dem allzu viele deutsche Medienmacher einfach nachschreiben, was doch angeblich auf der Hand liege. Er hatte die sprichwörtliche Nase dafür, wenn etwas nicht stimmte, wenn Politiker oder Lobbyisten versuchten, die Medien vor ihren Karren zu spannen.

Diesen kritischen Blick zu schärfen, ermutigte er auch die PAZ-Redaktion. Er tat dies stets in kollegialer Manier, Loyalität war für ihn keine Einbahnstraße. Jeder wusste, dass er sich auf ihn verlassen konnte. Klaus D. Voss hinterlässt seine Frau Doris, mit der er seit 1973 verheiratet war. Ihr gilt unser Mitgefühl.

Die Redaktion der PAZ

Die Schulden-Uhr: 19,14 Euro pro Person

Durchschnittlich 19,14 Euro hat das Bundesinnenministerium (BMI) 2012 pro Angehörigem der deutschen Minderheit in Osteuropa ausgegeben. Dabei liegt der Betrag für die Deutschen in Rumänien mit 4765 Euro relativ hoch. In der Tschechei sind es 41,28, in der Ukraine 31,4, in Kasachstan 24,22, in der Russischen Föderation 24,18 und in Usbekistan immerhin noch 19,36 Euro. Unter dem Durchschnitt liegen die Republik Polen mit 6,56 und das wegen seiner unkonventionellen Regierung bei der EU in Ungnade gefallene Ungarn mit gar nur 2,22 Euro. Insgesamt gab das BMI gut 20 Millionen Euro für diesen Zweck aus. Der größte Teil dieses Geldes floss laut dem BMI in die Altenpflege, in Sprachkurse und in Seminare. *M.R.*

2.066.760.087.511 €

Vorwoche: 2.066.080.403.572 €
Verschuldung pro Kopf: 25.674 €
Vorwoche: 25.666 €

(Dienstag, 26. Dezember 2013, Zahlen: [www.steuerzahler.de](#))

Transparenz im Sowjetstil

London: Fragen des parlamentarischen Kontrollausschusses ISC an Geheimdienstchefs vorher mitgeteilt

Als Meilenstein der Offenheit war zunächst eine im Fernsehen übertragene Befragung der drei ranghöchsten britischen Nachrichtendienstler durch den parlamentarischen Kontrollausschuss für die Geheimdienste (ISC) bejubelt worden. Inzwischen ist klar, dass es sich bei dem „Grillen“ der Spionage-Chefs um eine inszenierte Auf-führung gehandelt hat, bei der die Schnüffler selbst Regie geführt haben.

Gemessen an früheren Verhältnissen schien am 7. November eine ganz neue Ära anzubrechen. Über 90 Minuten sollten die Chiefs des Inlandsgeheimdienstes MI5, der Auslandsspionage MI6 und der geheimen Fernmeldeaufklärung GCHQ in einer live vom Staatssender BBC übertragenen Befragung Rede und Antwort stehen. Der angekündigte Schwerpunkt: die Enthüllungen des Ex-NSA-Mitarbeiters Edward Snowden über die Arbeit der britischen Geheimdienste. Da über Jahrzehnte von offizieller Seite sogar gelegnet worden war, dass es so etwas wie einen Geheimdienst in Großbritannien überhaupt gibt, kam die Veranstal-

tung einem kleinen Wunder gleich. Nach bisher vorliegenden Informationen sind im „Mutterland der parlamentarischen Demokratie“, wie sich die Briten gern selber bezeichnen, auch erst im Jahr 1994 klare gesetzliche Regelungen zur Arbeit der Geheimdienste geschaffen worden. Ebenfalls in die 90er Jahre fallen die ersten behutsamen und kontrollierten Schritte hin zu einer Art Öff-

»Live«-Übertreibung im Fernsehen war gar nicht live

fentlichkeitsarbeit durch die Schlapphüte ihrer Majestät.

Inzwischen ist klar, dass die Anfang November im Fernsehen übertragene Befragung der Spionagechefs kein weiterer Schritt zu mehr Offenheit war. Fast noch harmlos mutet das inzwischen durchgesickerte Detail an, dass es sich nicht um eine wirkliche „Live“-Übertragung gehandelt habe. Stattdessen ist die Befragung

um 15 Minuten zeitversetzt ausgestrahlt worden. Es war also von vornherein ein Sicherheitspolster eingeplant, um unliebsame Fragen oder Patzer bei den Antworten herauszuschneiden zu können, bevor sie über den Sender gingen. Vollständig demontiert wurde der Ruf der Veranstaltung allerdings, nachdem die „Sunday Times“ enthüllt hatte, dass den Geheimdienstchefs sogar die Fragen vorab bekannt waren. Und so wurde für die Öffentlichkeit eine durchinszenierte, wahrscheinlich vorher sogar geprobte Farce aufgeführt.

Entsprechend fallen die Reaktionen aus: „Offensichtlich war das ‚Grillen‘ der Spionagechefs eine ‚totale Pantomime‘“, so ein konservativer Parlamentsabgeordneter gegenüber der „Sunday Times“. An den früheren Ostblock fühlte sich Professor Anthony Glees erinnert, der zur Sicherheitspolitik forsch: „Solche Inszenierungen sind eine Reminiszenz an die alte Sowjetunion, bei der jeder sich selbst applaudiert.“

Der aufgeführten „Befragung“ soll ein Deal zwischen den Chiefs von MI5, MI6 und GCHQ mit dem ISC zugrunde gelegen haben. Die

Geheimdienstchefs stellen sich zwar der Öffentlichkeit, im Gegenzug gibt es aber keine Überraschungen, so der Grundzug der Vereinbarung. Das Thema Snowden-Enthüllungen solle zudem nur ein Drittel der Zeit in Anspruch nehmen, und alle Fragen sollten vorher bekannt sein. Entsprechend belanglos fiel die Befragung aus.

Mit dem Bekanntwerden der Absprache hat nicht nur der Ruf der Spionagechefs weiteren Scha-

Nun sind auch Parlament und Premier angeschlagen

den genommen, auch der beteiligte Parlamentsausschuss hat sich einen Bären dienst erwiesen. Mit den Snowden-Enthüllungen steht nämlich ohnehin die Frage im Raum, ob das Gremium zu schnell bereit war, selbst umstrittene Spionageaktivitäten – etwa während des Londoner G20-Gipfels im Jahr 2009 gegen die angereisten Regierungschefs – zu verteidigen, anstatt die Dienste wirklich zu beauf-



Standen dem Parlament nur deshalb Rede und Antwort, weil man ihnen versprach, auf unangenehme Fragen zu verzichten: Andrew Parker (MI5, l.), John Sawers (MI6) und Iain Lobban (GCHQ) stellten für die auch im Fernsehen übertragene Befragung vorab klare Bedingungen

Bild: pa

Ohne Kurden geht es nicht

Erdogan will Präsididialverfassung, dazu braucht er die Minderheit

Wir errichten eine neue Türkei“, rief der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan vor rund zwei Wochen feierlich einer Menschenmenge entgegen, die ihm bisher wohl überwiegend feindlich gegenüberstand. Denn Erdogan wagte sich in die Höhle des Löwen, nach Diyarbakir, in die heimliche Hauptstadt der Kurden innerhalb der türkischen Staatsgrenzen. Zusammen mit dem kurdischen Sänger Sivan Perwer, Kultfigur vieler kurdischer Generationen, und dem Präsidenten der „Autonomen Region Kurdistan“ im Nordirak, Masud Barzani, beschwor Erdogan vor vielen tausend Kurden die Schicksalsgemeinschaft, die beide Völker seit Jahrhunderten verbinde. Mit im Gepäck hatte der türkische Premier außerdem zahlreiche Versprechungen und Zugeständnisse, die er den Kurden für die nahe Zukunft zusagte. Erdogan sprach von Frieden, einer gemeinsamen Zukunft beider Völker und auch von einer weitreichenden Autonomie. Jener Autonomie, von der auch die Kurden seit unzähligen Jahren sprechen und träumen.

Doch steckt hinter Erdogans Auftritt tatsächlich der Wunsch nach Frieden, so wie viele deutsche Me-

dien berichten? Oder geht es ihm nicht vielmehr darum, die Kurden für seinen Wahlkampf zu mobilisieren? Denn im kommenden März wird in der Türkei gewählt, die Kommunalwahlen stehen an. In Diyarbakir und Umland dominiert die kurdische Partei für Frieden und Demokratie (BDP) mit rund zwei Drittel der Stimmen und be-

Verfassungsänderung könnte den AKP-Chef ermächtigen

fördert Erdogan und seine Partei AKP somit weitestgehend aufs Abstellgleis. Doch Erdogan braucht die BDP, die Kurden und ihre Unterstützung. Das türkische Staatsoberhaupt strebt nämlich eine weitreichende Verfassungsänderung an, um seine Macht bis 2015 zu sichern. Als Premier kann Erdogan nicht wiedergewählt werden. Deshalb will er, der bereits seit 2003 im Amt ist, nun Präsident werden. Für jene Verfassungsänderung – Erdogans persönliche Präsidialverfassung – benötigt er jedoch dringend die Unterstützung der BDP. Diese soll unter anderem da-

für sorgen, dass die PKK ihre Waffen endgültig niederlegt. Der Deal ist einfach: Die BDP verhilft Erdogan zu einer Mehrheit für seine Präsidialverfassung im Parlament, dieser gewährt den Kurden im Gegenzug eine weitreichende kulturelle und politische Autonomie.

Um sein Ziel zu erreichen, fährt Erdogan zweigleisig. Denn er setzt außerdem auf Masud Barzani, den Präsidenten der „Autonomen Region Kurdistan“ im Nordirak. Mit dem Versuch, Barzani für sich zu gewinnen, treibt der türkische Premier einen Keil zwischen die türkischen Kurden. Die Führung der BDP äußerte nämlich unlängst ihren Unmut über die Zusammenarbeit von Barzani und Erdogan. Als Vasallenstaat der Türkei blüht „Kurdistan“ im Nordirak wirtschaftlich auf und profitiert maßgeblich von der Türkei als großem Handelspartner und Investor.

Für Erdogan selbst ist der Weg klar: Er gesteht einer kurdischen Minderheit eine für ihn kontrollierbare Autonomie zu, sichert sich im Gegenzug deren Unterstützung und zeitweilige Loyalität, um so schlussendlich den Weg für seine präsidiale Alleinherrschaft zu ebnen. Nächstes Ziel: Osmanisches Reich? *Philip Stein*

Geld für die Antifa

ASTen finanzieren linke Netzwerke

Ob Wien, Göttingen, Potsdam, Marburg oder Duisburg-Essen, seit Jahren häufen sich Finanzskandale rund um die Allgemeinen Studierendenausschüsse (ASTen) in deutschen Uni-Städten. Die Kritik an den ASTen sollte dabei so umfassend ausfallen, wie deren Bemühungen, mit öffentlichen sowie studentischen Geldern die zumeist linksalternativen Nischenprojekte zu finanzieren. Schwulen- und Lesbenreferate, autonome Frauenreferate, Trans-

gender-Seminare, feministische Bibliotheken oder die örtliche Antifa – die linken Netzwerke leben mittlerweile von den Finanzspritzen der Universitäten und ihrer studentischen Interessenvertreter. Der normale Student nimmt hiervon kaum Notiz, auch wenn sein Geld jedes Semester erneut nur denen von Nutzen ist, die es für ihre eigenen Interessen verwenden. Doch die linken Netzwerke sind nicht das einzige Problem im Universitätsbetrieb, denn seit einigen Jahren werden Fälle publik, die aufzeigen, was passiert, wenn verantwortungslose jungen Menschen über fünfstellige Beträge verfügen.

Die Beispiele für den unverantwortlichen Umgang der ASTen mit den studentischen Finanzen sind so zahlreich, dass sie Bücher füllen könnten. Zuletzt sorgte man in Frankfurt für Schlagzeilen, als bekannt wurde, dass eine vom ASTA organisierte Feier rund 27 000 Euro Miese machte – natürlich auf Kosten aller Studenten. In Essen ermittelte 2011 die Staatsanwaltschaft gegen den örtlichen ASTA, da dieser einen fünfstelligen Betrag durch das Ausstellen fal-

scher Rechnungen ergaunert habe. Weiterhin wurden private Feierlichkeiten, Ausflüge und Aktivitäten als Studentenfeiern getarnt und mit dem Geld eines jeden Studenten finanziert. Das alles ist kein Einzelfall: Der ASTA der Uni Bonn musste vor einigen Jahren über 260 000 Euro abschreiben, an der FU Berlin waren es 176 000 Euro. Die Liste ist fast beliebig erweiterbar. Doch der Aufstand bleibt aus. Die meisten Studenten interessieren sich schlichtweg nicht für Hochschulpolitik und unterstützen so unbewusst, den rücksichtslosen Missbrauch ihrer eigenen Finanzen. *P.S.*

Wenn Gewalt zum Mythos wird

Von THEO MAASS

Wieder haben Linksextreme den Jahrestag des Todes ihres Gesinnungs-genossen Silvio Meier genutzt, um den Berlinern ihre Macht zu demonstrieren. Über den Ablauf der Silvio-Meier-Demonstration am 23. November in Berlin-Friedrichshain gibt es unterschiedliche Darstellungen. Das linksextreme Internet Forum „Indymedia“ berichtete von „Prügelattacken und Festnahmen der Polizei“, die zeigten, „was man von antifaschistischem Engagement in der Hauptstadt hält“. Der „Tagesspiegel“ hingegen beruhigte seine Leser mit einem Bericht über eine „friedliche“ Demonstration. Das bevorzugte Blatt der West-Berliner Mitte-Linken mit gutem Einkommen schrieb, es habe „keine größeren Zwischenfälle“ gegeben. Allerdings wurden Steinwürfe und das Abschießen von Feuerwerkskörpern einge-räumt.

Im Vorfeld der Demo war es zum Anschlag auf den NPD-Funktionär Björn Wild gekom-men, der in Kreuzberg von mehreren Links-extremisten vom Fahrrad gestoßen wurde und anschließend lebensgefährlich verletzt mit zertrümmerter Knie Scheibe sowie Schädelbasis- und Handbruch ins Krankenhaus eingeliefert werden musste. Eine Linkspostil-le höhnte darauf, Wild „habe den Kürzeren“ gezogen.

Von ähnlicher Qualität ist auch die wieder-gekäute Darstellung vom Tod Meiers. Der Hausbesetzer und „Straßenkämpfer“ hatte 1992 mit weiteren Linksextremisten anders-denkende Jugendliche überfallen, weil diese den Aufnäher „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“ trugen. Bei einer anschließenden Schlä-gerei kam Meier zu Tode. Seither propagiert die linksextreme Szene den Mythos vom Mord an Silvo Meier als einer Art Blutzeuge der Bewegung, wie es die Nazis mit ihrer Ikone Horst Wessel praktizierten hatten.

Anders als in der Weimarer Republik, wo der Staat – letztlich vergeblich – versuchte, jegliche Art von politisch motivierter Gewalt zu bekämpfen, hat das von Linken und Grünen beherrschte Bezirksparlament Friedrichs-hain-Kreuzberg es für richtig gehalten, den Silvio-Meier-Mythos zu übernehmen. Eine Straße wurde nach ihm benannt. Die Schuld des Berliner Senats, an dem auch die CDU beteiligt ist, besteht darin, die Benennung nach einem linksextremen Gewalttäter nicht unterbunden zu haben.

Ob nun 5 000 („Tagesspiegel“) oder 6 000 („Indymedia“) Teilnehmer an dieser Demon-stration beteiligt waren, spielt letztlich keine Rolle. Vor aller Augen wird hier der Rechts-staat zu Grabe getragen. Die Zulassung der Unterscheidung zwischen guter (linker) und schlechter (rechter) politisch motivierter Ge-walt hat bereits heute das Rechtsempfinden der Bürger tief erschüttert.

Märkische Wirtschaft im Aufwind

Positive Signale aus dem Berliner Umland – doch selbst in der Prignitz hellt sich die Lage auf



Brandenburgs Industrie kommt gut voran: Beim Tankanla-genbau Reuther in Fürstenwalde werden Stahlseg-mente für Wind-kraftanlagen gebaut. Ein Groß-auftrag aus Däne-mark sichert hier vorerst die Arbeits-plätze.

Bild: pa

Drei Wirtschaftsregionen Branden-burgs haben inzwischen westdeut-sches Niveau erreicht, dabei sogar schon einige Westregionen überholt. Das zeigt eine Studie des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufs-forschung (IAB).

Zwar muss die Mark mittlerweile mit weniger Wirtschaftsförderung des Bundes auskommen, wie die Landes-regierung nun bekanntgab. Durch den deutlichen Auftragsanstieg der Indu-strie geht es der Region insgesamt aber trotzdem immer besser.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Brandenburg verläuft in einigen Regio-nen besser als in den anderen neuen Bundesländern, so der IAB-Bericht „Neue Rangfolge der förderbedürfti-gen Regionen in Deutschland“. Das In-stitut stellt darin zwar fest, dass das er-hebliche wirtschaftliche Gefälle zwis-chen Ost und West noch fortbestehe. „Es zeigt sich aber auch, dass es eini-gen ostdeutschen Regionen gelungen ist, ihre Position im gesamtdeutschen Ranking zu verbessern, so dass sie bes-ser dastehen als einige westdeutsche Regionen.“

In Brandenburg treffe dies auf die drei Regionen Luckenwalde, Potsdam-Brandenburg (a. d. Havel) und Ora-nienburg zu. Indes: Die beigelegte Kar-te zur Studie für 2014 zeigt den über-wiegenden Teil der neuen Bundeslän-der in Dunkelblau, der Farbe der strukturschwächsten Regionen Deutschlands. Sie liegen, auch nach

Abgleich mit der Bevölkerungsent-wicklung, ausnahmslos auf dem Ge-biet der einstigen DDR. Die nächste Abstufung „strukturschwach“ betrifft dagegen auch den ganzen Norden Schleswig-Holsteins, die Region um Dortmund oder weite Landstriche im Harz und an der Elbe in Niedersach-sen. Die genannten Gebiete Branden-burgs bilden so nicht nur die größte Fläche sich relativ besser entwickeln-der Gebiete in den neuen Bundeslän-dern, sie stehen laut IAB teils schon bes-ser da als manche Re-gion an der Nordsee.

Ähnlich wie die Brandenburger Auf-steiger-Gebiete ent-wickeln sich auch große Teile Thüringens oder etwa die Region um Sachsens Landeshauptstadt Dresden: Sie sind noch als struktur-schwach einzustufen, müssen aber nicht mehr so stark gefördert werden. Das Ziel der IAB-Studie besteht ent-sprechend darin, einen „Gesamtindi-kator“ zu berechnen, „mithilfe dessen förderbedürfte Regionen identifiziert und ihre Rangfolge festgelegt werden können“. Kurzum, es soll herausgear-beitet werden, wer von den knapper werdenden Fördergeldern des Bundes noch wie viel abbekommen soll.

Die Fördermittel der EU an Brand-enburg nehmen ebenfalls ab, zudem flossen EU-Subventionen in der Ver-gangenheit vielfach an Projekte, die sich heute als wenig tragfähig erweisen

wie etwa die künstlich aufgeblasene Solarbranche. Brandenburgs Industrie indes verzeichnet insgesamt ein Auf-tragsplus von 10,9 Prozent. Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg gab diesen Auftragsanstieg von Januar bis September dieses Jahres im Vergleich mit dem Vorjahreszeitraum nun be-kannt. Im Juli lief die Wirtschaft der Mark demnach besonders gut, auch die Monate August und September wa-ren vielversprechend. Insgesamt er-wirtschaftete die In-dustrie Brandenburgs zwar mit 16,8 Milliar-den Euro etwas wen-iger als im Vorjahres-zeitraum – das Minus von 1,1 Prozent war aber vor allem den er-sten beiden Quartalen dieses Jahres geschuldet.

Es gibt somit Aussichten, dass Bran-denburg die Kürzung der Fördergelder des Bundes um rund neun Millionen Euro für 2014 bis 2020 verkraften kann. Die Mark wird in dieser Zeit rund 70 Millionen Euro vom Bund er-halten. Erstmals ist mit der Kürzung ein bundesweit einheitliches Förder-programm vorgesehen – Fehlförderun-gen zugunsten einzelner Länder und auf Kosten anderer sind somit weniger zu erwarten. Die rot-rote Landesregie-rung wird mehr denn je sinnvolle Schwerpunkte setzen müssen.

Aufwärts geht es laut Industrie- und Handelskammer (IHK) auch in der außerhalb des Berliner Speckgürtels

liegenden Region Prignitz. Fast jedes fünfte Unternehmen will dort in den nächsten Monaten neue Mitarbeiter einstellen – 2011 war es hingegen nur gut jedes zehnte. Laut IHK Cottbus verbessert sich auch die Geschäftslage in allen Wirtschaftsbereichen der Lausitz: 45 Prozent der von der Kam-mer jüngst befragten 572 Firmen sprechen von einer guten Geschäfts-lage. Im Frühjahr waren es nur 35 Prozent. Der Anteil der Unternehmen mit ausdrücklich schlecht gehenden Geschäften schrumpfte auf neun Pro-zent.

Vor allem Energie- und Rohstoffprei-se lösen indes Befürchtungen vor ei-nem baldigen Ende des Booms aus – auch das ergab diese IHK-Herbstum-frage. Das Signal an die rot-rote Lan-despolitik ist somit klar: Die eigene Energiestrategie müsse bis 2030 drin-gend überarbeitet werden, um die Wettbewerbsfähigkeit Brandenburgs nicht zu gefährden.

Die Strategie zielt bislang sehr stark auf die Förderung Erneuerbarer Ener-gien ab und enthält ein Bekenntnis zum „Aufbau einer Solarbörse für po-tenzielle Investorinnen“ sowie für Ge-bäudeeigentümer und das Handwerk. Statt die „mangelnde Flächenverfü-gbarkeit“ für noch mehr Solarmodule zu monieren, fordert die branden-burgische Wirtschaft Rot-Rot demnach auf, auf Bundesebene eine sinnvolle Überarbeitung des Erneuerbare-Ener-gien-Gesetzes zu betreiben.

Sverre Gutschmidt

Energiepolitik droht den Boom auszubremsen

Peinlicher Matsch

Die Umgebung des Reichstags verkommt

Ungläubiges Staunen ruft der Zustand der Umgebung des Berliner Reichstags bei Touristen hervor. Zu einem Schandfleck hat sich etwa der abgetretene Rasen vor dem Sitz des Bundestages entwickelt: Während die Fläche im Sommer einer Wüste gleicht, versinkt das Areal im Winter im Matsch. Bei der Frage, wie dieser Zustand beendet werden kann, schiebt inzwischen jeder dem anderen den Schwarzer Peter zu.

Eigentlich zuständig für die Grünfläche ist der Bezirk Mitte. Bezirksbürgermeister Christian Hanke (SPD) macht aber geltend, dass er kein Geld habe, und be-klagt sich bei Berlins Bausenator Michael Müller (ebenfalls SPD). Der wiederum hofft, dass der Bund „direkt vor seiner Haustür hilft, zu einer Lösung zu kom-men“. Der Bundestag macht je-doch keine Anstalten, in die

Spendiertasche zu greifen. Wäh-rend jeder der Beteiligten auf den anderen zeigt, werden nahelie-gende Lösungsansätze nicht ein-mal diskutiert – etwa das Betreten der Fläche zu untersagen, wenn kein Geld für die Pflege da ist.

Der Reichstag ruft bei Berlin-Besuchern allerdings noch aus ei-nem anderen Grund an den Zuständen in der d e u t s c h e n Hauptstadt her-vor. Container, Baracken und Absperrgitter des 2010 eingerichteten provisori-schen Besucherzentrums ver-schandeln das Vorfeld des Parla-ments. Womöglich wird das sogar zum Dauerphänomen. Angesichts einer Kostenschätzung von rund 500 Millionen Euro hatte der bis-herige Bauminister Peter Ramsau-er (CSU) Plänen für einen unterir-dischen Neubau des Besucher-zentrums bereits im Mai eine Ab-sage erteilt.

N.H.

Niemand will zuständig sein

Deutsche Relikte werden geborgen

I n Dammvorstadt [Slubice], dem I polnischen Teil von Frankfurt (Oder), haben ehrenamtliche Hel-fer deutsche Grabsteine und an-dere Zeugnisse der deutschen Vergangenheit geborgen. Auf dem kommunalen Friedhof ist eine Sammlung von Sarkophagen, Skulpturen und Grabsteinen ent-standen. Vor drei Jahren waren Reste deutscher Grabstätten ent-deckt worden. Polnische Lokalpo-litiker und Behörden kümmerten sich lange nicht um diese Spuren. Jetzt setzt sich der Verein „My Life – Erzählte Zeitgeschichte“ aus Frankfurt (Oder) für den Er-halt ein. Treibende Kraft ist Vor-standsmitglied Roland Semik (29). Der Pole will die Grabsteine als Zeugnisse erhalten, auch wenn er dafür nach eigenen Angaben an-fangs Widerstände auf polnischer Seite überwinden musste. Inzwi-schen stößt seine Arbeit auch bei den Polen auf Interesse: „Jetzt wollen die Slubicer vor allem wis-sen, was die Inschriften bedeuten und wer sich darum kümmert“, so Semik.

SG

Duldung gescheitert

Von Asylanten besetzte Schule wurde zum Problemherd

Katastrophale Zustände in einer von Asylbewerbern besetzten Schule hat Fried- richshain-Kreuzbergs Bezirksbür-germeisterin Monika Herrmann (Grüne) eingeräumt. „Als selbst-verwaltetes Zentrum ist die Schu-le gescheitert“, so Herrmann. Ein erstaunliches Eingeständnis: Die grün beherrschte Bezirksverwal-tung hatte ab Ende 2012 nicht nur das umstrittene „Flüchtlings-camp“ auf dem Oranienplatz ge-duldet, sondern eben auch die nun aus dem Ruder gelaufene Schulbesetzung durch Asylbewer-ber.

Konkret führt Herrmann an, dass Bezirksmitarbeiter wöchent-lich die Schule besucht hätten, um Reparaturen zu besprechen. „Doch es gibt keine festen An-sprechpartner“, und eine Woche später seien die Sachen wieder kaputt. Allerdings nicht nur das: Schon mehrfach ist Kriminalitätät von dem Haus in der Ohlauer-kehl (CDU) aus: „Es erfordert schon einiges an Dreistigkeit, dass dieje-

ein Afrikaner von anderen Haus-bewohnern niedergestochen wor-den war, musste unlängst sogar ein Sondereinsatzkommando der Polizei anrücken.

Verblüffend ist, was Herrmann nach dem Scheitern ihres Dul-dungskonzeptes nun einklagt: Der

Polizei musste nach Gewalttaten eingreifen

Bund sei gefordert, wenn massen-haft Menschen etwa aus Afrika nach Berlin kämen. Keine Rede davon, dass für einen großen Teil der Asylbewerber eigentlich Ita-lien zuständig ist, da dort die er-forderlichen Erstanträge gestellt worden sind. Entsprechend dia-metral sieht die Einschätzung von Berlins Innensenator Frank Hen-non aus der Ohlauer-kehl (CDU) aus: „Es erfordert schon einiges an Dreistigkeit, dass dieje-

nige, die die Missstände in Kreuz-berg zu verantworten hat, sich jetzt zurücklehnt und mit dem Finger auf andere zeigt.“ Herr-mann habe am Oranienplatz und in der Ohlauer Straße eine rechts-widrige Situation zugelassen, die ihr über den Kopf gewachsen sei.

Auf den ersten Blick scheint Herrmann vor einem politischen Scherbenhaufen zu stehen – aus-gemacht ist dies aber noch lange nicht. Das Scheitern ihrer Dul-dungspolitik setzt den Senat näm-lich unter Zugzwang. Wie sich im Fall des „Flüchtlingscamps“ vom Oranienplatz zeigt, war Herrmann letztendlich damit erfolgreich, die selbstverursachten Probleme weiterzureichen. Dieser Tage sind rund 80 Asylbewerber, die bisher auf dem Kreuzberger Oranien-platz kampierten, in ein früheres Seniorenheim der Caritas gezo-gen. Die Kosten für das Winter-quartier von 136 000 Euro werden durch den Berliner Senat getra-gen.

Norman Hanert

Zeitzeugen



Dietrich Grönemeyer – Der 1952 geborene Medizinunternehmer und Lehrstuhlinhaber für Radiologie und Mikrotherapie an der Universität Witten gilt als Verfechter einer Symbiose von Naturheilkunde und Schulmedizin. Beide Disziplinen zusammen ergeben nach seiner Meinung die perfekte Heilkunst. Der Bruder des Sängers Herbert Grönemeyer rief in Bochum die Grönemeyer-Stiftung ins Leben, die sich der Prävention und Aufklärung in Gesundheitsfragen widmet. Vor allem Kinder und Jugendliche will er beispielsweise mit seinem im September auf Tour gegangenen „Medi-Circus“ erreichen und über eine gesunde Lebensweise mit viel Bewegung aufklären.



Ulrike Lindequist – Die 1951 geborene, inzwischen verstorbene Forscherin im Bereich der Meeresbiologie und Inhaberin eines Lehrstuhls für Pharmakologie in Greifswald machte sich einen Namen bei der Gewinnung pharmazeutischer Substanzen aus Meeresgetier, Pilzen und Algen. Gemeinsam mit anderen Greifswalder Wissenschaftlern und Kollegen der Universität Rostock hat sie in den vergangenen Jahren mehr als 300 Algen, Pilze, Muscheln, Schnecken und Würmer untersucht, die verschiedenen Wirkstoffe isoliert und auf ihre Wirkungen gegen Krankheitserreger, Tumorzellen oder Enzyme geprüft. In einem Ressourcenzentrum für marine Organismen soll das Wissen verschiedenen Anwendern zur Verfügung stehen.

Sebastian Kneipp – Der bayerische Priester und Hydrotherapeut aus Bad Wörishofen (1821–1897) gilt als Entdecker der Wasserkur, die bis heute angewendet wird. Er selbst heilte seine Tuberkulose damit. Zu seiner Zeit war er aber als Kurpfuscher verschrien.



Hildegard von Bingen – Die für ihre Zeit (1098–1179) fortschrittliche Nonne vom Orden der Benediktinerinnen war eine Universalgelehrte mit einem fundierten Wissen über die Naturheilkunde. Ihre Schriften rücken wieder in den Fokus der Medizinwelt, seit sich die Schulmedizin mit der Naturheilkunde auszusöhnen beginnt. Bingen Verdienst liegt darin, dass sie das damalige Wissen über Krankheiten und Pflanzen aus der griechisch-lateinischen Tradition mit dem der Volksmedizin zusammenbrachte und einheimische Pflanzen zur Hilfe nahm.

Schulmedizin öffnet sich

Immer mehr Ärzte entdecken die Möglichkeiten der Naturheilkunde

Die kommende Generation von Ärzten wird derzeit an den Universitäten damit vertraut gemacht, dass der Schulterschluss zwischen Schulmedizin und Naturheilkunde, eine ganzheitliche Medizin und moderne Entwicklungen der Biotechnologie neue Wege und Chancen der Therapie eröffnen. Medizin und Pharmabranche sehen sich so einem interessanten Wandel gegenüber, und auch der Patient muss sich darauf einstellen.

Nach Auffassung einer neuen Generation von Medizin-Professoren rücken eine schonendere Linderung von Beschwerden und eine Befreiung von Schmerzen ohne Chemie näher. Trotz großer Fortschritte der Schulmedizin erfreuen sich alternative und komplementäre Heilmethoden wachsender Beliebtheit, insbesondere bei chronischen Erkrankungen. Auch vermeintlich „austherapierte“ Patienten und deren Ärzte suchen oftmals Behandlungsalternativen jenseits der anerkannten schulmedizinischen Therapien, von alten Rezepten über Aku-

punktur und anderer Methoden fernöstlicher Medizin bis hin zu moderner Gentherapie.

Gleichzeitig führt der noch bestehende Zwist zwischen Schul- und alternativer Medizin zur Verunsicherung beim Patienten. Da wird Schulmedizin mit unpersönlicher Apparatemedizin oder gefährlicher Chemie gleichgesetzt, die Naturheilkunde hingegen mit ungefährlicher, „sanfter“ Medizin – mit der Folge, dass das Vertrauen in die Wirksamkeit längst belegter Verfahren schwindet oder auf lebensnotwendige Therapien verzichtet wird. Gleichzeitig wächst der Glaube an rein spekulative „naturheilkundliche“ Verfahren, ja werden Unsummen ausgegeben für unseriöse Methoden. Dies gilt insbesondere für dubiose Krebstherapien.

Die Behandlung mit Naturheilverfahren gehört in jedem Falle in die Hand erfahrener Experten, ganz gleich, ob es sich um Verfahren der sogenannten Schulmedi-

zin oder Naturheilkunde handelt. Um diese Klarstellungen ist vor allem die Heidelberger Akademie der Wissenschaften bemüht.

„Die Medizin unterliegt gegenwärtig einem grundlegenden Wandel, wodurch die an der Fürsorge orientierte Arzt-Patient-Beziehung zunehmend durch eine an den Kundenwünschen orien-

tierte Dienstleister-Kunden-Beziehung ausgetauscht wird“, postuliert etwa der Professor Giovanni Maio von der Univer-

sität Freiburg. Maio gehört unter anderem der Ethikkommission für Stammzellenforschung an. Der moderne Patient verstehe sich in vielen Fällen nicht mehr als Patient, sondern sei Konsument geworden. Ob Anti-Ageing-Produkte, kosmetische Maßnahmen an Brust, Haut oder Zähnen, ob Sexualhormone gegen das Altern oder Mittel zur Abschaffung des „beschwerlichen“ Menstruationszyklus, ob Ritalin für nicht kranke Kinder, ob Wachstums-

Mediziner wollen Naturheilkunde nicht anderen überlassen



Vor allem die Traditionelle Chinesische Medizin breitet sich aus: Auch Schulmediziner bieten vermehrt Akupunktur an Bild: action press

Neptuns Apotheke

Forscher suchen medizinische Wirkstoffe im Meer

Ulrike Lindequist, bis zu ihrem Tod Professorin in Greifswald, schätzte Miesmuscheln. Doch die Forscherin war an ihnen nicht als Delikatesse, sondern wegen ihrer Suche nach alternativen Wirkstoffen aus dem Meer interessiert. Die Klebefähigkeit des Schalentiers könnte in den Operationssälen dieser Welt als Superkleber bei Eingriffen eine Revolution einleiten und ein Problem der Chirurgie lösen: kein Nähen oder Klammern mehr. „Ein gutes Beispiel für die Möglichkeiten der Medizin aus dem Meer“, so Lindequist einst.

Erfolg versprechen Einsätze von Meeressubstanzen wie etwa Rotalgen, Seeanemonen oder Seegurken bei chronischen Leiden, lebensbedrohenden Infektionen, Herpes und Gürtelrose, Gelenkentzündungen, Entzündungen im Magen- und Darmtrakt sowie bei Gastritis. Sogenannte Cephalosporine wirken wie Breitbandantibiotika. Wie ihre Verwandten, die Penicilline, stammen sie von Pilzen ab. Cephalosporine werden aus einer marinen Pilzart vor der Küste Sardinien gewonnen. Das Präparat „Xondelis“ wird aus Meerscheiden gewonnen und

hilft gegen eine aggressive Krebsart: das Weichteil-Sarkom.

Ähnlich wie die Greifswalder Forscherin und ihre Nachfolger suchen Wissenschaftler weltweit in der maritimen Welt nach neuen, potenten Wirkstoffen. Rund 500 Millionen Organismen leben in den Meeren, genauer bekannt sind nur fünf Prozent. Die Erkenntnis, dass sich hier mehr

Miesmuscheln könnten OPs revolutionieren

pharmazeutisch nutzbare Stoffe verbergen als an Land, hat einen maritimen Sammelrausch ausgelöst. In Europa ist die Firma „PharmaMar“ in Basel führend. Über 200 Wirkstoffe ließ sie sich bereits patentieren. Weltweit sind bisher allerdings noch keine 100 Präparate im Einsatz oder in der klinischen Prüfung. Marktreife Entwicklungen dauern.

Unzählige nicht erforschte Mikroorganismen existieren allein in Arktis und Antarktis. Das ewige Eis ist dichter besiedelt als etwa das Wasser der Nordsee. Zu den begehrten Organismen zäh-

len vor allem Schwämme. Biologen kennen rund 9000 Arten, vermutlich sind es 50 000. Angepasst an ihre jeweilige Umgebung verfügen sie über ein perfektes Immunsystem und bieten Mittel gegen Infektionskrankheiten und Entzündungen. Auch Meeres-schnecken wie die bunte Kegelschnecke stehen im Fokus der Forschung, denn klinische Studien belegten eine tausendfach stärkere Schmerzdämpfung als bei Morphinen – ohne deren Suchtpotenzial.

In Krankenhäusern geht die Angst vor tödlichen Keimen um. Sie lösen Lungenentzündungen, toxische Schocks, Blutvergiftung oder Wundbrand aus. Ulrike Lindequist entwickelte dagegen eine Algen-Essenz. Sie ist in ihrer Mikrostruktur so glitschig, dass sich Bakterien und Viren auf der Haut nicht mehr festhalten können, geschweige denn vermehren.

Es gibt vier Möglichkeiten der Gewinnung der Wirkstoffe aus dem Meer: Per Aquakultur züchten, synthetisch nachbilden, die genetische Information in andere Zellen übertragen und diese dann vermehren oder direkt kultivieren. J.F.

Gesunde Ernährung als das A und O

Michèle Obama brachte es auf den Punkt: Während die Gesundheitsreform ihres Mannes gefährdet ist, packte sie die medizinischen Probleme der Nation von der praktischen Seite her an. Die First Lady ließ die Essensversorgung in den Kasernen des Landes umstellen: Weg von Softdrinks und Fast Food, hin zu Obst und Salaten, magerem Fleisch und allem, was laut Wissenschaft der Gesundheit dient. Immerhin ist in den USA bereits ein hoher Prozentsatz der männlichen Jugendlichen so fett, dass er für den Soldatenjob nicht mehr geeignet ist.

Was die moderne Medizin jetzt wieder aufgreift, nachdem sie sich lange Zeit auf die Behandlung der Symptome falscher Ernährung beschränkt hat, ist in

Lebensmittel als präventive Medizin

Asien seit Jahrtausenden gehütetes Kulturgut: Essen als präventive Medizin, ein ausgeglichener Mensch als Garant gegen den Überfall von Bakterien und Viren. Lebensmittel wird demnach wie Arzneimitteln ein bestimmtes Wirkprofil zugesprochen. Diesem entsprechend lassen sie sich Therapien begleitend und vorbeugend einsetzen. Auch bei den alten Ägyptern galten ähnliche Grundsätze. So stand der keimtötende Honig hoch im Kurs. Und die Angelsachsen wussten schon immer: „An apple a day keeps the doctor away.“

Der Trend der Zukunft heiße also „Essen als Medizin“, schreibt beispielsweise die österreichische Apothekerkammer. Die unübersehbare Flut an Diät- und Ernährungsinformationen allerdings führt auch zu einer Verbreitung von wissenschaftlich fragwürdigen Aussagen, so dass Vorsicht geboten ist.

Hippokrates, der Urvater europäischer Heilkunde, mahnte schon 300 v. Christus: „Nahrung soll eure Medizin und Medizin eure Nahrung sein.“ J.F.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:

Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbrief:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlit.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **4729**

Lizenz für mehr Staat

Linke Wissenschaftler liefern Großer Koalition die akademische Legitimation für ihre Politik der Einmischung

Ob Frauenquote, Mindestlohn, Mütterrente, Pkw-Maut, Familienarbeitszeit, Mietpreisbremse oder Energiewende; allen Themen ist gemein, dass der Staat sich intensiver einbringen und mehr Vorgaben machen will.

„Die konjunkturelle Lage ist gut, aber wir sind dennoch besorgt“, kommentierte Christoph Schmidt, Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die Koalitionsverhandlungen. Viele Politiker glaubten wohl, die gute Wirtschaftslage sei vom Himmel gefallen, ging der Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen harsch mit den politischen Verhandlungsführern ins Gericht. „Allein mit Umverteilen und Ausruhen auf Erfolgen wird es nicht getan sein“, so Schmidt weiter.

Derartiges hört man im politischen Berlin nicht gerne, lässt es doch die bisherigen Koalitionsgespräche in einem schlechten Licht erscheinen und entzieht es den Ergebnissen das akademische Gütesiegel. Vor allem das Lieblingsprojekt der SPD, der einheitliche Mindestlohn, wurde von Wissenschaftlern weitgehend kritisch beäugt. Doch ohne scheinbare Sachargumente auf seiner Seite zu haben, lässt sich ein ideologischer Fetischismus auch schwer ausleben. Aber erfreulicherweise können sich die Sozialdemokraten auf Peter Bofinger verlassen. „Der Mindestlohn soll ja angeblich ein Rückschritt sein. Ich seh’s genau umgekehrt“, so der ebenfalls im Sachverständigenrat sitzende Ökonom. „Alle zivilisierten Länder haben Mindestlöhne oder allgemeinverbindliche Tarifföhne. Damit schlie-

ßen wir zu dem auf, was gang und gäbe ist“, meint der von den Gewerkschaften unterstützte Professor der Universität Würzburg, verschweigt dabei aber den Sachverhalt, dass jene Länder entweder einen zu niedrig angesetzten Mindestlohn haben, der nichts bewirkt, oder zugleich unter einer sehr hohen Jugendarbeitslosigkeit leiden, was mit einem zu hohen Mindestlohn in Verbindung gebracht wird.

Auf eine Große Koalition hofft auch Hans Joachim Schellnhuber, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung. Der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU),

schaft kein geeintes Vorgehen durchsetzen. Doch hier könnte der Staat aushelfen. Da der scheidende Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) fast eine weitere Amtsperiode von Schellnhuber als WBGU-

Vor allem auf das DIW kann sich die Politik verlassen

Chef verhindert hat, hofft er nun auf die Große Koalition, die sich jedoch im Rahmen der Verhandlungen zu Schwarz-Rot über ganz andere Dinge stritt als über den Klimaschutz. Doch bisher konnte

Wirtschaftsforschung (DIW) will am liebsten Energie sparen staatlich verordnen, den Ausbau der Erneuerbaren Energien noch stärker vorantreiben und fördern und bezeichnet Bedenken der großen Energiekonzerne gern auch als „Erpressungsversuch“, um ihnen so jegliche Relevanz zu entziehen.

Während die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ Kemfert unterstellt, sie würde die Kosten der Energiewende konsequent herunterrechnen und somit schon lange auf der Seite des großen Geldausgebens stehen, sind CDU und SPD gleichermaßen von ihren Expertisen angetan. Erst war sie bei Norbert Röttgen (CDU) im nordrhein-westfälischen Landtags-

schaftsnah und den Lehren des britischen Ökonomen John Maynard Keynes nahstehend gilt, bietet vor allem der SPD immer wieder die nötige wissenschaftliche Unterfütterung für die eigenen Forderungen. Im Kuratorium des DIW sitzt Bert Rürup. Das SPD-Mitglied unterstützte erstaunlicherweise die rot-grüne Regierung von Gerhard Schröder bei den Hartz-IV-Reformen. Bei der Euro-Rettung lobt er die derzeitige Niedrigzinspolitik (siehe auch Seite 7) der Europäischen Zentralbank (EZB). Wohl auch deswegen hat er sich einen ehemaligen EZB-Abteilungsleiter für den Direktorposten des DIW geholt. Marcel Fratzscher, der auch kurz bei der Weltbank

gearbeitet hat, hält seinem ehemaligen Arbeitgeber und somit auch der Bundesregierung den Rücken frei. „Enteignung ist ein manipulativer Begriff, der Ängste und Misstrauen schürt“, urteilt Fratzscher die Kritik an der Niedrigzinspolitik. Bei der Euro-Rettung kann sich eine künftige Große Koalition voll auf ihn verlassen. „Wer dem Euro die Schuld an der Krise gibt, könnte genauso gut den Polizisten verantwortlich machen, wenn es irgendwo einen Einbruch gibt“, so der 42-Jährige, der immer wieder betont, dass Deutschland der eigentliche Profiteur der Gemeinschaftswährung sei. Doch bei ihrer Forderung nach einem flächendeckenden Mindestlohn kann sich die SPD nicht ganz auf das DIW verlassen. Dieses fordert wie die CDU Ausnahmen. Dafür soll er der SPD direkt oder indirekt die Vorlage für ihr 75 Milliarden Euro schweres Investitionsprogramm geliefert haben. Mehr Staatsgeld ausgeben ist jedenfalls auch Fratschers Passion. *Rebecca Bellano*



Zweckehe: Ein schwarz-rotes Bündnis bedeutet mehr staatliche Vorgaben und Ausgaben

Bild: Bildagentur Hamburg

der auch Mitglied des Weltklimarates ist, ist nur allzu bereit, jede staatliche Einmischung in Sachen Klimaschutz zu legitimieren. Er möchte gern stärker gegen Klimaskeptiker vorgehen und konnte bisher von Seiten der Wissen-

sich der Klimaforscher stets auf Noch-Umweltminister Peter Altmaier (CDU) und auch die Kanzlerin (CDU) verlassen. Zudem bekommt er Rückendeckung von Claudia Kemfert. Die Energie-Expertin des Deutschen Instituts für

wahlkampf als Energie-Expertin unterwegs, später dann engagierte Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD) sie für den hessischen Landtagswahlkampf. Das DIW, das grundsätzlich als umverteilungsfreundlich, gewerk-

Ein Leben zwischen den Stühlen

Zum 85. Geburtstag von Klaus Rainer Röhl: Geister, die er rief, versucht er wieder einzufangen

Er habe ein Leben zwischen den Stühlen geführt, fasst Klaus Rainer Röhl es selbst in seinem Buch „Mein langer Marsch durch die Illusionen“ zusammen, das anlässlich seines 80. Geburtstages erschien. Treffen der kann man es nicht ausdrücken. Röhl, einer der bekanntesten und prägendsten linken Journalisten und Verleger der Nachkriegszeit, wurde das journalistische und verlegerische Handwerk bereits in die Wiege gelegt. Sein früh verstorbener Großvater Hugo Röhl war Zeitungsverleger und Redakteur in einer Provinzstadt, der sich nicht scheute, sich wegen eines kritischen Artikels mit der Evangelischen Landeskirche anzulegen. Und auch Röhl's Vater, ein Landlehrer, versuchte sich als Schriftsteller. Bevor Röhl jedoch seine Karriere starten konnte, forderte der Zweite Weltkrieg seinen Tribut. Anders als andere prominente Vertreter der „Flakhelfergeneration“ aus Danzig gelang es Röhl jedoch, nicht der Waffen-SS beizutreten oder aktiven Kriegsdienst zu leisten: Er wurde Erntehelfer. Nach Kriegsende und erfolgreicher Flucht gründete Röhl mit seinem Schulfreund Peter Rühmkorf ein Kabarett gegen den Krieg, einen Jazzkeller, ein Theater und einen Tucholsky-Kreis. In diesen Aktivitäten lag schon die Keimzelle

seines späteren politischen Engagements in der Studentenzeitschrift „konkret“, seine Gründung, die ihn bekannt, bewundert und verhasst machte. Röhl wurde zum Stichwortgeber, zum Ideenlieferanten und damit zu Triebkraft der linken Bewegung der Bundesrepublik, beginnend mit der Kampagne „Kampf dem Atomtod“. Er machte den „Studentenkurier“, der 1957 in „konkret“ umbenannt wurde, zunächst für die KPD, wurde aber selbst nicht Mitglied. Erst als die Partei 1956 verboten wurde, trat er ihr bei. Um Finanzmittel für sein Blatt zu bekommen, war Röhl nicht zimperlich. Er ließ sich von der SED finanzieren, reiste sogar nach Ostberlin, um das Geld selbst in Empfang zu nehmen. Als die SED aber immer mehr Einfluss auf die Redaktion forderte, wandte sich Röhl von ihr ab. Er gehorchte dem Befehl, „konkret“ einzustellen, nicht. Als unabhängige sozialistische Zeitschrift erreichte „konkret“ schon 1965 eine verkaufte Auflage von 100 000 Exemplaren. Es wird bis heute gern behauptet, diesen Erfolg habe Röhl seiner Hemmungslosigkeit, sexuell freizügige Fotos abzdrukken, zu verdanken. Wichtiger ist jedoch, dass es ihm



PAZ-Autor Röhl

gelang, eine Reihe ausgezeichneten Autoren an sich zu binden. Zu denen gehörte seine spätere Frau Ulrike Meinhoff, die er 1961 heiratete und mit der er zwei Töchter hat. Die Ehe hielt nur wenige Jahre. 1968 verließ Meinhoff Röhl, zog mit den Kindern nach Berlin und nahm den Kampf um „konkret“ und das Erziehungsrecht für die Mädchen auf. Auch ideologisch trennten sich ihre Wege. Während Röhl versuchte, die Terrorgruppe RAF und deren Gewalt publizistisch zu bekämpfen, schloss sich Meinhoff eben dieser RAF an. Zu den schmerzlichsten Kapiteln in Röhl's Leben zählt seine verzweifelte Suche nach den Töchtern, die von Meinhoff entführt wurden. Mit Hilfe des späteren „Spiegel“-Chefs Stefan Aust, seines langjährigen Mitarbeiters bei „konkret“, bekam Röhl schließlich die Zwillinge wieder. Er verlor aber den Kampf um „konkret“, was den Konkurs der Zeitschrift zur Folge hatte. Röhl versuchte sich mit zwei Neugründungen, die aber beide keinen langen Bestand hatten. Seine Abkehr von den Linken wurde besiegelt, als Röhl, angeekelt von der Kampagne gegen den Historiker Ernst Nolte, aus Solidarität bei ihm promovierte. Das ge-

wählte Thema war eine Provokation für seine ehemaligen Genossen: „Nähe zum Gegner. Die Zusammenarbeit von Kommunisten und Nationalsozialisten im Berliner BVG-Streik 1932.“ Seitdem hat Röhl nicht aufgehört, sich gegen die Geister, die er rief, zur Wehr zu setzen. Dabei kommt dem „sozialistischen Zauberberlehrerling“ kein Meister zur Hilfe, der die Besen wieder in die Ecke befördert. Im Gegenteil. Nach dem „langen Marsch durch die Institutionen“ sitzen die 68er heute in Schlüsselstellungen der Parteien, Gewerkschaften, Universitäten, Schulen, Rundfunkanstalten, Fernsehsender, Justiz, Medien und Filmproduktionen. Sie haben sich in dem System, das sie bekämpften, fest etabliert, profitieren davon, bekämpfen es aber nach wie vor. Das zeigt sich in den unverantwortlichen Erziehungsexperimenten, denen nicht nur die Kinder in der Schule ausgesetzt sind, sondern auch die Erwachsenen mittels „political correctness“. Aber die schlimmste Folge ist, dass die „Umwertung aller Werte“ zu einer Abwertung aller Wertvorstellungen überhaupt geführt hat. Dagegen kämpft Röhl mit jugendlichem Elan, von dem wir uns wünschen, dass er ihm noch recht lange erhalten bleibt! *Vera Lengsfeld*

MELDUNGEN

Half Bonn beim Atomwaffenbau?

Frankfurt am Main – Mit dem Hinweis auf das Bankgeheimnis verweigert die KfW dem „Spiegel“ Informationen über in den 60er Jahren Israel gewährte Finanzierungshilfen. Das Hamburger Magazin will herausbekommen, ob der Bund damals über die KfW Israel beim Bau seiner Atombombe unterstützt hat. Offiziell hat Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) seinem israelischen Amtskollegen David Ben Gurion nur Kredit für den Bau einer atomar betriebenen Meerwasserentsalzungsanlage zugesagt, doch die Verwendung der Gelder wurde nie überprüft. Und so flossen Jahr für Jahr laut Bundesarchiv mindestens 40 Millionen Mark jährlich für eine Anlage, die nur geplant, aber nie gebaut wurde und laut einiger Experten nur die Entwicklung von Atomwaffen verschleiern sollte. *Bel*

Meinungsfreiheit auch für Sarrazin

Berlin – Eine kleine Anfrage der Linksfraktion bezüglich einer Kritik des Antirassismus-Komitees der Uno an Thilo Sarrazin Thesen und dem Umgang der deutschen Justiz damit hat die Bundesregierung veranlasst, sich auf die „fundamentale Bedeutung der Meinungsfreiheit in einem demokratischen Rechtsstaat“ zu berufen. *Bel*

Kein Konzept für Grundschüler

Hamburg – In Hamburg reagiert der Landesausschuss Kindertagesbetreuung mit Unverständnis auf die Jubelmeldung des Schulsenators Thies Rabe bezüglich der Ganztagsgrundschule. Die Eltern hätten mehrfach Kritik geäußert, doch offenbar würde die überhört. So gebe es oft kein Konzept, zu wenig Erzieher, Kurse und Räume. *Bel*

Anzeige

Am guten Kiosk, im Abo oder hier: www.compact-magazin.

Compact-Magazin GmbH, Brandenburger Str. 36, 14542 Werder (H)
Tel. 03327-569 86 11/12, Fax 03327-569 86 17

MELDUNGEN

Islamkritiker
offenbar entführt

Kairo – Seit letztem Sonntag gibt es kein Lebenszeichen vom Islamkritiker Hamed Abdel-Samad mehr. Trotz einer im ägyptischen Fernsehen gegen ihn ausgerufenen Fatwa mit Mordaufruf wagte sich der in Deutschland lebende Publizist auf Vortragsreise in sein Heimatland. Nun meldete sein Bruder Mahmud Abdel-Samad ihn als vermisst, nachdem er ihm über Telefon mitgeteilt hatte, dass er sich verfolgt fühle, und darauf der Kontakt abbrach. Hamed Abdel-Samad hat sich zum Ziel gesetzt, die Widersprüche in muslimischen Gesellschaften zu beleuchten. Den ägyptischen Muslimbrüdern unterstellt er sogar einen islamischen Faschismus. *Bel*

China befürchtet
den Zerfall

Peking – Mit Propagandafilmen über das Ende der Sowjetunion will die chinesische Führung sich davor schützen, dass das „Reich der Mitte“ ähnlich wie die Sowjetunion zerfällt. Ein langsames Wirtschaftswachstum und Spannungen in der Gesellschaft ziehen immer lauter werdende Rufe nach Reformen nach sich. Staatschef Xi Jinping glaubt, dass „politische Fäulnis, ideologischer Irrglaube und militärischer Ungehorsam zum Untergang der regiernden Partei“ in der Sowjetunion geführt habe. Ministern der Zentralregierung bis hin zu Organen an der Basis wird der Film „Zur Erinnerung an den Fall der Kommunistischen Partei und der Sowjetunion“ gezeigt, in denen vor allem Gorbatschow und Jelzin für den Niedergang des Sowjetreichs verantwortlich gemacht werden. In einem weiteren Film werden die Absichten der USA in den Beziehungen zu China als heimtückisch dargestellt. Der Westen strebe den Zerfall Chinas nach „sowjetischem Muster“ an. *MRK*

Öko vom Giftacker
Italien: Mafia entsorgte Abfall unter Feldern

Abgeordnete der italienischen Protestbewegung „Fünf Sterne“ haben erreicht, dass eine in Italien bisher unter Verschluss gehaltene Aussage eines Mafia-Aussteigers veröffentlicht worden ist. Über 16 Jahre war es ein Staatsgeheimnis, was der Ex-Mafia-Boss Carmine Schiavone bereits 1997 vor einem Untersuchungsausschuss ausgesagt hatte. Laut Schiavone befinden sich unter den Feldern Kampaniens große Mengen Sondermüll aus ganz Europa, der von der Mafia dort illegal entsorgt worden sei. Noch bis 1992 sollen in weiten Landstrichen Süditaliens Millionen Tonnen an toxischem Müll wie Abfällen aus Krankenhäusern, Industrie und Pharmaunternehmen vergraben worden sein.

Die Aussage deckt sich mit den Erkenntnissen von Ermittlern und italienischen Journalisten. Für die Camorra, die lokalen Mafia-Clans aus Neapel und Kampanien, aber auch die kalabresische 'Ndrangheta ist die illegale Abfallentsorgung längst zu einem Milliardengeschäft geworden. Schätzungen gehen davon aus, dass die verschiedenen Mafia-Gruppen in Italien in den vergangenen zehn Jahren bis zu 43 Milliarden Euro mit der ille-

Der Kongo, seit Jahrzehnten Afrikas Sammelbecken der Gewalt, soll wieder einmal befriedet werden. Angeblich hat sich aufgrund der UN-Resolution 2098 und der Bemühungen des deutschen Missionsleiters Martin Kobler die Hauptgruppe der Rebellen, die Gruppe M23, aus der Demokratischen Republik Kongo zurückgezogen, doch noch traut dem Frieden kaum jemand.

Die Vereinten Nationen sind bereits seit 14 Jahren im Land, die Erfolge gegen die bewaffneten Milizen indes waren gering, Kriegsverbrechen wie Massenvergewaltigung und der Einsatz von Kindersoldaten an der Tagesordnung. Speziell der Ostkongo wurde immer wieder von bewaffneten Minderheiten der Tutsi terrorisiert, die eine gewisse Autonomie mittels Anarchie zu erstreiten versuchen. Vor allem die sogenannte M23 (Bewegung 23. März) machte von sich reden und setzte sogar Raketen bei der Erstürmung der Stadt Goma ein. Mitte November erklärte die M23 nach massivem Einsatz von Blauhelmsruppen und internationalem Druck den bewaffneten Kampf für beendet. Rebellenführer Sultani Mukenga setzte sich nach Uganda ab. Mit der Rebellengruppe M23 mag zwar die numerisch stärkste und auch am besten bewaffnete Miliz in der Region militärisch besiegt sein, gleichwohl sind aber im Osten des Landes noch mindestens zwei Dutzend weitere Gruppen aktiv, die nun ihrerseits in das von der M23 hinterlassene Vakuum vorstoßen könnten.

Der Kongo, das heiße Herz Afrikas, von der Hauptstadt Kinshasa im Westen bis zur Grenzstadt Goma bei Ruanda im Osten, war stets auch ein Ort blutiger Gewalt, in dem sich zahlreiche Söldner tummelten. Darunter beispielsweise der stets grinsende und Pernod trinkende Deutsche „Kongo-Müller“, ein ehemaliger Wehrmachtsoffizier mit bürgerlichem Namen Siegfried Müller. Er wur-



Martin Kobler (Mitte) hat bewiesen, dass Blauhelme kämpfen können: Wer Kindersoldaten einsetzt und sexuellen Terrorismus, wie der Deutsche Vergewaltigungen als Instrument der Kriegsführung nennt, betreibt, erhalte keine Gnade

Bild: laif

de mit der Niederschlagung des Simba-Aufstandes 1956 zur Legende. Ein Aufstand folgte dem anderen: Nach Schätzungen internationaler Gremien kamen allein

Doch es gibt noch
andere
Rebellengruppen

von 1998 bis 2004 etwa 3,9 Millionen Menschen ums Leben, Zehntausende Frauen wurden vergewaltigt.

Nun will die internationale Gemeinschaft ein aktiveres „Peace-keeping“ mit der Operation Monusco durchsetzen. Aber gerade sie ist auch von Soldaten durch-

setzt, die selbst aus Gebieten stammen, in denen keine demokratischen Regierungen herrschen. Kobler: „Man muss Ursachen des Konfliktes bekämpfen, um den bewaffneten Gruppen die Legitimation zu entziehen. Der Kongo hat das Recht und die Pflicht, seine Staatsgewalt auszuüben. Das bedeutet aber auch eine aktivere und entschlossenere Politik der internationalen Gemeinschaft.“

Der deutsche Diplomat Kobler war unter anderem von 2010 bis 2011 stellvertretender UN-Sonderbeauftragter in Afghanistan und bis 2013 im Irak. Sein Ziel ist es, im Kongo die ins Wanken gekommene Staatsautorität und das Gewaltmonopol des Staates wieder herzustellen. Doch noch immer erreichen ihn Meldungen von Grausamkeiten und

neuen Vergewaltigungen. Das schließt auch militärische Operationen der inzwischen 19 000 Blauhelme nicht aus, denn unter ihnen befinden sich neuerdings

EU verweigert Hilfe
bei Schaffung
von Sicherheitszonen

auch über 3000 aktiv kämpfende Soldaten, die mit den Regierungstruppen Hand in Hand operieren. Sogar Drohnen, Artillerie und Kampfhubschrauber sollen dabei eingesetzt werden – ein UN-Novum auf afrikanischem Boden. Allerdings hat sich die EU einschließlich der Bundesrepublik Deutschland aus der sogenannten

Sicherheitssektorreform zum Schutz der Zivilbevölkerung verabschiedet, was aus Koblers Sicht ein falsches Signal ist.

Die Reform zur Schaffung kontrollierter Sicherheitszonen aber scheint bitter nötig, denn noch immer befinden sich Zehntausende auf der Flucht, die sich vor der angekündigten Offensive der Armee gegen die Rebellen in Sicherheit bringen wollten. Seit 2012 haben laut Uno rund 750 000 Kongolesen die Region Kivu an der Grenze zu Uganda und Burundi verlassen.

Eine ungeklärte Rolle spielen im Ostkongo auch immer wieder die Interessen internationaler Konzerne, beispielsweise der US-finanzierten Bergbauprojekte. Sie, so Beobachter, sollen eher am Status quo interessiert sein.

Joachim Feyerabend

Ist Weihnachten das nächste Opfer?

USA: Statt im besinnlichen Familienfest endete Thanksgiving in einem Konsumrausch

Thanksgiving, eine in den USA und Kanada immer am letzten Donnerstag im November gefeierte Form des Erntedankfestes, ist neben Weihnachten der bedeutsamste Feiertag in der Tradition der USA. Da kommen die Kinder aus dem fernen College, Familie und Freunde von nah und fern und man sitzt in festlicher Stimmung um den duftenden Truthahn wie die Deutschen um die Weihnachtsgans. Thanksgiving galt lange als Symbol für einen der Lieblingsbegriffe der US-Konservativen: „Family Values“.

So war es lange. Doch die USA sind nicht nur ein Land der Tradition, sondern auch des Kommerzes. Die Wirtschaft basiert auf Konsum. Und so geschah es, dass sich bereits gegen Ende der 70er Jahre das Phänomen des „Black Friday“ ausbreitete. Dieser hat nichts zu tun mit dem berühmten „Schwarzen Freitag“ an der US-Börse, der in den 30er Jahren die „große Depression“ einlütete. Im Gegenteil: Dieser „Black Friday“ ist der Tag nach Thanksgiving und der offizielle Beginn der „Holiday Season“, der Weihnachtssaison, in der die US-Bürger in die Shopping-Center streben und die US-Wirtschaft in die schwarzen Zahlen befördern sollen. Arbeiter und Angestellte haben zumeist frei. Die Weihnachtstimmung ist erwacht und so

die Kauflust. Und so wurde der „Schwarze Freitag“ – nach dem Muster des Boxing Day im Commonwealth – zum größten Einkaufstag des Jahres stilisiert. Mit Rabatten von bis zu 80 Prozent öffneten morgens zwischen 6 und 8 Uhr die Geschäfte und vor allem die Einkaufsketten ihre Türen den hereinstürmenden Käufern.

Doch als wäre das nicht bereits eine empfindliche Störung für den gemütlichen Nachklang der Familienfeiern, so haben in den letzten Jahren infolge des sinkenden

Geschäfts durch die Wirtschaftskrise diverse große Ketten entschieden, ihre Läden in einer Art „Schwarzer Donnerstag“ immer früher zu öffnen. 2011 war „Kmart“ der erste Warenhausgigant, der schon an Thanksgiving um 22 Uhr seine Filialen öffnete. Die Konkurrenz folgte auf dem Fuße. Im letzten Jahr öffneten sich dem Kaufrausch viele Türen schon um 20 Uhr. Dieses Jahr jedoch eskalierte die Profitgier des Handels, denn es sind sechs Werktage weniger bis Weihnachten, was nach einem Bericht vom Adobe Digital Index zu 1,5 Milliarden US-Dollar vermindertem Umsatz führen könnte (Gesamtumsatz im letzten Jahr waren

59,1 Milliarden). Der Stachel der Wirtschaftskrise sitzt noch tief.

Und so wurde an diesem Thanksgiving am letzten Donnerstag der Truthahn in Hast hinuntergewürgt, um dann nichts wie zu „Best Buy“ oder „Walmart“ (Öffnung ab 18 Uhr), dem Spielzeugladen „Toys R Us“ (17 Uhr) oder einem anderen Geschäft zu fahren. Und wen es nach „Kmart's“ und „Old Navy's“ Schnäppchen gelüstete, der war schon morgens um 6 oder 9 Uhr auf den Beinen und konnte Familie und Truthahn ganz vergessen.

Das Ende des besinnlichen Familienfestes Thanksgiving ist damit in Sicht, denn die Käufer rasen nicht erst zur Öffnung in die Läden, sondern warten in Riesenschlangen schon Stunden vorher auf Einlass. Dabei hat es absurde Fälle von Gewalt gegeben. Vor zwei Jahren besprühte im „Walmart“ in Porter Ranch, Kalifornien, eine Frau mit zwei kleinen Kindern im Schlepptau, deren Nerven nach stundenlangem Warten auf die reduzierte Spielekonsole Xbox 360 versagten, sich angeblich vordrängelnde Kunden mit Pfefferspray. Im Spielzeug-Paradies „Toys R Us“ in Madison, Wisconsin, bahnte sich eine Frau

mit einer Pistole den Weg an die Spitze einer langen Schlange. Sie endete im Gefängnis statt bei den Teddybären. In einem besonders schlimmen Fall am „Black Friday“ in Valley Stream, New York stürmten im Jahr 2008 rund 2000 durchgefrorene und übermächtige Käufer morgens um fünf Uhr die Tore eines „Walmart“. Dabei trampelten sie einen Angestellten zu Tode, was keinen kümmerte.

Für den Markt-Analysten Jon Burke bedeutet das: „Alles gerät außer Kontrolle. Wir nehmen diese heiligen Institutionen und zerstören sie mit krasser Kommerzialisierung. Wer weiß, vielleicht ist Weihnachten das nächste Opfer.“ Doch für viele Leute ist der neue Trend nicht unbedingt negativ. Sie machen sich einen schönen Tag mit Familie und Freunden in den festlichen Einkaufszentren statt am heimischen Herd. Nach der „National Retail Federation“ waren im letzten Jahr 35 Millionen am Thanksgiving auf den Beinen und auch über das Internet kauften mehr als 2011. Die Zahlen vom Donnerstag sind noch nicht draußen, dürften aber einen weiteren Anstieg bedeuten. Millionen von verschonten Truthähnen können dafür ihr eigenes Thanksgiving feiern, was wenigstens ein tröstlicher Aspekt des neuen Trends ist.

Liselotte Millauer

Absurde Angstmache

Zentralbanken sollen mit Niedrigst- und Minuszinsen Deflation verhindern – Gefahr droht von anderer Seite

Rascher als befürchtet hat sich die Forderung nach immer geringeren Zinssätzen in ihr Extrem gesteigert: Selbst EZB-Präsident Mario Draghi deutet nun an, dass er den Einlagezins der Europäischen Zentralbank auch ins Minus drücken würde, wenn er es für nötig erachte. Doch was bedeutet das eigentlich?

Der Einlagezins ist der Zins, den die Geschäftsbanken normalerweise erhalten für Geld, das sie bei der Notenbank einlagern. Wird dieser Zins negativ, müssten sie für ihre Einlagen bezahlen, statt Zinsen zu erhalten.

Es ist fest davon auszugehen, dass ein solcher negativer Einlagezins für die Banken auch den Zinssatz für die normalen Sparer weiter drückt. So lässt die Zürcher Kantonalbank (ZKB) ihre Kunden bereits in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen wissen, dass sie sich „bei speziellen Marktbedingungen“ gezwungen sehen könnte, für Privatkonten „Negativzinsen einzuführen“, wie der schweizerische „Tages-Anzeiger“ berichtet. Die Schweiz gehört zwar nicht zum Euro-Raum. Durch die enge Verflechtung des kleinen Landes mit seinen Nachbarn sehen sich die Eidgenossen aber gezwungen, sich der Euro-Zins- und -Währungspolitik anzupassen.

Die EZB und die Experten, die ihre Politik stützen, argumentieren, dass diese „Politik des billigen Geldes“ (also extrem niedrigen Zinses) nötig sei, um eine Deflation zu verhindern. Deflation (das Gegenteil von Inflation) bedeutet, dass die umlaufende Geldmenge stetig abnimmt und damit die Preise auf breiter Front fallen.

Die Befürchtung: Wenn die Preise fast alle fallen, schieben Bürger ihre Anschaffungen und Unternehmen ihre Investitionen auf in der Hoffnung, in naher Zukunft alles billiger zu bekommen. Das habe zur Folge, dass die Wirtschaft bald ganz stillstehe.

Als abschreckendes Beispiel für eine solche Entwicklung werden

die frühen 30er Jahre angeführt. Damals kam es in der Tat zu einer „deflationären Erstarrung“. Das Resultat waren Not, Elend und eine soziale Katastrophe, der die politische folgen sollte. Schließlich mündete die Entwicklung in dem Zweiten Weltkrieg.

Spätestens hier sollte der Beobachter indes misstrauisch werden. Wenn den Protagonisten des Euro und der Euro-„Rettungspolitik“ (zu der auf europäischer Ebene auch die Niedrigzinspolitik der EZB zählt) mit ihren Argumenten in die Enge geraten, greifen sie auf das schaurige Menetekel eines neuen Krieges zurück. Dass es vor dem Euro weit weniger innere Spannungen in der EU gab als heute, wird

dabei weggewischt. Der Abschied von der Einheitswährung öffnete den Weg für die „alten Dämonen“, wird bedeutungsschwanger

Preisverfall wegen Euro unumgänglich

geraunt, um den Bürgern Angst einzujagen und Kritiker mundtot zu machen.

Ein durchsichtiges Manöver, und so verwundert es kaum, dass

sich auch die geschürte Angst vor der Deflation bei näherem Hinsehen als wenig begründet erweist. Praktische Beispiele wie historische Rückblicke belegen, dass fallende Preise die Wirtschaft keineswegs zum Erliegen bringen müssen. In der Unterhaltungselektronik fallen die Preise seit Jahrzehnten. Dennoch feiert die Branche immer neue Verkaufserfolge. Die Menschen kaufen den neuen Fernseher, obwohl sie alle wissen, dass sie ihn in ein paar Jahren für weit weniger Geld bekämen.

Auch historisch lässt sich die Gleichung „Preisverfall ist gleich Krise“ nicht belegen. Die großen Wachstumssprünge des 19. Jahrhunderts fanden fast durchweg parallel zu (teilweise dra-

stisch) fallenden Preisen statt. Dies gilt auch für die deutsche „Gründerzeit“. Damals hatte die Deflation zur Folge, dass sich Menschen bei höchstens moderat steigenden Einkommen immer mehr Güter leisten konnten, die für sie einst unerschwinglich waren. Gleichzeitig gewann Gespartes an Wert, wodurch erstmals in der Geschichte weite Bevölkerungsschichten zu „Besitzenden“ wurden.

Die Furcht vor Deflation ist also weder historisch noch praktisch zu begründen. Sie soll vielmehr verdecken, was mit Niedrig- und Negativzinsen sowie gleichzeitigem massiven „Gelddrucken“ tatsächlich bewirkt werden soll: eine gewaltige Umverteilung von Geld.

Nutznießer sind verschuldete Staaten, Banken. Ihre Schulden sollen per Inflation und Niedrigst- oder gar Negativzinsen entwertet werden. Zahlen sollen dies die Sparer, deren Guthaben ebenfalls entwertet werden, um „Deflation zu verhindern“.

Zudem übersieht die Deflationsangst einen Faktor: Spanier, Griechen oder Italiener sind in der Krise, weil sie zu teuer geworden sind im Verhältnis zu ihrer Produktivität. Die Anpassung ihrer Preise nach unten ist daher der unumgängliche Weg zur Wiedergewinnung von Wettbewerbsfähigkeit. Früher geschah dies per Abwertung ihrer Währungen nach außen. Heute muss gewissermaßen „nach innen“ abgewertet werden – die Preise müssen dort fallen.

Die Alternative dazu, welche die EZB bevorzugt, läuft auf eine schrittweise Vernichtung der Sparguthaben, Renten und Lebensversicherungen hinaus. Das Problem: Danach sind zwar die deutschen Sparer enteignet, doch an der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der Südeuropäer wird sich kaum etwas geändert haben. Es ist ein Programm zur umfassenden Verarmung, die am Ende alle trifft bis auf ein paar große Spekulanten und einige Banken, die an dem Schuldenzirkus noch reicher geworden sein werden. *Hans Heckel*



Im Enteignungsstrudel: Minuszinsen würden Spareinlagen dahinschmelzen lassen

Bild: Die Kleinert

Fracking-Boom geht weiter

Riesige Schieferformationen stehen vor der Erschließung

In Kalifornien hat Gouverneur Jerry Brown nach langen Diskussionen ein neues Fracking-Gesetz erlassen, das, wie Experten meinen, das strengste in den USA sei. Danach müssen Firmen, die Fracking betreiben, die Genehmigung des Staates einholen, die Grundwasserqualität regelmäßig testen und Anwohner informieren, ehe sie mit der Bohrung beginnen. Auch soll eine wissenschaftliche Studie das Für und Wider genau untersuchen.

Fracking ist in den letzten Jahren in den USA zu einem wichtigen Bestandteil der US-Wirtschaft geworden. Diverse Staaten des Riesenlandes besitzen reiche Quellen für die Gewinnung von Öl und Gas aus unterirdischem Schiefergestein, so dass Experten die USA schon ab 2015 als weltweit größten Ölproduzenten vor Saudi-Arabien beziehungsweise Russland sehen. Doch ist die Fördermethode umstritten, Umweltschützer fürchten eine Verseuchung des Grundwassers, was wiederum Krebs erzeugen könnte. Auch werden Erdbeben als Folge des Frackings nicht ausgeschlossen. Zudem durchziehen bereits zehntausende von Pipelines das Land und ständig wer-

den neue gebaut. Die letzte große Demonstration gegen Fracking fand im Oktober im Staat New York statt, doch wird der Kampf angesichts der Vorteile wie der steigenden Unabhängigkeit vom Öl aus dem Mittleren Osten und zigtausende neue Arbeitsplätze infolge der Reindustrialisierung durch die billigere Energie in den

Deindustrialisierung in Europa zugunsten der USA?

USA deutlich weniger hysterisch geführt, als es in Europa der Fall ist. Dort fürchtet man aber, dass die eigene Industrie wegen der Öl-, Gas- und Strompreise gen USA abwandert. Der Chef des Wiesbadener Konzerns SGL Carbon, Robert J. Koehler, ist überzeugt, dass Europa bereits eine schleichende Deindustrialisierung zugunsten der USA erlebe.

Kathryn Philips, Direktorin des Sierra Clubs, gehört zu den größten Fracking-Gegnern. Der Sierra Club fordert ein komplettes Verbot bis genaue Studien vorliegen. Catherine Reheys-Boyd, Präsi-

den des Verbandes der Ölindustrie, hingegen begrüßt das neue kalifornische Gesetz, denn trotz schärferer Regeln erlaubt es die baldige Förderung der dort vorhandenen Bodenschätze. Allein die Schieferformation Monterey in Kalifornien, die sich über Hunderte von Kilometern erstreckt, soll 14 Milliarden Barrel Öl beherbergen. Als Folge winken neue Arbeitsplätze und Steuereinnahmen. Nicht anders sieht es in anderen US-Staaten aus, wie an den Bakken-Schiefer-Platten in Texas und Süd-Dakota und der Eagle-Ford-Platte in Texas.

Doch wie lange kann dieser Boom nun anhalten? Skeptiker meinen, dass das Öl von „soft spots“, weichen Stellen im Gestein, gewonnen wird und dass diese nicht lange vorhalten, zudem sei in Texas und Montana schon ein Rückgang zu verspüren. Doch die US-Regierung sieht einen Anstieg der Fördermenge bis 2020 voraus und vermutet erst danach einen langsamen Rückgang. Dass die Vereinigten Staaten durch das Fracking jedoch total unabhängig vom Öl aus dem Ausland werden können, glauben bei aller Euphorie selbst die Befürworter nicht. *Liselotte Millauer*

Geldsegen für Anleger

Schweizer Banken müssen einige Provisionen zurückbezahlen

Wenn Banken oder Finanzberater ihren Kunden Wertpapiere ins Depot legen, verlangt der Emittent Gebühren, die der Anleger bezahlen muss. Doch ein Teil davon fließt zurück an den Vermittler, meistens ohne dass der Kunde dies erfährt. Verbraucherschützer kritisieren seit langem, dass solche verdeckten Provisionen den Anlegern schaden. Denn sie verleiten die Berater dazu, Papiere auszuwählen, bei denen dieser „Kick-back“ besonders hoch ist – und das sind oft nicht diejenigen, die auch für den Anleger die besten sind. Die Gerichte haben reagiert: In Deutschland müssen Kick-backs seit 2006 offengelegt werden. Schweizer Gerichte sind noch weiter gegangen. Im Oktober 2012 hat das Bundesgericht geurteilt, dass solche „Retrozessionen“, wie sie in der Schweiz genannt werden, fast immer dem Kunden gehören.

Im Ergebnis müssen diese Zahlungen nun auch rückwirkend erstattet werden, es sei denn, der Kunde hat ausdrücklich gebilligt, dass seine Bank sie bekommen soll. Es geht um erhebliche Summen: Je nachdem, welche Papiere in einem Depot liegen und wie oft

umgeschichtet wurde, kann die Höhe der Rückforderung durchaus 15 Prozent des Depotwerts übersteigen. Schweizer Zeitungen schätzen denn auch, dass auf die Banken Forderungen von rund drei Milliarden Franken zukommen dürften, wenn nicht noch mehr.

Während dieses Thema in der Schweiz intensiv diskutiert wird,

Kunden müssen Erstattungen aktiv einfordern

hat die deutsche Wirtschaftspresses es bisher übersehen. Dabei könnten vermutlich mehrere Zehntausend deutsche Sparer, die ein (legales oder im Nachhinein legalisiertes) Depot in der Schweiz haben, von der neuen Rechtslage profitieren. Fast nur kleine und mittelgroße Anleger sind betroffen, denn Großanleger haben Kick-backs meist vertraglich ausgeschlossen. Doch leider sind die Banken nicht dazu verpflichtet, das einbehaltene Geld von sich aus zu erstatten, im Gegenteil.

„Die Banken verschleppen die Sache wo sie können. Sie behaupten, Retrozessionen wären für die betreffenden Papiere nicht geflossen oder ihnen fehlten Daten zur Feststellung der Höhe“, warnt Herbert Notz, der seit 2001 in der Schweiz die Interessen deutscher Anleger gegenüber Banken und Vermögensverwaltern vertritt. Ein weiterer Trick der Banken ist, dass versucht wird, durch Änderungen der Geschäftsbedingungen die Kick-backs rückwirkend zu legalisieren. „Das ist aber nur zulässig, wenn der Kunde dabei explizit über die Höhe seines Verzichts informiert wird“, erläutert Notz. Andere Rechtsfragen sind tatsächlich noch offen, etwa ob die Forderungen für fünf oder für zehn Jahre geltend gemacht werden können.

MELDUNGEN

Ohne Richter kein Urteil

Berlin – Ob im Bereich des Steuer-, Handels-, Straf- oder Zivilrechts, überall gebe es zu wenig Personal. „Bundesweit fehlen derzeit mehr als 2000 Richter und Staatsanwälte“, beklagt der Deutsche Richterbund. Als Folge würden für die Wirtschaft wichtige Prozesse verschleppt und müssten Täter aus der Untersuchungshaft wegen überschrittener Fristen freigelassen werden. *Bel*

Weniger Geld für Investitionen

Berlin – Immer mehr Kommunen legen Widerspruch gegen das Ergebnis des Zensus 2011 ein. Da viele laut der Volkszählung weniger Einwohner haben und somit weniger Geld vom Bund und vom Länderfinanzausgleich erhalten, würden sie gern die Daten, die die Statistischen Landesämter im Rahmen des Zensus 2011 erhoben haben, erhalten und überprüfen. Doch das Statistische Bundesamt verweigert mit Hinweis auf den Datenschutz die Freigabe der Daten. Diese wurde über Stichproben ermittelt, bei denen in großen Städten nur etwa jeder zehnte Bürger befragt wurde. *Bel*

Überalterung bei Ingenieuren

Frankfurt am Main – Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA) warnt angesichts hoher Studienabbrecherquoten von bis zu 50 Prozent vor einer drastischen Überalterung der Ingenieure in Deutschland. Derzeit seien bereits 44 Prozent aller etwa 183 000 Ingenieure im Land über 45 Jahre alt. Um genügend Nachwuchs zu haben, will der VDMA künftig Vorbereitungskurse an den Hochschulen finanzieren, um die Abbrecherquote zu senken. Auch der Anteil der Frauen in der Berufssparte stagniert trotz Werbung für den Ingenieursberufs seit 2010 bei rund 7,5 Prozent. *Bel*

K.B.

Grüne Träumereien

Von Rebecca Bellano

Immer mehr Zeitungen kommentieren die Koalitionsverhandlungen in Hessen zwischen CDU und Grünen als Zeichen dafür, dass dies doch auch eine Option für den Bund wäre. Dieselben Medien, die vor der Bundestagswahl die Grünen zwar überraschenderweise aber keineswegs grundlos niedergeschrieben haben – siehe Veggie-Day oder Pädophilen-Skandal –, träumen jetzt von Schwarz-Grün im Bund. Dabei fällt ihnen nicht auf, dass die Grünen-Politiker auf Länderebene von völlig anderem Kaliber sind als die Genossen in Berlin. Während Winfried Kretschmann (Baden-Württemberg), Robert

Habeck (Schleswig-Holstein) und eben Tarek Al-Wazir (Hessen) durchaus wissen, dass beispielsweise Arbeitsplätze wichtig sind, auch wenn damit oft Ressourcenverbrauch einhergeht, oder dass niedrige Strompreise der Schmierstoff einer gut laufenden Wirtschaft sind, verharren die Bundes-Grünen fast überwiegend in ihren linken Ideologien. Absolut hanebüchen wird es, wenn Journalisten die Große Koalition als Mittelmaß bezeichnen und von den Grünen schwärmen. Was bitte spricht dafür, dass eine Katrin Göring-Eckardt weniger Mittelmaß ist als ein Sigmar Gabriel?

Mit der Faust

Von Hans Heckel

Die Vorgänge um die Konferenz des „Compact“-Magazins in Leipzig (siehe Seite 1) erschüttern. Es muss klargestellt werden, worum es geht: Die Frage ist nicht, wie man zu den einzelnen Referenten und ihren Auffassungen steht. Die kann und darf jeder kritisieren und auch scharf ablehnen. Es geht nicht darum, ob man das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare fordert oder ablehnt. Nein, es geht allein um die Meinungsfreiheit. „Compact“-Chef Jürgen Elsässer hatte Protagonisten der Schwulen- und Lesbenbewegung eigens zur Tagung eingeladen, damit auch sie ihre Meinung vertreten könnten. Aber das haben die Angesprochenen abgelehnt. Ihnen ging es nicht darum, ihre Meinung zu sagen, sondern darum, anderen das Recht auf freie Meinungsäußerung mit der Faust zu verwei-

gern. Damit haben sie den Boden von Freiheit und Demokratie verlassen. Doch leider sind sie dabei nicht allein, vielmehr machten sie in Leipzig nur nach, was in weiten Teilen der deutschen Linken – bis tief hinein in die vermeintliche „Mitte“ – mittlerweile die Regel ist. Abweichende Meinungen werden nicht mehr einfach abgelehnt, man versucht, ihre Äußerung mit Gewalt zu verhindern. Andersdenkende werden nicht mehr kritisiert, man versucht, sie zu monstern ohne Rechte zu degradieren. Das Schlimmste ist: Zahlreiche sich selbst „seriös“ dünkende Medien machen dabei verklemmt oder ganz offen mit. Der schlechte Witz: Sie tarnen sich dabei mit Vokabeln wie „Toleranz“ oder „Vielfalt“, die sie, ganz nach Orwell, in Wahrheit ins Gegenteil verkehren.

Zwischen allen Stühlen

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Viktor Janukowitsch scheint in der Rolle des glücklosen Präsidenten gefangen zu sein. Was er anfängt, macht er falsch. Mit seinen jüngsten Versuchen, Russland und die EU gegeneinander auszuspielen, wird er am Ende wieder zwischen allen Stühlen sitzen. Mit der Parlamentsentscheidung zugunsten Russlands hat er zwar einerseits die Regierungselite zufrieden gestellt, andererseits aber die große Schar der EU-Befürworter gegen sich aufgebracht. Julia Timoschenko nutzt die Gelegenheit, um mit einem Hungerstreik für ihre Freilassung zu kämpfen und ihre Anhänger zu mobilisieren.

Im Augenblick brodelte es im Land. Massendemonstrationen wie am vergangenen Wochenende in Kiew und anderen Großstädten hat es seit der Orangenen Revolu-

tion 2004 nicht mehr gegeben. Hunderttausende protestierten gegen die Aussetzung der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union. An den Protestmärschen beteiligten sich vor allem jüngere Menschen, die keiner politischen Partei zuzuordnen sind. Sie verbinden mit der angestrebten Westanbindung ihres Landes bessere Zukunftsaussichten und fühlen sich nun betrogen. Vitalij Klitschko, Boxer und Oppositionspolitiker, wirft der Regierung vor, aus Angst vor Bekanntwerden ihrer korrupten Machenschaften gegen eine EU-Integration gestimmt zu haben. Polens Präsident Bronislaw Komorowski

glaubt, dass Janukowitsch sich ein Hintertürchen offenhalten wird, um an den Verhandlungstisch der EU zurückzukehren.

Putin hingegen feiert seinen Triumph. Der russische Präsident lässt keinen Zweifel daran, dass er neben anderen ehemaligen Sowjetrepubliken die Ukraine zum russischen Einflussbereich rechnet. So hat letztendlich Putins Androhung von Handelsbeschränkungen gegen die Ukraine sowie das Winken mit dem überlebenswichtigen Millionenkredit Janukowitsch zum Einlenken bewegt. In diesem Sinne zielt die russische Nachrichtenagentur „rianovosti“ Janukowitsch: „Niemand wird unseren Traum

Janukowitsch gibt sich als Vater, der sich um seine Kinder sorgt



Hunderttausende Demonstranten zogen mit der Europaflagge in Kiew vor das ukrainische Parlament, um gegen die Entscheidung der Volksvertretung zu protestieren: „Ich habe EU gewählt“ steht auf dem selbstgemalten Plakat geschrieben

Bild: action press

Ein schon in den 80er Jahren beliebter Slogan lautete: „Wenn Wahlen etwas verändern würden, wären sie schon längst verboten.“ Diese Aussage war Ausdruck der Machtlosigkeit angesichts vieler in den Hinterzimmern von Parteien und Finanzwelt getroffener Entscheidungen. Solche Art von „Politikverdrossenheit“ könnte durch den Ausgang der letzten Bundestagswahl verstärkt werden. Die Tatsache, dass etwa 16 Prozent der Wähler keine parlamentarische Vertretung erhalten haben, löste eine Diskussion zur Reform des Wahlrechts und zur Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde aus. Ein viel weitreichenderer Gedanke zur Wahlrechtsreform aber ist die Einführung eines ungleichen Wahlrechts, für das in diesem Beitrag plädiert wird: Das „Kumulations-Votum“.

Versuche mit dem ungleichen Wahlrecht existieren bislang nur sporadisch. Gelegentlich gibt es Begünstigungen nationaler Minderheiten wie des von der Fünf-Prozent-Klausel befreiten Südschleswigschen Wählerverbandes. Auch existiert ein faktisch ungleiches Recht bei der Wahl zum EU-Parlament, an dem sich niemand zu stören scheint. Die Wahlstimme eines Luxemburgers hat das zehnfache Gewicht zu der eines Deutschen.

Aus der deutschen Geschichte ist das Dreiklassen- oder Zensuswahlrecht bekannt, das vor allem im Königreich Preußen von 1849 bis 1918 bestand (siehe Seite 11). Die Wähler wurden dabei entsprechend ihrer geleisteten Einkommensteuer in drei Abteilungen (inkorrekt oft als „Klassen“ bezeichnet) eingeordnet und erhielten ein abgestuftes Stimmgewicht. Die dahinter stehende Idee war, dass diejenigen, die mit ihren Steuern die Staatsfinanzen tragen, auch mehr Mitsprache über die Ausgabe der Gelder erhalten sollten. Die Sozialdemokraten pro-

Gastkommentar



Weniger Politikverdrossenheit durch Ungleichheit

Von CLAUS WOLFSCHLAG

testierten damals gegen dieses Wahlrecht, weil es konservative Parteien begünstigte, wenigen vermögenden Personen eine weit überproportionale Mitsprache ermöglichte, somit eine Politik für die Interessen Reicher begünstigen konnte.

In jüngster Zeit gab es Vorstöße zu einem ungleichen Familienwahlrecht. So forderte FDP-Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel ein von den Eltern treuhänderisch übernommenes Wahlrecht für ihre Kinder, um die Familien zu stärken. Doch ist dies nicht unproblematisch, denn spätestens seit den Analysen Thilo Sarrazins ist bekannt, dass der bestehende Sozialstaat gerade für Hartz-IV-Empfänger finanzielle Anreize zum Kinderkriegen schafft. Ein Familienwahlrecht könnte also den politischen Einfluss von Sozialleistungsempfängern und die Aufblähung des Sozialstaats verstärken. Zudem ist das Wahlrecht verfassungsrechtlich schwer an Dritte übertragbar. Und: Wer wählt für das Kind – Vater oder Mutter? Oder beide zur Hälfte?

Das an dieser Stelle erstmals vorgestellte „Kumulations-Votum“ verfolgt einen weitreichenderen Ansatz. Regelmäßig wird in politischen Diskussionen die mangelnde politische Bildung des Wahlvolkes beklagt. Die Aufgaben der politischen Institutionen sind vielen gar nicht bekannt. Und spricht man mit Bürgern, werden oft irrationale

Begründungen für deren Wahlentscheidungen geliefert – Kleidung, Sprachduktus oder Fernsehauftritte von Politikern. Die Stimme eines politisch weitgehend Uninformierten zählt dabei exakt so viel wie die eines umfassend gebildeten Professors, was zu einer qualitativen Schieflage führt. Weder werden Kenntnisse zu Politik und Staatsaufbau ausreichend berücksichtigt, noch ein gesellschaftlich förderliches Verhalten. Die Einführung eines ungleichen Wahlrechts würde dem entgegen wirken.

Für die radikale Linke ist das bestehende Wahlrecht bereits „ungleich“, da an die Staatsbürgerschaft gekoppelt. Ausländer können nicht einfach die Zusammensetzung des Bundestages mitbestimmen. Aus strategischen und ideologischen Gründen wird deshalb von links an der steten Aushöhung des Staatsbürgerbegriffs gearbeitet. Irgendwie soll jeder überall mitbestimmen können. Jedem die Staatsbürgerschaft oder das Wahlrecht wahllos ohne Gegenleistung zu schenken, fördert aber keine Integration oder gar Qualität.

Da keine politische Kraft Bürgern ihre Wahlstimme aberkennen möchte, gelingt die qualitative Steigerung wohl nur über die Erweiterung der Wahlstimmen. Das ungleiche „Kumulations-Votum“ sieht deshalb vor, jenen Bürgern mehr Mitsprache zu ermöglichen, die sich positiv für das nationale Gemeinwesen einsetzen. Wer sich bildet und gesellschaftlich engagiert, erhält dafür bis zu 100 Wahlpunkte, die jeweils für weitere Wahlstimmen stehen.

Eine festgelegte Zahl an Wahlpunkten könnte man zum Beispiel für ein abgeleitetes soziales Jahr im Krankenhaus oder für ehrenamtliches Engagement in gemeinnützigen Einrichtungen erhalten, etwa der freiwilligen Feuerwehr. Auch das Aufziehen von Kindern könnte mit Wahlpunkten belohnt werden. Ebenso sollten viele Wahlpunkte über das Absolvieren eines staatsbürgerlichen Bildungstests vergeben werden. Dabei würde das Grundwissen über die staatlichen Institutionen und politischen Strukturen abgefragt. Straftätern könnten hingegen wieder Wahlpunkte abgezogen werden. Jeder startet als Neuwähler bei 1 und kann dann durch sein Verhalten den politischen Einfluss vermehren. Anstrengungen für die Nation werden also mit mehr Mitsprache am Staat belohnt.

Die Kosten des bürokratischen Mehraufwands dürften durch die sich daraus entwickelnde Verbesserung des politischen Diskurses und Personals gemildert werden. Politiker, die nur auf Showeffekte und Floskeln setzen, dürften gegenüber einem informierteren und engagierten Wahlvolk weniger Chancen haben. Durch Stimmenkumulation gestärkte kritische Wähler würden einer Politik gegen die Interessen des Landes mehr auf die Finger schauen.

Die Praxis könnte beispielsweise so aussehen: Wahlpunkte müssen behördlich be-

antrag werden gegen Vorlage von Bescheinigungen des erfolgreich absolvierten Bildungstests oder ehrenamtlicher Tätigkeiten. Die Wahlbehörde vergibt daraufhin die Wahlpunkte, die elektronisch gespeichert und auf der Wahlbenachrichtigung vermerkt werden. Im Wahlbüro werden die Daten abgeglichen und die Wahlpunkte auf dem Stimmzettel amtlich vermerkt.

Da jedes System auch eine Achillesferse hat, muss möglichem Missbrauch vorgebeugt werden. Um eine Identifizierung von Wählern anhand der Wahlpunkte zu verhindern, werden Stimmzettel nicht mehr im Stimmbezirk, sondern gesammelt im Wahlamt ausgezählt und von Datenschützern überwacht. Wahlpunkte darf man zudem nur für un-

politisches Engagement bei zertifiziert gemeinnützigen Institutionen erhalten, nicht aber bei explizit politischen Organisationen, Vereinen und Stiftungen.

Durch das „Kumulations-Votum“ wird eine qualitative Steigerung der politischen Mitsprache ermöglicht. Aber es ist klar, dass das ungleiche Wahlrecht so lange nicht eingeführt wird, wie die derzeit herrschenden Parteien noch bequem mit dem gleichen Wahlrecht regieren können.

Der Autor wurde 1966 in Nordhessen geboren. Er studierte Geschichte, Kunstgeschichte und Politikwissenschaft in Frankfurt am Main und Bonn. Seit vielen Jahren ist er als Journalist, Kultur- und Geisteswissenschaftler für Magazine, Wochen- und Tageszeitungen tätig. Er veröffentlichte Bücher zu den Themenbereichen Geschichte, Politik und Kunst, darunter „Das goldene Tor“ über den Jugendstil-Maler Ludwig Fahrenkrog (2006) sowie „Traumstadt und Armageddon“ über die Geschichte des Science-Fiction-Films (2007).

Ein neues Wahlrecht könnte jene belohnen, die sich engagieren

Stimmen der Bürger würden unterschiedlich gewichtet

Erst schießen, dann malen

Der Erste Weltkrieg aus Sicht der Künstler – Kriegsmalerei in der Bonner Bundeskunsthalle

Beim Kriegsausbruch 1914 meldeten sich auch viele Künstler freiwillig an die Front. Desillusioniert kehrten die meisten zurück. Das künstlerische Ergebnis zeigt die Bonner Ausstellung: „1914 – Die Avantgarde im Kampf“.

In der Bonner Bundeskunsthalle wird man von einem stolzen Mann in Ritterrüstung empfangen. Es handelt sich um ein Selbstbildnis des damals 56 Jahre alten ostpreussischen Impressionisten Lovis Corinth. Das Ölgemälde entstand 1914 zu Beginn des Ersten Weltkriegs. Es spiegelt die Stimmungslage weiter Teile der deutschen Bevölkerung wider: Man war kampfbereit, wenn nicht gar kriegsbegeistert. Das nebenan hängende Bild malte Corinth 1918. Es symbolisiert mittels der auf dem Atelierboden verstreuten Teile der Ritterrüstung den Zusammenbruch der Illusion vom heldenhaften Krieg und auch des Kaiserreichs, das einer Republik weichen musste.

Den Ersten Weltkrieg erlebten die Zeitgenossen als ungeheuerlichen Bruch mit allen positiven Werten der Zivilisation. Der holländische Sozialistenführer Troelstra klagte: „Millionentod und -verstümmelung, Milliardenvernichtung bis zur finanziellen Erschöpfung; Himmel, Meer und Erde ein Schauplatz gegenseitiger Verwüstung. Die Welt eine Hölle, die Menschen wilde Teufel, wissenschaftliche Fortschritte und technische Möglichkeiten in den Dienst eines noch nie da gewesenen Barbarismus gestellt.“

Rund 70 Millionen Soldaten waren auf Seiten der von Deutschland und Österreich-Ungarn angeführten Mittelmächte sowie der Alliierten mit Frankreich, England, Russland, ab 1917 auch den USA an der Spitze am Krieg beteiligt. Über zehn Millio-

nen Menschen verloren ihr Leben.

Wie sich der Erste Weltkrieg im Schaffen der Künstler spiegelt, zeigt die packende Ausstellung in der Bundeskunsthalle. Aufgehoben sind rund 300 Werke von mehr als 50 europäischen Künstlern. Die Schau beginnt mit kriegslüsternen Werken. Der eigentlich friedliebende Ernst Barlach etwa ließ sich anlässlich

alles überstanden war, äußerte er vollmundig: „Der Krieg war eine scheußliche Sache, aber trotzdem etwas Gewaltiges. Das durfte ich auf keinen Fall versäumen!“ Max Beckmann meldete sich freiwillig als Sanitäter und erwartete, dass der Krieg seiner „Kunst etwas zu fressen“ gebe. Zu den künstlerischen Ergebnissen gehören die Radierungen einer explodierenden Granate (1914) und eines Lei-

Über seine künstlerischen Absichten äußerte er: „Mein Hauptgedanke ist jetzt: Entwurf zu einer neuen Welt.“ Franz Marc fiel 1916 bei Verdun.

Einen tiefen Eindruck hinterlassen insbesondere die Werke von Wilhelm Lehmbruck und C. R. W. Nevinson. Lehmbruck wurde wegen Schwerhörigkeit nicht einberufen, diente aber für kurze Zeit in einem Berliner Hilfsplaza-

Als offizieller Kriegsmaler betätigte sich auch der Schweizer Félix Vallotton, der die französische Staatsbürgerschaft angenommen hatte. Um Eindrücke für Kriegsgemälde zu sammeln, ging er 1917 an die Front. Seine Gemälde zeigen, was die destruktiven Kräfte des Krieges angerichtet haben: Ruinen und zerstörte Landschaften. Vallotton machte sich Gedanken über die angemessene Darstellung des

Krieges: „Wo ist das typische Bild?“ Sind es die jammervollen Verwundeten oder der mit einer Kugel zwischen den Augen zusammengesackte Soldat, die umgepflügten Leichenhaufen oder die Friedhöfe mit ihren ordentlich aufgereihten Grabkreuzen?

Erschütternd ist auch die Zusatzschau „Verlorene Söhne“ mit ihren Fotografien von toten Soldaten. Im Mittelpunkt stehen eine Plastik und mehrere Lithografien von Käthe Kollwitz, deren Sohn Peter im Ersten Weltkrieg fiel. Sie geben der Trauer Ausdruck und wenden sich gegen jeden Krieg: „Saatfrüchte sollen nicht

vermahlen werden“ ist Titel einer der Grafiken. Ansonsten ist die Zusatzschau dokumentarisch angelegt, handelt von Kriegen, Soldatenfriedhöfen und dem Terroranschlag vom 11. September 2001.

Veit-Mario Thiede

Bis 23. Februar 2014 in der Kunst- und Ausstellungshalle, Friedrich-Ebert-Allee 4, Bonn. Dienstag und Mittwoch 10 bis 21 Uhr, Donnerstag bis Sonntag 10 bis 19 Uhr. An den Festtagen 10 bis 19 Uhr. Heiligabend und Silvester geschlossen. Internet: www.bundeskunsthalle.de. Eintritt: 10 Euro. Der Katalog aus dem Snoeck Verlag kostet in der Ausstellung 39, im Buchhandel 78 Euro.



Bilder (2): Bundeskunsthalle. Nolde Stiftung Seebüll. Von der Heydt Museum Wuppertal

Patrioten an der Front: Emil Noldes „Soldaten“ (1913), Max Beckmanns „Selbstbildnis als Krankenpfleger“ (1915)



des Kriegseintritts Englands zu der Kleinplastik des mit dem Säbel mächtig ausholenden „Rächers“ (1914) hinreißen. Künstler, die das Kriegsgeschehen leibhaftig miterlebten, waren jedoch in vielen Fällen von ihren Erlebnissen schockiert, ja traumatisiert. Der Impressionist Max Slevogt aquarellierte einen gefallenen Engländer, der verkrümmt in seinem Blut liegt. Slevogt hatte sich im Oktober 1914 freiwillig als Kriegsmaler an die Westfront begeben. Nach drei Wochen kehrte er nach Hause zurück, erschüttert von den körperlichen und psychischen Strapazen.

Mit Zynismus sah der Kriegsfreiwillige Otto Dix seinem Fronteinsatz entgegen, wie das „Selbstbildnis als Schießeibe“ (1915) beweist. Jahrzehnte nachdem

chenhauses (1915). Mitte 1915 wurde Beckmann wegen Nervenzusammenbruchs beurlaubt und 1917 endgültig aus dem Kriegsdienst entlassen.

Trotz seiner Furcht vor dem Fronteinsatz meldete sich auch Ernst Ludwig Kirchner freiwillig – und wurde bald wegen seiner Angstzustände beurlaubt. Das Gemälde „Selbstbildnis als Soldat“ (1915) zeigt ihn mit fehlender Malhand auf dem Tiefpunkt seiner inneren Zerrüttung. Der Freiwillige Franz Marc hingegen begrüßte den großen Krieg als „reinigendes Fegefeuer“ und sprach vom „Imposanten, ja Mystischen“ der Artilleriekämpfe. Ausgestellt sind einige seiner Blätter des „Skizzenbuchs aus dem Felde“ (1915), darunter „Arsenal für eine Schöpfung“.

rett als Sanitäter. Dort erarbeitete er die gestalterischen Grundlagen für die Skulptur des „Gestürzten“ (1915). In schutzloser Nacktheit kriecht der Krieger, das zerbrochene Schwert in der vorgeschobenen Rechten, auf allen Vieren und stützt sich vor dem tödlichen Zusammenbruch mit dem kahlen Schädel vom Boden ab.

Der Engländer Nevinson wurde 1917 als offizieller Kriegsmaler an die Westfront geschickt. Sein Gemälde „Wege zum Ruhm“ (1917) wartet mit dem traurigen Anblick zweier englischer Soldaten auf, die in einem Stacheldrahtverhau den „Heldentod“ gefunden haben. Als Nevinson das Gemälde 1918 auf einer Londoner Ausstellung zeigen wollte, fiel es auf Verlangen des Kriegsministeriums der Zensur zum Opfer.

»Ende das fest«

Stefan George starb vor 80 Jahren – Er wirkte weniger als Lyriker denn als Mittelpunkt und »Führer« des George-Kreises

Kaum war der „Führer“ an der Macht, verlösch das Leben eines Dichters, der sich als geistiger Führer verstand. Am 4. Dezember 1933, also im Jahr der Machtergreifung Hitlers, starb Stefan George. In einer kaiser- und orientierungslosen Zeit nach dem Ersten Weltkrieg ballten sich die Heilsversprechen, und George war einer von vielen Charismatikern jener Zeit, um die sich eine Schar von Jüngern und Gefolgsleuten versammelten in der Hoffnung auf Erlösung welcher Art auch immer.

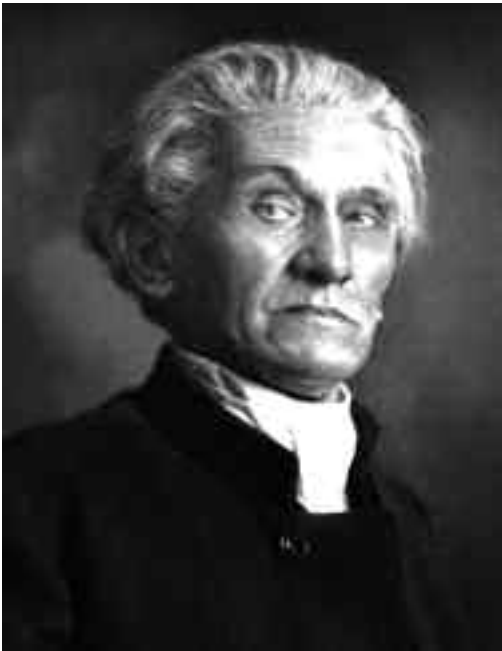
Im George-Kreis, einem elitären Zirkel von Gefolgsleuten aus adeligen Kreisen und dem gehobenen Bürgertum, huldigte man dem totalitären Ästhetizismus des Meisters. In einer Epoche, die vom Naturalismus geprägt war, predigte George die „L'art pour l'art“. Die Kunst für die Kunst, das Schöne und Erhabene setzte der 1868 in Bingen als Sohn eines Weinhändlers geborene George bewusst dem prosaischen Elend entgegen, dem sich Gerhart Hauptmann oder Hermann Sudermann verpflichtet sahen.

George ging es um die reine Poesie, und im Pariser Künstlerkreis des Dichters Stéphane Mal-

larmé fand er sich in seiner Kunstauffassung bestätigt. Fortan begeisterte sich George für die Lyrik der Symbolisten Arthur Rimbaud und Paul Verlaine sowie deren Dandy-Vorbild Baudelaire. George, der durch viele Reisen nach Paris oder London mehrere Sprachen beherrschte, schuf bis heute geschätzte Übersetzungen dieser französischen Poeten. Mit klarer schnörkelloser Sprache übersetzte er auch Dantes „Göttliche Komödie“, Shakespeares Sonette oder zeitgenössische Lyriker aus Holland, Belgien, Dänemark und Polen.

Eigene lyrische Gehversuche unternahm er in der von ihm gegründeten Zeitschrift „Blätter für die Kunst“. Nicht bloß, dass er in einer frühen Gedichtsammlung in Gestalt des Gott-Künstlers Algabal dem Bayernkönig Ludwig II. huldigte, führte seine radikale Ästhetik auch zu einer gewöhnungsbedürftigen Kleinschreibung – abgesehen vom Versanfang – und Zeichensetzung: „Schläfernder broden / Trauern-düfte / Weinkönig scheide ! / Aller ende / Ende das fest !“

Viel beachtet wurde seine Lyrik nicht. Die privat gedruckten Bände hatten meist nur Auflagen von wenigen hundert Exemplaren. War das der Grund, dass sich Ida



Dichter-Meister: Stefan George

Bild: pa

Coblenz, eine der wenigen Frauen, die in Georges Leben eine Rolle spielte, von ihm trennte und den erfolgreicheren Widersacher Richard Dehmel – ebenfalls ein Jubilar dieser Tage (in PAZ Nr. 46) –

heiratete? Schon früh zeichneten sich bei George aber auch homoerotische Tendenzen ab. Er pflegte platonische Männerfreundschaften. Hugo von Hofmannsthal, mit dem er sich gewünscht hätte, durch beider „schriftum eine sehr heilsame Diktatur“ ausüben zu können, musste sich wiederholt gegen aufdringliche Annäherungsversuche Georges zur Wehr setzen. „Er kann töten, ohne zu berühren“, erkannte Hofmannsthal die ästhetische Gefahr, die von George ausging.

Andere fühlten sich von diesem dichterischen Dämon magisch angezogen und scharten sich wie die Jünger um diesen Propheten, der „Das neue Reich“, so der Titel einer seiner Gedichtsammlungen, aufbrechen sah. In seinem kleinen Hofstaat einiger Bohemiens, dem George-Kreis, hielt der Meister im Priestergewand rituelle Handlungen ab, die ganz der Anbetung der Kunst gewidmet waren. Aufgeschlossen gegenüber esoterischen Ideen, suchte er die Nähe zu den „Kosmikern“ Alfred Schuler und Ludwig Klages, die kosmische Energien im Blut aus-

erwählter Menschen strömen sahen, welche als „Sonnenkinder“ wiedergeboren und die Welt von allem Übel erlösen würden.

Wegen antisemitischer Tendenzen in Schulers kosmischer Bluts-idee wandte sich George von ihm ab und konzentrierte sich auf seinen eigenen Männerbund, in dem die Autoren Karl Wolfskehl und Max Kommerell, der Literaturwissenschaftler Friedrich Gundolf oder der Industriellensohn Robert Boehringer tragende Säulen waren. Ausgehend vom frühen

Tod eines von George im Gedichtzyklus „Der siebente Ring“ gottähnlich verehrten Jünglings namens Maximin wollte er weitere „darsteller einer allmächtigen Jugend“ erzieherisch formen. Aus dem George-Kreis hat sich so die Reformpädagogik herausgebildet, die bis heute in die Odenwaldschule hinein nicht immer nur Vorbildliches geleistet hat.

Georges Heilslehre einer auserwählten Menschenklasse wurde von Nationalisten seinerzeit inbrünstig aufgesogen. Gleichzeitig sperrte er sein Werk nach allen politischen Richtungen ab, jedoch

nicht, ohne sich einzumischen. Die Kriege euphorie von 1914 teilte er nicht: „Zu jubeln ziemt nicht : kein triumph wird sein . / Nur viele Untergänge ohne würde . . “ Als letztlich der von ihm proklamierte Führerkult politische Realität wurde, misstraute er auch diesem. Nicht von ungefähr ging mit Claus Graf Schenk von Stauffenberg einer der Hitler-Attentäter aus dem George-Kreis hervor. Noch

kurz vor seiner Hinrichtung soll er Georges Gedicht „Der Widerchrist“ rezitiert haben, in dem vor dem „Fürst des Gezieters“ gewarnt wird.

Als Goebbels den Dichter zum Präsidenten der Akademie der Dichtung machen wollte, lehnte dieser ab. Bereits schwer an Krebs erkrankt, verfügte George, dass Graf Stauffenberg und Boehringer als Nachlassverwalter dafür sorgen sollten, ihn selbst, der sich zeitlebens nie an einem bestimmten Ort in Deutschland heimisch fühlte, nicht auf deutschem Boden beerdigen zu lassen. Sein Grab befindet sich in seinem Sterbeort, der Schweizer Tessin-Ortschaft Minusio. *Harald Tews*

Kino-Tipp

Knifflige »Tage am Strand«

Das übliche Klischee im Beziehungsgeflecht von Personen in der Midlife-Krise läuft meist so ab: Älterer Mann liebt viel zu junge Frau. Es muss wohl erst eine Autorin mit feministischem Hintergrund kommen, die das Verhältnis einfach mal umkehrt. In ihrer Erzählung „Die Großmütter“ schildert die am 17. November im Alter von 94 Jahren verstorbene Literaturnobelpreisträgerin Doris Lessing die Freundschaft zweier Frauen, die mit dem Sohn der jeweils anderen ein Verhältnis beginnen. Unter dem Titel „Tage am Strand“ startet jetzt eine Filmversion in den Kinos.

Aus Männerphantasien hat Regisseurin Anne Fontaine, deren Filmbiografie „Coco Chanel“ ihr 2009 viel Anerkennung eingebracht hat, jetzt eine Frauenphantasie gemacht: faul am Strand liegen, sich von Sonne, Meer und jungen Männerhänden verwöhnen lassen. Die Freundinnen Lil und Roz leben dieses Laissez-faire unter der australischen Sonne ganz befreit von Ehesorgen. Der Mann der einen ist gestorben, der andere lebt im fernen Sydney. Als beider Söhne zu jungen Adonissen heranwachsen, gerät der Hormonhaushalt der beiden Mittvierzigerinnen durcheinander. Erst macht sich Lils Sohn heimlich an Roz heran, dann verführt auch noch der Sohn von Roz ihre Freundin Lil.

Dass mit Naomi Watts und Robin Wright zwei Hollywood-Schönheiten die Mütter im gereiften Alter spielen, macht das Ganze zwar sehenswert, aber auch allzu märchenhaft schön. Ob der ganz aufs erotische Knistern ausgelegte Film Doris Lessing gefallen hat, ist nicht bekannt. Ihr ging es um die Spannungen, die zwei Freundinnen aushalten müssen, wenn Männer ihr Leben durchkreuzen. Der Tod der durch ihr „Goldenes Notizbuch“ weltbekannten britischen Autorin Lessing, die ihren Namen durch die Heirat mit einem Deutschen hat, dürfte dem Film jetzt eine unverhoffte öffentliche Aufmerksamkeit bescheren. *tws*

Hitler-Attentäter aus dem George-Kreis

Weihnachtlicher Markt

Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) lädt für das Wochenende 7./8. Dezember zum Märchenhaften Weihnachtsmarkt am Jagdschloss Grunewald, Hüttenweg 100, 14193 Berlin, ein. Handwerker und Künstler bieten an beiden Tagen von jeweils 11 bis 19 Uhr auf dem Schlosshof ihre Waren an. Außerdem gibt es Glühwein, heiße Schokolade und andere Gaumenfreuden. Wie bei den vorangegangenen zehn Malen werden sich auch dieses Jahr Märchenfiguren wie Frau Holle, Hänsel und Gretel sowie Aschenputtel und deren böse Stiefmutter in das Treiben mischen. Eine Märchenerzählerin wird versuchen, mit spannenden Geschichten große und kleine Zuhörer in ihren Bann zu ziehen. Im Jagdzeugmuseum können die Besucher mit den Künstlerinnen Rica Mende und Sandra Markgraf Weihnachtskarten basteln. Auch ein kleines musikalisches Bühnenprogramm sorgt wieder für Unterhaltung: Das Bassano Ensemble



Jagdschloss Grunewald Bild: SPSG

spielt an beiden Tagen auf historischen Blechblasinstrumenten Werke alter Meister sowie traditionelle Weihnachtslieder. Jeweils am Nachmittag treten verschiedene Berliner Ensembles auf; die Abende klingen bei gemeinsamem Singen mit dem Publikum aus.

Im Jagdschloss Grunewald, Berlins ältestem Schlossbau am Ufer des Grunewaldsees, ist eine bedeutende Sammlung von Gemälden Lucas Cranachs des Jüngeren und des Älteren zu sehen, außerdem Bildnisse brandenburgisch-preußischer Kurfürsten und Könige vom 16. bis ins 19. Jahrhundert. Das Jagdzeugmuseum informiert über die Geschichte der Jagd in Brandenburg und die Schlossgeschichte.

Der Eintritt beträgt 3 Euro inklusive Schlossbesichtigung. Für Kinder bis zum siebten Lebensjahr ist der Eintritt kostenlos. Nähere Informationen erteilt die Öffentlichkeitsarbeit der SPSG, Allee nach Sanssouci 6, 14471 Potsdam, Fax (0331) 9694-106, E-Mail: presse@spsg.de. PAZ

Statt nur drei gleich 28 Klassen

Parallelen und Unterschiede zwischen dem Wahlrecht Preußens 1849 bis 1918 und dem aktuellen der EU

Es wäre ein Irrtum anzunehmen, dass die Europäische Union, nur weil sie zur westlichen Wertegemeinschaft gehört, ein demokratisch legitimes Parlament besäße. Vielmehr hängt das Gewicht der Stimme jedes EU-Bürgers entscheidend davon ab, welchem der gegenwärtig 28 Mitgliedsstaaten er angehört. Analog zum preußischen Drei-Klassen-Wahlrecht ließe sich insofern also von einem 28-Klassen-Wahlrecht sprechen. Überhaupt lohnt sich ein Vergleich der beiden Wahlrechte.

Gerne wird von einer Demokratisierung der Europäischen Union gesprochen, wenn eine Stärkung des Europäischen Parlamentes gemeint ist. Parlamentarisierung führt aber nur dann zur Demokratisierung, wenn das Parlament demokratisch legitimiert ist. Und die demokratische Legitimierung eines Parlamentes ist nur dann gegeben, wenn dieses Parlament aus demokratischen Wahlen hervorgeht, sprich aus Wahlen, die allgemein, frei, gleich und geheim sind. Die Gleichheit des Wahlrechts fehlt jedoch bei den Wahlen zum Europäischen Parlament. Vielmehr dürfen die Wähler jedes EU-Mitgliedes einen festgelegten Anteil der Parlamentarier bestimmen, der allerdings nicht dem Anteil an der Gesamtwählerschaft der EU entspricht, sondern willkürlich festgesetzt ist. Politisch gewollt sind die Wähler in kleineren EU-Mitgliedsstaaten über- und die in größeren unterrepräsentiert. Je bevölkerungsreicher der EU-Mitgliedsstaat ist, dem ein Wähler angehört, desto geringer sein Gewicht bei den Wahlen zum Eu-

ropaparlament. Da bei jedem der 28 EU-Mitgliedsstaaten das Verhältnis von Wählern zu zugestandenen Abgeordneten ein anderes ist, ließe sich insofern von einem 28-Klassen-Wahlrecht sprechen. Begründet wird diese ungleiche Vertretung mit Minderheitenschutz für die Bevölkerungen der Kleinstaaten. Dabei sind jene, die diese Rechtfertigung vorbringen, nicht selten dieselben, die am Ende der Apartheid „One man, one vote“ („Ein Mann, eine Stimme“) für Südafrika gefordert haben – ohne dass sie irgendwelche Minderheitenrechte der dortigen weißen Bevölkerung daran gehindert hätten.

Mit dem für die Legitimierung des Wahlrechts für das EU-Parlament herangezogenen Minderheitenschutz ließe sich auch das preußische Drei-Klassen-Wahlrecht rechtfertigen, nämlich mit Minderheitenschutz für die Reichen. Bei diesem nach der 48er Revolution in Preußen eingeführten Wahlrecht für das Abgeordnetenhaus wurden statt Angehöriger kleiner Staaten große Steuerzahler begünstigt. Es folgte dem Motto „Wer zahlt, schafft an“. Wer überdurchschnittlich viel zum Steueraufkommen beitrug, sollte auch überdurch-

schnittlich an der Entscheidung beteiligt werden, wie diese Steuereinnahmen vom Staat zu verwenden sind. Das Etatrecht gehört im doppelten Wortsinn zu den ersten Rechten des Parlaments. Deshalb war es nicht ohne innere Logik,

Demokratisch ist weder das eine noch das andere, da die Gleichheit fehlt

dass das Drei-Klassen-Wahlrecht Bürger, die hohe Steuern zahlten, bei der Wahl des Abgeordnetenhauses bevorzugte. Das mag man aus guten Gründen für ungerecht halten. Doch wird ja auch bei der Wahl des Aufsichtsrates einer Aktiengesellschaft bis zum heutigen Tage nicht das Motto „Ein Aktionär, eine Stimme“ angewandt. Vielmehr gilt auch dort der Grundsatz, wer überdurchschnittlich am Grundkapital beteiligt ist, hat auch ein überdurchschnittliches Mitspracherecht bei der Aufsichtsratszusammensetzung. Wer als Kandidat eine Mehrheit des Grundkapitals, beziehungsweise dessen Besitzer, hinter sich bringt, ist gewählt, egal, wie groß die Zahl der Besitzer ist.

Dieser Grundidee folgte auch das Drei-Klassen-Wahlrecht, dessen Prinzip hier kurz ohne Anspruch auf Vollständigkeit erklärt sei. Die Wählerschaft wurde in drei Abteilungen (Klassen) aufgeteilt. Die erste Abteilung bildeten die größten Steuerzahler, die zusammen ein Drittel des Steueraufkommens aufbrachten. Zur dritten Abteilung gehörten die kleinsten Steuerzahler, die zusammen ein weiteres Drittel aufbrachten. Die vom zu versteuernden Einkommen her dazwi-

schen liegenden verbleibenden Steuerzahler, von denen das übrige dritte Drittel der direkten Steuereinnahmen stammte, wurden zur zweiten Abteilung zusammengefasst. Diese Abteilungen wählten nun gleich viele Wahlmän-

ner, die ihrerseits die Abgeordneten wählten. Es handelte sich also um eine indirekte Parlamentswahl, ähnlich den Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten.

Im letzten Friedensjahr vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, also 1913, gab es in Preußen 190 444 gültige Wählerstimmen in der ersten Abteilung und 1990 262 in der dritten. Da beide Abteilungen die gleiche Anzahl an Wahlmännern wählten, hatten die Stimmen der Wähler der ersten Abteilung also im Durchschnitt ein 10,45-mal höheres Gewicht als jene der dritten. Das entspricht etwa dem Gewichtsunterschied der Stimmen von Luxemburgern und Deutschen bei den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament. Da Luxemburg mit gegenwärtig rund 0,537 Millionen Einwohnern, von denen auch noch 44,5 Prozent Ausländer sind, sechs Abgeordnete und die Bundesrepublik mit zurzeit 80,548 Millionen 96 stellen wird, werden auf einen luxemburgischen EU-Parlamentarier 89 500 Einwohner kommen, auf einen deutschen hingegen 839 042. Das entspricht einem Verhältnis von eins zu 9,37.

Das Drei-Klassen-Wahlrecht wurde 1918 abgeschafft. Der Wahlmodus für das EU-Parlament gilt hingegen noch heute. Dabei wäre eine Demokratisierung auch ohne Verletzung der Interessen der kleineren Nationen durchaus möglich – wenn man es denn nur will. Eine Lösung bestünde in einem Zweikammern-Parlament mit einer Volks- und einer Staatenkammer, das nur mit Zustimmung beider Häuser Beschlüsse fassen könnte. Die erste Kammer würde aus allgemeinen, freien, geheimen und gleichen Wahlen der EU-Bürger hervorgehen und wäre damit demokratisch legitimiert. Und in der zweiten Kammer könnten die Angehörigen kleinerer Staaten nach Belieben überrepräsentiert sein, bis hin zum Grundsatz „Ein Staat, eine Stimme“. Eine solche Zweikammer-Lösung würde zwar nicht bewirken, dass alles, was die Mehrheit der EU-Bevölkerung will, auch beschlossen wird. Aber es würde wenigstens sicherstellen, dass nichts gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit getan wird. Und das wäre angesichts des Demokratiedefizits von EU und EU-Parlament schon eine große Errungenschaft. Manuel Ruoff



Damals kritisierte die Linke noch Wahlrechtsungleichheit: Karikatur in der sozialdemokratischen Satirezeitschrift „Der Wahre Jacob“ aus dem Jahre 1902

Bild: pa

Vor 175 Jahren starb Preußens letzter Großkanzler

Über kaum einen Politiker urteilten die preußischen Reformer derart widersprüchlich wie über Karl Friedrich von Beyme

Das Verhältnis der preußische Reformer zu ihrem Zeitgenossen Carl Friedrich von Beyme war höchst ambivalent. Doch zumindest sein politisches Ende als Opfer der Reaktion und Restauration im Widerstand gegen die Karlsbader Beschlüsse weist ihn als fortschrittlich aus.

Der am 10. Juli 1765 in Königsberg/Neumark geborene Sohn eines Regimentschirurgen verlor früh seinen Vater und wurde in den Franckeschen Stiftungen in Halle im humanistischen Geiste erzogen. Anschließend studierte er Jura und 1788 fing er seine Berufslaufbahn als Assessor des Kammergerichts zu Berlin an. Die Möglichkeit zu einer akademi-

schen Karriere schlug er ebenso aus wie die zu einer beim Militär. Der Gegner von Zwangsmaßnahmen zur Erlangung von Geständnissen und Todesurteilen für Kindsmörderinnen machte durch Stellungnahmen zu juristischen Fragen, die den Geist der Aufklärung und des Humanismus atmeten, den späteren König Friedrich Wilhelm III. auf sich aufmerksam. Beyme war es auch, der den Rechtsstreit zwischen Friedrich Wilhelm und der Mätresse von dessen Vater, Wilhelmine von Lichtenau, beendete. Vertrauen und Wohlwollen des Hohenzollern zeigten sich darin, dass dieser, kaum dass er den Thron bestiegen hatte, Beyme zum Kabinettsrat für das Justizwesen berief. Als 1806

der Vierte Koalitionskrieg ausbrach, war Beyme mittlerweile bis zum faktischen Leiter des Kabinetts aufgestiegen. Dieses führte dazu, dass er – nicht unbedingt verdient – für die katastrophale Kriegsniederlage verantwortlich gemacht wurde. Weiteren Anfeindungen war er dadurch ausgesetzt, dass er bürgerlicher Herkunft war und die von ihm geleitete Institution gerade vielen Fortschrittlichen als anachronistisches Küchenkabinet des Monarchen verhasst war – also der Esel (Kabinettsrat) gemeint war, wenn der Sack (Beyme) geschlagen wurde.

Als nach der Kriegsniederlage auf Geheiß des siegreichen Franzosenkaisers Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein leitender Minister wurde, wurde auf dessen Verlangen hin Beyme entlassen. Als Stein dann im darauffolgenden Jahr seinerseits gehen musste, wurde auf dessen Empfehlung hin Beyme Justizminister. Dieses ist nur ein Beispiel für das höchst ambivalente Verhältnis der preußischen Reformer zu Beyme, der einerseits eine vom Geiste der Aufklärung und des Humanismus geprägte Politik betrieb, aber andererseits mit

Reformorientiert, aber mit dem Image des Überkommenen

dem in Jena und Auerstedt kläglich untergegangenen alten Regime in Verbindung gebracht wurde. Erschwert wurde und wird das Urteil über ihn auch dadurch, dass er zwar für Reformen, aber gegen Revolutionäres war. Unabhängig vom schwankenden Urteil der preußischen Reformer über ihn wahrte er sich die Sympathie seines Königs. Und so ernannte ihn dieser nach seiner Rückkehr in die Politik zum Großkanzler. Beyme wurde damit Preußens letzter Träger dieses bedeutenden Titels, denn nach ihm wurde keinem Preußen mehr diese Ehre zuteil. 1810 stürzte Karl August von Hardenberg das Kabinettsrat und Beyme wurde in den Ruhestand ver-

setzt. Sechs Jahre später holte ausgerechnet Hardenberg Beyme in die Immediatkommission für die Justiz der Rheinprovinz. 1817 folgte die Berufung in den Staatsrat und an die Spitze des neugeschaffenen Ministeriums für Gesetzrevision. Zwei Jahre später folgte Beymes endgültiger Abschied aus der Politik. Während Staatskanzler Hardenberg im Amt verblieb, trat der 1816 geadelte Beyme 1819 aus Protest gegen die Karlsbader Beschlüsse und die Entlassung des Ministers Wilhelm von Humboldt ebenso wie Kriegsminister Hermann von Boyen zurück. Er zog sich auf seinen bei Berlin gelegenen Landsitz Steglitz zurück, wo er am 10. Dezember 1838 starb. M.R.

Nicht nur sein Kniefall polarisierte

Kein Kanzler der Bundesrepublik Deutschland war zeitlebens umstrittener als Willy Brandt

Willy Brandts 100. Geburtstag am 18. Dezember wird in den Medien zelebriert wie der einer Ikone. Einer Ikone, der Konrad Adenauer 1961 „Vaterlandsverrat“ vorwarf und die heute manchem reif für die Seligsprechung scheint – wenn es die für Politiker denn gäbe.

Wenn Konrad Adenauer über Willy Brandt sprach, stichelte er gerne „Brandt alias Frahm“. Herbert Ernst Karl Frahm, so lautete dessen vollständiger Geburtsname, den er im Widerstand gegen die Nationalsozialisten gegen den Tarnnamen „Willy Brandt“ tauschte. Herbert Frahm kam am 18. Dezember 1913 in Lübeck in einem schmucklosen Vorstadthaus nahe dem Bahnhof zur Welt. Seine ledige Mutter, Martha Frahm, arbeitete als Verkäuferin im Konsumverein. Den Namen des Vaters nannte sie nicht, als sie die Geburt ihres Sohnes eintragen ließ. Erst 1947 erfuhr Willy Brandt, wer sein Vater war: der Lehrer John Möller aus Hamburg, der 1912 und 1913 in Lübeck unterrichtete. Brandt hat den Vater nie kennengelernt. Nach einer oft wiederholten Fama erfuhr Brandt erst 1961 dessen Namen. Da war John Möller bereits drei Jahre tot.

Die Beziehung zur Mutter wurde als wenig liebevoll beschrieben. Eine innige Beziehung baute das Kind nur zu seinem Stiefgroßvater Ludwig Frahm auf. Der war Fahrer beim Dräger-Werk. Diesen Mann, in dessen Haushalt Herbert Frahm aufwuchs, nannte er „Papa“.

Vom Stiefgroßvater Ludwig Frahm hat der Enkel die Lektionen seiner Sozialisation gelernt. Das war, als sie bei Dräger streikten. Der Junge Herbert lungerte in der Nähe des Werkes herum. Einer der Direktoren fragte ihn, ob er wohl Hunger habe, nahm ihn mit zu einem Bäcker und schenkte ihm zwei Brote. Die brachte Herbert wohl stolz seinem Stiefgroßvater, aber der reagierte ganz anders als erwartet. Er soll gesagt haben: „Wir lassen uns nicht vom Feind bestechen. Wir wollen unser Recht, keine Geschenke.“ Der Junge musste die Brote wieder zum Bäcker bringen.

Die Frahms hatten ihren Platz in ihrer proletarischen Welt – und

der schien unverrückbar. Selbst als durch die Förderung aufmerksamer Lehrer und auch des Stiefgroßvaters der Wechsel auf ein Gymnasium möglich wurde, änderte sich daran nichts.

Auf dem Gymnasium „Johanneum“, „wo ein zweiter Arbeiterjunge nicht zu finden war“, nannten sie ihn bald den „Politiker“. Sein Zuhause fand er bei der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ). Einer seiner Lehrer warnte die Mutter: „Halten Sie Ihren Sohn von der Politik fern. Der Junge hat gute Anlagen, es ist schade um ihn. Die Politik wird ihn ruinieren.“ Nichtsdestotrotz trat er 1930 der SPD bei – um sie bereits im darauffolgenden Jahr wegen deren „Mutlosigkeit“ wieder zu verlassen. Sie war ihm nicht links genug. Stattdessen schloss er sich der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) an, einer linkssozialistischen Gruppe, die sich im Herbst 1931 von der SPD abgespalten hatte.

Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten hielt es das Gründungsmitglied des Lübecker Ortsverbands der SAPD und Mitglied ihres Vorstandes für angeraten abzutauchen. Im April

1933 setzte er sich von Travemünde mit dem Kutter TRA 10 Richtung Dänemark ab. Sein Stiefgroßvater hatte ihm 100 Mark zusteckt, im Gepäck befand sich der erste Band von „Das Kapital“ von Karl Marx. Am nächsten Morgen wurde das dänische Rødbyhavn erreicht. Herbert Frahm nannte sich von nun an Willy Brandt.

Über Kopenhagen führte der Weg nach Oslo, wo er das Büro der SAPD übernehmen sollte. Es folgten Jahre im Untergrund, in denen Briefe mit unsichtbarer Tinte geschrieben und Flugblätter in Koffern mit doppeltem Boden in das Reich geschmuggelt wurden. Als Norwegen von der Wehrmacht besetzt wurde, geriet er 1940 in deutsche Gefangenschaft. Da er eine norwegische Uniform trug, wurde er nicht enttarnt.

Nach seiner Freilassung noch im selben Jahr setzte er sich nach Schweden ab, wo der von den Nationalsozialisten ausgebürgerte Exilant in der Botschaft Norwegens einen norwegischen Pass erhielt und seine bereits in der Weimarer Zeit begonnene journalisti-

sche Arbeit fortsetzen konnte. Nach dem Ende von NS-Herrschaft und Zweitem Weltkrieg kehrte er noch 1945 als Korrespondent nach Deutschland zurück.

1947 ließ sich Brandt wieder einbürgern – unter dem Namen Willy Brandt. Von 1949 bis 1957 vertrat er als Abgeordneter für die SPD Berlin im Deutschen Bundestag. Von 1957 bis 1966 war er Regierender Bürgermeister des Stadtstaates. Es waren die heißen Jahre des Kalten Krieges, in denen die Mauer gebaut wurde.

Nachdem er bei den Bundestagswahlen von 1961 und 1965 vergebens gegen die CDU-Bundeskanzler Konrad Adenauer und Ludwig Erhard angetreten war, gelang ihm nach Erhards Sturz 1966 der Wechsel vom Berliner Senat in die Bundesregierung, denn Erhards Nachfolger Kurt Georg Kiesinger stützte sich statt auf eine bürgerliche auf eine Große Koalition mit der SPD. Brandt übernahm das Außenministerium und wurde Stellvertreter des Kanzlers.

Nach der Bundestagswahl 1969 entschied sich Brandt für eine Koalition mit der FDP. Mehrere bis heute wirkende Schlagworte und Zielsetzungen prägten Brandts Amtszeit in der sozialliberalen Koalition: „Wir wollen mehr Demokratie wagen“, „Neue Ostpolitik“, „Wandel durch Annäherung“.

Willy Brandts Kniefall am Mahnmal des Ghetto-Aufstandes in Warschau setzte im Dezember 1970 ein weltweit beachtetes Zeichen. Er war Ausdruck einer Politik gegenüber den Ostblockstaaten, die 1970 die Ostverträge mit der Sowjetunion und Polen zum ersten Ergebnis hatte. In beiden

Verträgen wurde die Oder-Neiße-Linie faktisch als Westgrenze Polens anerkannt und auf jegliche Besitzansprüche aus der Vergangenheit verzichtet. 1971 erhielt Willy Brandt für diese gegen den entschiedenen Widerstand von CDU und CSU durchgesetzte Politik den Friedensnobelpreis. 1972



An jenem 7. Dezember 1970 unterzeichnete er den Warschauer Vertrag: Der Bundeskanzler kniet vor dem Mahnmal im einstigen jüdischen Ghetto der Hauptstadt Polens

folgte der Grundlagenvertrag mit der DDR. Darin wurde der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik aufgegeben. Am Ende stand zwar nicht die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, wie von dieser angestrebt, sondern die abgestufte staatsrechtliche Aner-

kennung, doch mit diesem Schritt galt die DDR letztendlich als souverän.

Erst sehr viel später wurde bekannt, in welchem Maße die Stasi der DDR jenseits der Verhandlungstische mitmischte. Als der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel 1972 versuchte,

Die dem Misstrauensvotum noch im selben Jahr folgende vorgezogene Bundestagswahl brachte beiden Regierungsparteien Stimmengewinne. Umso überraschender war für die Öffentlichkeit das rasche Ende der Regierung Brandt. Über den Hang „Weinbrand-Willys“ zum Alkohol und seine überdurchschnittliche Zuwendung zum weiblichen Geschlecht gab es massive Gerüchte. 1974 kursierte ein Geheimdossier des Bundeskriminalamtes, das akribisch auflistete, welche erotischen „Zuführungen“ wann und wo stattgefunden hatten. In dieser – etwas längeren – Liste war nachzulesen, welche Damen dem Kanzler außerhalb des Ehebetts zu Diensten gewesen waren. Das Papier hatte Horst Herold, Präsident des Bundeskriminalamtes, veranlasst, es war also amtlich. Das war schon pikant genug. Sehr viel schlimmer aber war der Umstand, dass der Referent des Kanzlers, der die Damen seinem Herrn auf den letzten Metern „zuführte“, der enttarnte DDR-Spion Günter Guillaume war. Schlimmer noch: Brandt hatte dessen spezielle Dienste noch lange weiter in Anspruch genommen, nachdem der Hauptmann der Nationalen Volksarmee bereits in Verdacht geraten war. Die Stasi hatte weiter ungestört mithorchen können.

Am 6. Mai 1974 erklärte Bundeskanzler Willy Brandt seinen Rücktritt. Er blieb aber weiter politisch aktiv. So behielt er den 1964 von Erich Ollenhauer übernommenen Parteivorsitz bis 1987. Ein halbes Jahrzehnt später, am 8. Oktober 1992, starb er an den Folgen einer Krebserkrankung. Auf dem Waldfriedhof in Berlin wurde er beige-

setzt.

Klaus J. Groth

Unabhängigkeit dank Napoleons Niederlage

Niederlande: Der Wiedererlangung der Selbstständigkeit vor 200 Jahren folgte die Begründung des Königiums der Oranier

Dieses Jahr feiern die Niederländer den 200. Jahrestag der Proklamation der Wiedererlangung ihrer Unabhängigkeit. 232 Jahre zuvor hatten die Generalstaaten bereits die Unabhängigkeit vom habsburgischen Spanien erklärt. Am Ende des Dreißigjährigen Krieges, der mit einer Schwächung des Heiligen Römischen Reiches und der den Kaiser stellenden Habsburger einherging, wurde diese Unabhängigkeit im Westfälischen Frieden von der internationalen Staatengemeinschaft anerkannt.

Nach der Französischen Revolution gerieten die Niederlande dann unter den Einfluss der Französischen Republik. 1793 erklärte jene mit Großbritannien auch den Niederlanden den Krieg und marschierte 1794/95 in letztere ein. Sympathisanten der revolutionären französischen Besatzungsmacht gründeten daraufhin die Batavische Republik.

Zwei Jahre nach der Französischen Republik wandelte Napoleon auch deren niederländischen Satellitenstaat in eine Monarchie um. 1806 wurde aus der Batavischen Republik das Königreich Holland mit Napoleons Bruder Louis als Monarchen. 1810 hielt Napoleon die Zeit für gekommen, den französischen Traum eines

Den Spaniern folgten die Franzosen

Frankreichs bis zum Rhein zu verwirklichen. Als König Lodewijk Napoleon, wie er sich nun nannte, sich weigerte, in die dafür notwendige Abtretung der südrheinischen Gebiete seines Königreiches an Frankreich einzuwilligen, besetzten die Franzosen erneut ihren nördlichen Nachbarn. Statt es mit einem neuen Satellitenstaat zu versuchen, machte Napoleon kur-

zen Prozess und annektierte Holland.

Die Erfolge der Alliierten in den Befreiungskriegen erlaubten den Niederländern dann, am 2. Dezember 1813 die Unabhängigkeit von Frankreich zu proklamieren. Mit dieser Wiedererlangung der Unabhängigkeit ging die Rückkehr der Oranier aus dem Exil einher. Diese hatten seit dem frühneuzeitlichen Unabhängigkeitskampf gegen die Spanier eine führende Rolle in den Niederlanden gespielt und ab 1747 den Erbstatthalter gestellt. Der von den Franzosen 1795 vertriebene Wilhelm V. war zwar mittlerweile gestorben, doch knüpfte man insofern an die Tradition an, als man dessen Sohn zum neuen Staatsoberhaupt erkor. Im postnapoleonischen Zeitalter der Restauration wurde allerdings nicht zu der für diese Zeit für einen Flächenstaat ungewöhnlichen republikanischen Tradition zurückgekehrt. Vielmehr wurde Wilhelm Friedrich Prinz

von Oranien-Nassau als Wilhelm I. erst Fürst und 1815 dann König der Niederlande.

Auf dem Wiener Kongress wurden die Niederlande zur „Schildwacht Englands auf dem Kontinent“ ausgebaut, um eine treffende Formulierung Wilhelms I. zu benutzen. Für diesen Raum verfolgten die Briten zwei Ziele. Zum einen sollte der der Themsemündung gegenüberliegende Teil des europäischen Kontinents nicht in den Besitz einer seefahrenden Großmacht geraten. Und zum anderen sollte Frankreich auch im Norden durch einen starken Nachbarn eingedämmt werden. Gerne hätten es die Engländer daher gesehen, wenn die zu Lande starke, aber zu Wasser eher unbedeutende Großmacht Österreich die Habsburgischen Niederlande zurückgenommen hätten. Der österreichische Kaiser lehnte jedoch den Rückhalt der schwer zu verteidigenden Exklave ab. Folglich

wurden die vormaligen Habsburgischen Niederlande dem nördlichen Nachbarn zugeschlagen. So entstand 1815 das Königreich der Vereinigten Niederlande.

Verständlicherweise versuchte das katholische Frankreich, den großen protestantischen Nachbarn im Norden zu sprengen. Es unterstützte daher die Erhebung der

Letzte entscheidende Grenzänderung 1839

überwiegend katholischen und teilweise frankophonen südlichen Provinzen des Vereinigten Königreiches. Die Gründung des Königreiches Belgien war ganz in seinem Sinne. Denn der neue Nachbar im Norden war erstens schwächer, zweitens katholischer und drittens auch noch stärker französisch geprägt als sein Vorgänger. Großbritannien erhielt als Kom-

pensation für die Schwächung seiner „Schildwacht auf dem Kontinent“ die internationale Garantie der Selbstständigkeit und Neutralität des neuen Staates. Diese Garantie schien den Briten Gewähr dafür zu bieten, dass weder Frankreich im Norden aus seinen 1815 gezogenen Grenzen ausbrach noch der der Themsemündung gegenüberliegende Teil Belgiens in die Hand einer seefahrenden Großmacht geriet.

Frankreich, Großbritannien und die anderen Großmächte hatten sich 1830 auf der Londoner Konferenz auf diese Lösung geeinigt und da nützte es den Niederländern wenig, dass sie nicht von ihren südlichen Provinzen lassen wollten. 1839 fügten sie sich in das Unabänderliche und schlossen mit dem neuen Staat auf ihrem vormaligen Territorium Frieden. Die territoriale Entwicklung der Niederlande war damit im Wesentlichen abgeschlossen. *Manuel Ruoff*

Der Wahrheit Licht

Zu: PAZ

Ich möchte Ihnen von ganzem Herzen gratulieren. Nie zuvor habe ich eine derart objektive, sachliche und informative Berichterstattungen gelesen wie in Ihrer Zeitung. Mit Sicherheit haben Sie viele Anfeindungen (Wahrheit ist unangenehm) und müssen einem gewaltigen Druck Stand halten.

Gott möge Ihnen die Kraft und die Ausdauer geben, um der Wahrheit Licht und Raum zu verschaffen. Ich kaufe Ihre Zeitung in Freiburg i. Br. am Bahnhofskiosk. Sie haben brillante Schreiber, die einen Sachverhalt ungekünstelt und unverschnörkelt zu Papier bringen und ihm wirklich auf den Grund gehen. Ihre Zeitung ist nur zu empfehlen. **Matthias Mogler, Neuf-Brisach/Frankreich**

Teure SPD-Politik

Zu: Wem Deutschland gehört (Nr. 46)

Nun, die rot-links-grünen Parteien, allen voran die SPD, werden nach wie vor gewählt. Immerhin rund 30 Prozent aller Wahlberechtigten haben bei der letzten Bundestagswahl bei diesen Parteien ihr Kreuz gemacht. Wenn der Wähler diese Parteien für vielen Unsinn, den sie teilweise fordern, nicht abstrafft, fühlen diese sich ermuntert, weiter Forderungen dieser Art zu stellen.

Ich unterstelle der SPD, dass den Vertretern dieser Partei das Land egal ist. Wichtig ist einzig und allein die Hoffnung, möglichst viele Wählerstimmen zu ergattern. Und wenn man diese Stimmen von den Deutschen nicht bekommt, muss man eben dafür sorgen, dass man diejenigen Ausländer zu Deutschen macht, die diese Partei vermutlich wählen würden. Welchen Preis Deutschland für diese Politik zu zahlen hat, spielt für die SPD keine Rolle. **Frank Heitbrock, Lüneburg**

Mehr Care-Kartons

Zu: Unnötige Nachhaltigkeitsdebatte (Nr. 46)

Mit meinem Jahrgang 1943 der Nachkriegsgeneration angehörend erinnere ich mich mit Dankbarkeit der Care-Pakete, die auch meine Familie damals erreichten. Diese Geste hat bei mir einen bleibenden positiven Eindruck hinterlassen, der bis heute anhält. Warum sollen also nicht „Weihnachten im Schuhkarton“ an Kinder versandt werden, die nicht die sozialen Segnungen zum Beispiel in unserem Land haben? Eher erscheint es mir umgekehrt, dass sich dieser heutige Gender-Mainstream, weil noch keine schlechten Zeiten kennengelernt, mit reichlich irrwitzigen Überlegungen beschäftigt. Insofern ist dem PAZ-Kommentar nur voll zuzustimmen. **Gerald R. Schiller, Berlin**

Feldzug gegen Lügenimperium

Zu: Gegen kriminelle Ausländer (Nr. 44)

Ein Licht im Dunkel der unterdrückten Wahrheiten. Es ist zwar bedauerlich, dass sich viele erst dann trauen, die Wahrheiten zu benennen, wenn sie im Ruhestand sind, aber seien wir glücklich, dass es überhaupt geschieht. Der Feldzug der Wahrheit gegen die Diktatur der Lügen und Vertuschungen braucht solche modernen Helden.

Es ist ja ein regelrechtes mafiöses Schweigekartell, was sich da in unserem Land gebildet hat, alle fürchten die Rache der (politischen) Paten. Hoffen wir, dass in

Zu: Als die Kunst in Ostpreußen erblühte (Nr. 46)

Es ist sehr zu begrüßen, dass die *Preußische Allgemeine Zeitung* auf eine Zusammenstellung wissenschaftlicher Vorträge über das Schaffen Simon Dachs aufmerksam macht, die in der Tat auch für einen weiteren Kreis von Interesse sein kann. Ist Dach doch nach der traditionellen Ansicht der breiteren Öffentlichkeit der Autor des ursprünglich plattdeutschen Hochzeitsliedes „Anke van Tharaw“ (nicht Tha-„row“!), das in der Herderschen Übertragung des ersten Teils als „Ännchen von Tharau“ auch heute noch volkstümlich ist.

Dies Lied entstammt dem Königsberger Dichterkreis des Barock um Heinrich Albert, der es

auch vertonte (die „moderne“ Melodie stammt allerdings von Sucher) und eben Simon Dach. Der Dichterkreis traf sich in wechselnden Zusammensetzungen in Alberts Garten zum Vortrag von selbst verfassten Gedichten und zum Musizieren.

Dach und Albert wohnten zwar auf der eng bebauten Kneiphof-Insel – Dach in der Magisterstraße –, doch der Garten befand sich nicht dort, sondern bei der späteren Lindengrabenstraße, da wo der ehemalige Festungsdamm auf den Alten Pregel traf und wo sich heute das sogenannte Fischdorf befindet. In diesem Gärtchen, das Albert von 1630 bis 1640 besaß, stand die „Kürbishütte“, unter deren Namen auch der Königsberger Dichterkreis bekannt wurde. Albert hatte in die Kürbisse für

seine Freunde Verse eingeritzt, die er später auf Bitte Robert Roberthins vertonte und veröffentlichte: „Musicalische Kürbis Hütte Welche uns erinnert Menschlicher Hinfälligkeit – geschrieben und in drei Stimmen gesetzt von Heinrich Alberten.“

Die Lage des Gartens war späteren Generationen lange unbekannt geblieben. Noch die Dichterin Agnes Miegel glaubte, als sie ihre Prosaskizze „Nachspaziergang“ schrieb, er hätte auf den Hufen gelegen. Simon Dachs Klage über den endlichen Untergang und die Ruinierung der musikalischen „Kürbishütte“ und des „Gärtchens“ vom 13. Januar 1641 enthält aber Einzelheiten, die zum wahren Standort führen.

Peter Perrey, Neustadt

Alberts Leben

Zu: Als die Kunst in Ostpreußen erblühte (Nr. 46)

Das im ostpreußischen „Platt“ geschriebene „Ännchen von Tharau“ stammt nicht von Simon Dach, sondern von dem ein Jahr älteren Heinrich Albert. Geboren 1604 in Lobenstein im Vogtland studierte er bei seinem berühmten Onkel Heinrich Schütz in Dresden Musik, nahm dann aber in Leipzig ein Jurastudium auf und ging im gleichen Jahr nach Königsberg, wo er 1630 in Nachfolge des Lehrers Stobäus Domorganist wurde. Er dichtete und komponierte weltliche und geistliche Lieder und gilt in der Musikgeschichte als erster Klassiker des generalbassbegleiteten deutschen Liedes. **Wolfgang Glantz, Murrhard**

Blutbad ohne Blut

Zu: Zur Kasse, bitte! (Nr. 43)

Zehn Prozent Zwangsabgabe von jedem? Das ist eine Schnapsidee wie der kürzliche Vorschlag von Madame Lagarde, Deutschland möge etwas gegen seine Exporterfolge tun. Nein, so etwas ist nicht einmal im national-masochistischen Deutschland durchzusetzen. Jede politische Partei, die dieses akzeptieren würde, wird abserviert. Resultat wären dramatische Erfolge von Euro- und Europa-kritischen Parteien, also der Selbstmord Europas.

Nein, es geht nur über einen brutalen (Staats-)Schuldenschnitt querbeet, runter auf die Mastrichtgrenze von 60 Prozent BIP. Anschließend können die strukturell nicht voll leistungsfähigen Volkswirtschaften außerhalb der Euro-Zone versuchen, sich auf ein Rest-EU-Niveau zu entwickeln und dann zurückkommen. Es wird ein Blutbad geben, aber keiner wird wirklich verbluten, außer einigen „systemrelevanten“ Großbanken. **Klaus Brunswig, Landau**



Nach dem Vorbild des Freistaats Bayern wird im Rahmen der neu entflammten Diskussion nach einer Länderfusion von Berlin und Brandenburg der Ruf nach einem Freistaat Preußen laut

Plädoyer für einen Freistaat Preußen-Anhalt

Zu: Lösung „Bundesstadt“? (Nr. 45)

Die Vorschläge der Stiftung Zukunft finde ich durchaus bedenkenswert. Berlin ist pli-pla-pleite, aber irgendwie interessiert das den Bürgermeister Wowereit und alle seine zugereisten linksgestrickten Mitstreiter nicht sonderlich, denn es geht ja auch dank Länderfinanzausgleich irgendwie immer so partylustig weiter. Dem wäre ein Riegel vorgeschoben, wenn es eine striktere Trennung zwischen den vom Bund finanzierten Hauptstadt-„Repräsentations“-Kosten (die Berlin wie jede Hauptstadt braucht) und einer normalen Verwaltung (die in Potsdam sitzen kann) gäbe. Dazu wird aber ein gewisser einmaliger Schuldenschnitt für Berlin durch den Bund vermutlich unvermeidlich sein.

Ebenfalls bedenkenswert, aber hier leider gar nicht thematisiert, halte ich den 2002 verkündeten Vorschlag des damaligen Brandenburger Innenministers Alwin Ziel (SPD), ein gemeinsames Bundesland Berlin-Brandenburg „Preußen“ zu nennen. Besser fände ich noch „Freistaat Preußen“ also ähnlich wie „Freistaat Bayern“ oder „Freistaat Sachsen“.

Ich höre die Linksrünen allerorten schon aufheulen. Ich hätte auch nichts dagegen, wenn sich mein Geburtsland Sachsen-Anhalt gleich mit anschließt. Das wäre historisch korrekt ja auch weitestgehend Kernland Preußens. Bis auf das kleine Herzogtum Anhalt, was übrigens auf ein altes Askaniergeschlecht zurückgeht (für alle, die wissen, was Askanier für Berlin und Brandenburg bedeuteten), war das übrige Sachsen-Anhalt als Provinz Sach-

sens seit dem 17. Jahrhundert preußisch. Also von mir aus damit auch gerne „Freistaat Preußen-Anhalt“, wegen der Askanier halt. Ehre wem Ehre gebührt.

Was ich mir davon verspreche? Nur Gutes. Sicher, es ist erst einmal nur ein Name. Aber man denke nur an den Freistaat Bayern: Selbst ein Sozialdemokrat wie Münchens Bürgermeister Ude muss in Bayern auf „mir san mir“ machen, um überhaupt einen Blumentopf zu gewinnen.

Durch Zusammenlegungen von Bundesstaaten wird unbestritten der Staat verschlankt, was in allen drei Pleiteländern Kosten sparen würde, und Preußen verkörpert genau die Tugenden, die wir heute wieder bräuchten: regionalen Patriotismus, Sparsamkeit und eben gerade keine nebulöse „Toleranz und Vielfalt“ als Selbstzweck, sondern Toleranz als kon-

trollierte Zuwanderung nach strikt ökonomischen Kriterien.

Die Leier mit dem preußischen Militarismus (wer redet heute eigentlich noch vom Militarismus des britischen Empires oder der französischen Grande Nation?) und mit Preußen als Wegbereiter für Hitler ist schlicht Unsinn. Im Gegenteil: Der mit Hitler später koalierende Franz von Papen hat Preußen 1932 zerschlagen (Preußenschlag), da es ihm zu mächtig war. So hatte Hitler leichtes Spiel. Das er dann preußische Traditionen missbraucht hat, ist nicht Preußens Schuld. Da war es schon zerschlagen.

Und zuletzt für unsere linken Freunde noch ein kleines Bonbon: Der Sozialismus wurde weitestgehend auch in Preußen erfunden. Na wie wär's, ihr Preußen aller Couleur? **Heribert Eisenhardt, Berlin**

Stoppt den türkischen Zug Richtung EU!

Zu: EU: Kritik an Türkei-Plänen (Nr. 43)

Kürzlich hat die EU-Kommission den jährlichen Fortschrittsbericht zur Türkei veröffentlicht, den man besser Rückschrittsbericht nennen sollte. Darin steht, dass der Kampf gegen häusliche Gewalt einschließlich sogenannter Ehrenmorde für die Türkei eine „Haupt Herausforderung“ bleibe, dass das Strafrecht als Waffe gegen regierungskritische Journalisten missbraucht werde, die Pressefreiheit eingeschränkt sei, nichtmuslimische religiöse Minderheiten – in erster Linie Christen – unter einer Vielzahl von Diskriminierung

gen zu leiden hätten und die Gewaltanwendung gegen Demonstranten und Häftlinge ein „Grund zur Besorgnis“ sei.

Obwohl sich die Türkei immer weiter von europäischen Maßstäben entfernt, empfiehlt Brüssel eine Beschleunigung der Beitrittsverhandlungen. Und das, obwohl die EU die Gewaltexzesse der Sicherheitskräfte bei den Anti-Erdogan-Protesten im Istanbuler Gezi-Park kritisierte. Das dürfte wohl das schlechteste Signal an den türkischen Ministerpräsidenten sein, der für das Niederknüppeln von Demonstranten offenbar noch belohnt wird. Zurecht fordern daher einige EU-Abgeordnete, die

Beitrittsverhandlungen auszusetzen. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im EU-Parlament, Herbert Reul, warnte: „Wo Blut geflossen ist, darf die EU-Kommission nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.“

Die Ablehnung eines EU-Beitritts wird auch in der Türkei immer lauter. Unterstützten 2004 noch 73 Prozent der Bevölkerung eine Bewerbung, so waren es 2010 nur noch 38 Prozent. 2012 glaubten nur noch 17 Prozent der Türken an einen Beitritt. Die erweiterungsmüden Europäer haben keine besseren Zahlen. Also: Stoppt diesen Zug!**Erich Lienhart, Bühl**

Fehlentwicklung

Zu: Lampedusa ist erst der Anfang (Nr. 46)

Eigentlich müsste es eine Migration europäischer Unternehmer nach Afrika geben, um mit den Einheimischen dort etwas aufzubauen, so dass die Europäer und Afrikaner etwas davon haben. Solange aber Europa im sozialistischen Morast feststeckt, werden wir diese Art von Migration sehen. Aber diese Fehlentwicklung wird wohl erst vom großen Euro/Dollar-Zusammenbruch beendet werden. **Jörn Gebert, Frankfurt am Main**

Fehlgeleitet

Zu: Lampedusa ist erst der Anfang (Nr. 46)

Die Wahrheit wird leider kaum noch ausgesprochen. Statt auf die Gefahr der Bevölkerungsexplosion in der Dritten Welt hinzuweisen und hier Gelder und Ideen zur Geburtenkontrolle freizugeben, beschäftigen sich die Meinungsmacher mit dem Pseudoproblem „Klimawandel“. Leider lässt sich die Realität nicht vorschreiben, wo die wahren Probleme liegen. Und leider wird die Beschäftigung mit den vermeintlichen Problemen uns nicht vor den Folgen der echten Ursachen bewahren. **Manfred Herrmann, Rheinbach**

Ungenießbar

Zu: Vergiftetes Angebot (Nr. 46)

Der US-Cowboy Eric T. Hansen muss offensichtlich von seinem Mustang gefallen sein. Bei dieser Gelegenheit hat er sich offensichtlich den Kopf verletzt. Anders lässt sich das wirre Zeug nicht erklären, was dieser Autor von sich gibt. Soll er nur weiter seine Kommentare für „Zeit Online“ schreiben, denn bei der PAZ sind seine „Vergifteten Angebote“ ungenießbar. **Hans-Joachim Nehring, Neubrandenburg**

Selbst schuld

Zu: In der moralischen Falle (Nr. 42)

Ist schon eine tolle Welt: Erst machen wir Krieg, weil die überfallenen Staaten Rohstoffe und Öl nicht hergeben – und wir wundern uns dann über Flüchtlinge im eigenen Land. Zerstört ist zerstört. Keiner spricht mehr von den Leiden der Zivilbevölkerung im Irak und den anderen überfallenen Staaten. Die wurden ja angeblich „befriedet“ mit unserer Demokratie. **Jürgen Forbriger, Dresden**

Pech gehabt

Zu: AfD: Keine Verschnaufpause (Nr. 39)

Großes Lob an die laufende und aktuelle Berichterstattung in der PAZ! Hätten die Euro-Abweichler der FDP (und der CDU) ihr Parteibuch zurückgegeben und wären stattdessen der AfD beigetreten – einige Herren wären dann nicht aus dem Bundestag geflogen, und die AfD hätte es in den Bundestag geschafft. Leider hat man am Sessel geklebt oder besser an den schönen „Djäten“ und sonstigen Versorgungsleistungen. Pech gehabt, FDP. **Maik Bialek, Lutherstadt Wittenberg**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Gedenken am Volkstrauertag

In Allenstein liegt der Ehrenfriedhof idyllisch unter Kiefern am Nordrand der Stadt. Die Stille auf dem von der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM) hervorragend gepflegten Gräberfeld wird nur von gelegentlichen Spaziergängern, Vogelgezwitscher und dem gedämpften Fahrgeräusch der Autos auf der Hauptstraße nach Diwitten gestört. Nur einmal im Jahr wird es richtig eng auf den Kieswegen zu den unter weichem Moos liegenden Gräbern der gefallenen Soldaten. Dann, am Volkstrauertag, lädt die AGDM zur Gedenkfeier ein.

So auch dieses Jahres. Das Wetter meinte es gut mit den Teilnehmern der Veranstaltung. Sonnenstrahlen fanden ihren Weg durch Wolken und Bäume. Das Licht glitzerte auf einem einfachen Stahlhelm, der einsam auf einem Kreuz balancierte. Einige der anderen schlichten Holzkreuze waren mit Grablichtern und Blumen geschmückt. Die Gäste der Gedenkfeier hatten sich beim großen Mahnmal im Zentrum des Friedhofs versammelt. Alois Kowalewski hielt wie seit Jahren die Ansprache zum Volkstrauertag. Seine Stimme trägt nicht mehr weit; immerhin hat er wenige Tage zuvor seinen 84. Geburtstag begehren können. Doch die Gedenkrede ist seine Aufgabe, besonders diesmal, weil er in diesem Jahr nach über 60 Jahren Ehe seine Frau verloren hat.

Domherr Andre Schmeier, der die Katholiken der deutschen Volksgruppe im südlichen Ostpreußen seelsorgerisch betreut, erinnerte in seinem Geleitwort an die zivilen Opfer, die der Zweite Weltkrieg in Ostpreußen gefordert hat, und bat die Anwesenden, für sie einen Rosenkranz zu beten. Dann legten Otto Tuschinski und Alexander Bauknecht vom Vorstand der AGDM Blumen am großen Kreuz nieder, an dessen Fundament auch der Kranz vom Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen seinen Platz fand. Musikalisch abgerundet wurde die Feier durch den Chor „Vaterhaus“ und den Trompeter Dariusz Gendziarski, der neben dem Blasen des Zapfenstreichs auch die Begleitung zum Lied „Der gute Kamerad“ und zum Ostpreußenlied übernahm. *Uwe Hahnkamp*

Mieter sollen sich beteiligen

Königsbergs Gebietsduma will kein Gesetz zur Durchführung von Sanierungsarbeiten an städtischem Eigentum und Mehrfamilienhäusern verabschieden. Weil im Gebiet allein über 30 000 Wohnhäuser dringend eine Kernsanierung benötigen, sollen die Bürger an den Kosten beteiligt werden. Auch diejenigen, die einen staatlichen Zuschuss zur Miete erhalten, sollen sich mit fünf Prozent an den Sanierungskosten beteiligen. Gedacht ist an eine Umlage in Höhe von 2,50 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche. Diese Ankündigung stieß auf heftige Kritik seitens der Bewohner. Der zuständige Beamte argumentierte, dass alle von den ab 2015 geplanten Modernisierungen profitieren würden. *MRK*

Gemeinsam für den Erhalt

Allenburg: Russisch-Orthodoxe Kirche zeigt sich gesprächsbereit

Seit die Mehrzahl der Kirchen im Königsberger Gebiet der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) übereignet wurde, drohte den Gotteshäusern der weitere Verfall, weil russische Mittel für Restaurierungen fehlten und die Arbeiten der lutherischen Gemeinden und die überwiegend aus Spenden finanzierte Hilfe aus der Bundesrepublik Deutschland zurückging. Seit einigen Monaten kommt Bewegung in die Angelegenheit, die ROK signalisiert zunehmend Gesprächsbereitschaft mit den lutherischen Gemeinden. Dies gibt Anlass zu der Hoffnung, dass die noch erhaltenen Kirchen im Gebiet doch noch eine Zukunft haben, wie das Beispiel der Ordenskirche Allenburg zeigt.

Die Übergabe alter deutscher Ordenskirchen an die ROK hatte bewirkt, dass vielerorts – wie in Allenburg – lutherische Gemeinden, die mit Unterstützung von Fördervereinen und Spendengeldern Kirchen vor dem sicheren Verfall bewahrt hatten, ihre Arbeiten einstellen. So auch in Allenburg, wo Freiwillige seit 2005 die im Zweiten Weltkrieg schwer beschädigte Kirche restauriert hatten, Dach, Stützpfeiler und der Turm sowie das Tor sind inzwischen wiederhergestellt, dennoch bleibt noch viel zu tun. Schautafeln weisen darauf hin, dass die Lutherische Gemeinde sich um den Erhalt gekümmert hat und dass es sich um ein denkmalgeschütztes Gebäude handelt. Tatsächlich befinden sich hier schützenswerte historische Zeugnisse wie die Grabplatte des Kammerherrn Albrecht Friedrich von Rauschke sowie wei-

Restaurierungsstopp nach Übereignung

tere in die Kirchenmauern eingelassene Grabplatten. Seit die ROK mit der Obhut der Ordenskirche Allenburg, errichtet in den Jahren 1405 und 1406, betraut wurde, drohen selbst die restaurierten Abschnitte wieder zu zerfallen, weil der Diözese schlichtweg die Mittel fehlen. Dieses und weitere Negativbeispiele des Umgangs mit denkmalgeschützten Objekten haben den



Bilder (2): Bismann

Teilrestaurierte Kirche in Allenburg (oben): Mit Spenden und Eigeninitiative wurden Dach, Turm und Pfeiler wieder hergestellt; Tatkräftige Mitarbeit (rechts): Freiwillige reparieren die Turmuhr der Kirche



Gouverneur Nikolaj Zukanow auf den Plan gerufen. Mehrfach rügte er öffentlich die Arbeit der Denkmalschutzbehörde im Gebiet. Der Leiterin Larissa Kopzewa warf er vor, dass diese in ihrer zweijährigen Amtszeit nichts bewegt habe. Kein Baudenkmal, keine Kirche sei unter ihrer Ägide restauriert worden. Die der ROK übereigneten Kirchen seien dem Verfall überlassen worden, anstatt restauriert zu werden. Zukanow kritisierte das Fehlen eines Planes, denn die Gesetzesgrundlage biete

Den Hütern des Waldes

Gedenkstein für Förster vor der Schule Waldwinkel aufgestellt

Bei wunder-schönem Ostpreußischen Herbstwetter haben Praktikanten aus Thüringen, die im Rahmen eines Austausches zwischen dem Anthropos e. V. und dem Sondershäuser Bildungsverein e. V. im Gebiet verweilen, in Zusammenarbeit mit dem Museum



Bild: Leiste

Nach getaner Arbeit: Praktikanten vor der Schule

Schule Waldwinkel einen Gedenkstein für ostpreußische Forstbeamte und Waldarbeiter des ehemaligen Oberforstamts Elchwald in Kelladen/Waldwinkel [Iljitschewo] vor dem Schulgebäude aufgestellt. Die Idee dazu stammte von Förstern und Jägern aus der Schorfheide im Land Brandenburg, die in diesem Jahr zum wiederholten Male das Gebiet um das ehemalige Oberforstamt Elchwald besuchten und die dem letzten Elchjägermeister Oberforstmeister Hans Kramer

ein bleibendes Denkmal setzen wollten. Den Praktikanten ist es in Zusammenarbeit mit Anthropos und Inessa Natalytsch, der Leiterin des Museums Schule Waldwinkel, in kürzester Zeit gelungen, die Aufstellung des Gedenksteines am historischen Ort in die Tat umzusetzen. So wird die Erinnerung an die ostpreußischen Forstbeamten und Waldarbeiter wachgehalten, die über viele Generationen zum Wohle des Waldes und seiner Tiere hier

gearbeitet und gelebt haben. Die jungen Leute wirkten nicht nur praktisch bei der Aufstellung des Gedenksteines mit, sondern sie interessierten sich besonders auch für das Gestrern und Heute dieser wunder-vollen Landschaft Ostpreußens und für das Leben seiner ehemaligen und jetzigen Bewoh-

Kopfloses Denkmal

Königsbergs Kulturerbe wird aufgelistet

Die Anlage eines Verzeichnisses der Architekturdenkmäler in Königsberg ist in vollem Gange. Spezialisten untersuchen Skulpturen und andere Objekte, die von kulturellem oder historischem Wert sein könnten. Auf den Straßen der Stadt erscheinen selbst an völlig unerwarteten Orten goldene Tafeln. Auf ihnen steht der Name des schützenswerten Objekts, die Art des Schutzes und das Entstehungsdatum. So auch neben einem Wohnhaus der Vorkriegszeit. Doch das Schild bezieht sich nicht auf das Haus, sondern auf eine beschädigte Skulptur. „Kunstdenkmal mit städtischer Bedeutung. Skulptur ‚Kind mit Katze‘, Anfang 20. Jahrhundert. Unter staatlichem Schutz stehend. Personen, die das Objekt des kulturellen Erbes beschädigen, werden entsprechend der Gesetz-

gebung der Russischen Föderation zur Verantwortung gezogen“, ist auf dem Schild zu lesen. Dabei ist deutlich erkennbar, dass ihr bereits gehöriger Schaden zugefügt wurde.

Der Skulptur fehlt der Kopf, an seiner Stelle ragen Monie-reisen heraus.

Wie ein Bewohner des Hauses berichtete, rankt eine Legende um diese Skulptur. Sie soll seit Kriegsende dort stehen und sie sei ein Geschenk eines Deutschen gewesen, der in der Nähe gewohnt habe. Als ein Bewohner des Hauses sich Geld bei seinem Freund geliehen ge-

habt habe, habe dieser den Kopf der Staute heruntergerissen und erklärt, dass er diesen erst zurückgeben werde, wenn die Schulden getilgt seien. Deshalb stehe die Skulptur bis heute kopflos da. Die Bronzetafel wurde erst kürzlich angebracht. *Jurij Tschernyschew*



Kulturerbe? Skulptur unbekannter Herkunft



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

„so ganz kann ich es noch immer nicht begreifen, dass wir uns gefunden haben!“, sagte meine Besucherin und schüttelte den Kopf, „nie hätte ich daran gedacht, nie im Leben!“ Sie war gekommen, um mit mir über das Wunder zu sprechen, das unsere Familie bewirkt hatte. Nicht nur für sie, sondern auch für ihren Freund **Werner Mai** aus längst vergangenen Kindertagen, mit dem sie Hand in Hand durch das brennende Königsberg lief. Daran erinnert sich Frau **Ursula Brandenburg** noch heute: „Wenn die Sirenen gingen, habe ich gesagt: Jetzt muss ich schnell Wernerchen holen! Irgendwie hatte ich das Gefühl, dass ich für ihn Verantwortung trage. Dabei war er gerade mal zwei Jahre jünger.“ Und obwohl der kleine Nachbarsjunge erst fünf Jahre alt war, als die Flucht sie trennte, hatte er seine Ulla nie vergessen. Und sie spät, aber nicht zu spät gesucht, denn wir konnten tatsächlich aufgrund der Veröffentlichung seines Suchwunsches Frau Ursula ausfindig mache, obgleich sie nun einen anderen Namen trug. Als das Telefon bei ihr in Vlotho läutete und eine Stimme sagte: „Bist du die Ursula aus der Schönstraße 11 in Königsberg? Weißt du, wer hier ist? Dein Freund Werner Mai!“ – da musste sie sich zuerst einmal hinsetzen und brachte keinen Ton heraus. Noch heute schwankt ihre Stimme, wenn sie von diesem Wiederhören nach 68 Jahren berichtet. Ein Wiedersehen hat es noch nicht gegeben, aber das soll im nächsten Jahr erfolgen. Darüber und über unsere gemeinsame Heimatstadt Königsberg haben wir lange gesprochen, und ich konnte bei ihr manche verschüttet geglaubte Erinnerung freilegen. Der „kleine Werner“ hatte da schon mit seiner Heimatliebe gute Vorarbeit geleistet.

Zwei Nachbarskinder haben sich gefunden – zwei sollen sich finden, wenn es nach den Wünschen von Frau **Brigitte Freiwald** aus Gelting geht. Auch sie sucht

einen Freund aus Kindertagen, von dem sie seit fast 70 Jahren nichts mehr gehört hat, aber sie denkt immer an ihn, denn sie trägt noch heute sein Bild in der Handtasche. Das mag kaum glaublich klingen, aber lassen wir Frau Freiwald selber erzählen:

„Ich suche seit Jahren **Hans Joachim Fieguth** aus Klein Lichtenau. Wir waren Nachbarskinder, sind zusammen zur Schule gegangen und haben nach der Schule gespielt in einem schönen Kinderzimmer. Ich kann mich so gut daran erinnern. Seine Mutter **Gertrud** hat uns beide oft abgeholt, im Winter mit dem Schlitten. Eines Tages hat sein Opa uns abgeholt, **Gustav** Fieguth, weil Joachims Vater gefallen war. Nach diesem Tag



Gerade aus dem Lazarett entlassen: Paul Eichmann 1943 in Frankreich

Bild: privat

durfte ich immer länger bei ihm sein. Wir waren damals acht Jahre alt. Im Sommer 1944 ist seine Mutter zu ihrer Familie nach Berlin geflüchtet. Möchte gerne wissen, wie sein Leben verlaufen ist, ob er und seine Mutter den Krieg überlebt haben. Ich habe sogar ein altes Diabild von ihm, wo er auf dem Arm seines Vaters sitzt. Dieses Bild habe ich immer in meiner Handtasche. Die Handtaschen wurden oft gewechselt, aber das Bild blieb immer drin, bis heute. Würde es ihm so gerne schenken oder seinen Kindern oder Jemanden aus seiner Familie. Vor Jahren habe ich Verwandte von ihm ge-

funden, die auch Nachbarn waren, aber die wissen von nichts. Nun hoffe ich auf unsere Ostpreußische Familie, die ist groß und so hilfreich und immer bereit, Wünsche zu erfüllen. Dafür sage ich Danke.“

Ob diese Suche so erfolgreich wird wie die von Werner und Ulla, ist allerdings mehr als fraglich. Zwar steht der Name fest, Hans-Joachim Fieguth, aber seine Mutter stammte wohl aus Berlin und hatte nach dem Fortzug anscheinend keine Beziehung mehr zu den ostpreußischen Verwandten ihres Mannes, die schon aufgrund der Kriegs- und Nachkriegswirren nicht zustande kommen konnte. Vielleicht überlebten Mutter und Sohn nicht die Bombenangriffe

ne Erfolg. Nun bekam Frau Freiwald ein Foto in die Hände, das ihren Vater 1943 nach einem Lazarettaufenthalt in Frankreich mit weiteren Entlassenen zeigt. Sie glaubt zwar nicht, dass jemand ihren Vater erkennt – Zweiter von rechts in der obersten Reihe –, aber vielleicht haben ältere Leser einen Bezug zu diesem Foto. Leider fehlen das genaue Datum sowie die Ortsangabe. Über Zuschriften zu allen hier angeführten Fragen würde sich unsere treue Leserin freuen. (Brigitte Freiwald, Ostlandstraße 1 in 24395 Gelting, Telefon 04643/2464.)

Jetzt kommt die Zeit, wo der Nussknacker wieder tätig wird, und eine Nuss gibt es auch bei uns zu knacken, jedenfalls nach Ansicht von Frau **Ute Eichler**, die uns die nächste Suchfrage übermittelte. Allerdings glaube ich nicht, dass es eine harte Nuss sein wird, denn es sind mehrere Personennamen angegeben, von denen einige uns weiterhelfen könnten. Das von ihr geführte Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Lötzen in Neumünster erfreut sich regen Interesses, und manche Besucher bringen auch ein Gastgeschenk mit, das sie dem Museum anvertrauen wollen, weil es ein Relikt aus der Heimat ist und sie es dort gut bewahrt wissen. So erhielt Frau Eichler von einem „Nachwuchs-Schlesier“ aus Neumünster ein Poesiealbum, das eindeutig aus Ostpreußen stammt, genauer aus dem Kreis Tilsit-Ragnit, und dort mit großer Wahrscheinlichkeit aus Schalau (Paskallwen). Denn dieser Name ist der meistgenannte unter den dort eingetragenen Ortsbezeichnungen, weitere sind Ragnit, Neu-

hof-Ragnit und Altenkirch, wo „Tante **Herta**“ wohnte. In dem an Großfamilien so gesegneten alten Ostpreußen ist es nicht verwunderlich, dass sich eine weitere Tante in dieses Album eingetragen hat, die es mit der Widmung: „Meiner lieben **Helga** als kleines Andenken von Deiner **Tante Trudel**“ zum Weihnachtsfest 1939 verschenkte. Es ist anzunehmen, dass diese leider nachnamenlose Helga mit ihren Eltern und den Brüdern **Helmut** und **Werner** in Schalau gelebt hat, das knapp 500 Einwohner hatte und eine Dependence

des Remonte-Gestüts Ragnit-Neuhof war. Jedenfalls müssen einige der Freundinnen – **Ruth Samulewitz, Edith, Minna, Hannelore, Ursula** – dort gewohnt haben. Welche Schule Helga besuchte, ist aus den Eintragungen nicht zu entnehmen – wahrscheinlich in Ragnit, da Schalau zu diesem Kirchspiel gehörte –, aber es gibt einige Namen von Schulkameradinnen wie **Hildegard Tiedtke, Hannelore Mirwald, Ursula Purrotat** und eine nachnamenlose **Else**. Anscheinend wurden die Bezeichnungen je nach Zuneigungsgrad säuberlich getrennt, denn Schulfreundinnen nannten sich **Gerda** und **Marta Zabrowski, Eva Pierags** sowie die Schwestern **Erna** und **Herta Behrendt** aus Gierschunen. Nur eine Lehrerin hat sich in dem Album verewigt: **U. Schwindt**. Die letzte Eintragung erfolgte im November 1943. Es ist anzunehmen, dass zu dieser Zeit Albumbesitzerin Helga die Schule verließ, sie dürfte damals etwa 14 Jahre alt gewesen sein. Aber damit begeben wir uns schon in das Feld der Vermutungen, und wir haben doch genügend konkrete Angaben, die weiterhelfen dürften. Gut, 75 in-

zwischen verflossene Jahre sind schon eine lange Zeit, aber vielleicht liest ja jemand aus den Familien der Genannten diese Suchfrage und kann über Helga und ihre Familie nähere Angaben machen, die weiter helfen könnten. „Die Freude wäre groß“, schreibt Frau Ute Eichler, an deren Adresse die Antworten zu richten sind. (U. Eichler, Billenbarg 69 in 22397 Hamburg, Telefon 040/6083003, Fax 040/60890478, E-Mail: KGLArchiv@gmx.de)

Ach ja, die Poesiealben – wie wurden sie doch zur Quelle heiterer Erinnerungen, wenn man sie später las, die Ermahnungen, die eine Zehnjährige ihrer gleichaltrigen Schulkameradin gab: „Sei wie das Veilchen im Moose, bescheiden, sittsam und rein.“ Oder die innigen Freundschaftsbezeugungen, die ein Albumblatt umrundeten: „In allen vier Ecken soll Liebe drin stecken!“

Gedichte, auch wenn sie nicht von Goethe stammen, sind immer

gut! Leider nicht für den Abdruck auf unserer Familienseite, und damit muss ich einige Leser und Leserinnen enttäuschen, die mir ihre selbst verfassten Poeme zugesandt haben – und das sind nicht wenige! Der Hauptgrund liegt darin, dass die PAZ eine aktuelle Wochenzeitung ist, und auch die Fragen, die wir in unserer Ostpreußischen Familie behandeln, werden ja aus dem Heute gestellt, auch wenn sie das Gestern betreffen. Lyrik verlangt eben einen anderen Rahmen, man kann nicht ein Gedicht in enge Spalten pressen. Das tut manchmal weh, und ich versuche dann, andere Lösungen zu finden. Bei den kleinen heiteren Reimereien ist das leichter zu realisieren, wenn man einige Verse heraus-

sucht, die gerade zu dem betreffenden Thema passen und es sogar auflockern können. Wenn es sich aber um Dichtung handelt, die als Kulturbbeitrag anzusehen ist und als solcher auch empfun-

den wird, ist es schwierig, eine für Autor und Leser gerechte Lösung zu

finden.

Bücher sind eben Schätze und als solche hat Herr Hans **Ulrich Thiele** aus Bielefeld auch die beiden Bände „Chronik des Kreises Elchniederung“ empfunden, die Frau **Krey** aus Laatzten abgeben wollte. Er schrieb mir hocheifreut, dass er sie bekommen hat und bat mich, immer wieder darauf hinzuweisen, dass Bücher aus und über unsere Heimat nicht auf den Müll gehören. Herr Thiele ist bereit, eine größere Anzahl Bücher ostpreußischer Autoren aus seinem Bestand abzugeben, die zwischen 1900 und 1930 erschienen, also heute schwer zu erhalten sind. Es handelt sich um Werke von **Agnes Miegel, Ernst Wiechert, Hermann Sudermann** und **Richard Skowronek**. Interessenten sollen sich bitte bei ihm unter der E-Mail-Adresse „freude82@web.de“ melden.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Wenn ein ostpreußischer Firmenname erlischt

Der Traditions-Juwelier Bistrick schloss sein Geschäft in Baldham

Der Name war noch immer mit Königsberg verbunden, wenn auch das Stammhaus in Trümmern gefallen war, aber im bayrischen Baldham lebte er weiter: **Walter Bistrick**. Er stand für die schönen Dinge des Lebens, für Schmuck, Gold- und Silberwaren sowie vor allem für Uhren. Wie ich werden viele Königsberger ihre erste Uhr aus dem Juweliergeschäft am Roßgärter Markt bekommen haben wie mein Bruder seine Alberten und meine Schwester ihre Silberbestecke. Es war eben gute Tradition, bei Bistrick zu kaufen, der Name stand für Qualität und Erlesenheit – Kriterien, die auch für das Juweliergeschäft galten, das nach der Vertreibung aus der zerstörten Heimat im bayerischen Baldham aufgebaut wurde. Nun musste Juwelier **Wolfgang Bistrick** die Rollgitter für immer herunterlassen. Damit endet eine erfolgreiche Firmengeschichte, die über 120 Jahre von der Gründung in der damals friedvollen Kaiserzeit über zwei Weltkriege, Vertreibung und Neubeginn in schwerer Nachkriegszeit in das elektronische Zeitalter führt, das viele tra-

ditionsreiche Einzelhandelsgeschäfte zur Aufgabe zwingt.

Und nun auch Walter Bistrick. Der Name blieb uns Ostpreußen vertraut, denn er stand auch nach der Vertreibung für heimatlichen Schmuck, mit dem wir uns verbunden fühlten, vor allem mit Bernsteinkreationen oder Alberten. Und für die vielen Aktivitäten, die der heimatvertriebene Juwelier **Arnold Bistrick**, Sohn des Firmengründers, für die Dokumentation der ostpreußischen Wirtschaft geleistet hat und denen sich auch sein Sohn Wolfgang verpflichtet fühlte. Die Geschichte der Familie Bistrick ist mit Ostpreußen so eng verbunden, dass sie ein ganzes Kapitel Heimatgeschichte füllen könnte.

Begonnen hatte es im Jahr 1893, als der Uhrmacher Walter Bistrick mit in Berlin und Bonn erworbenen Kenntnissen in seine Heimatstadt Königsberg zurückkehrte und auf dem Vorderrossgarten 35/36 eine eigene Firma gründete, die sich bald zu einem angesehenen Unternehmen entwickelte. Die Lage an dem zentral gelegenen Roßgärter Markt mit seinem wachsenden Einzugsgebiet war günstig,

In den Friedensjahren vor dem Ersten Weltkrieg entstand hier ein lebhaftes Geschäftsviertel, in dem das repräsentative Haus Bistrick

als Fachgeschäft für Uhren sowie Gold- und Silberwaren einen hervorragenden Platz einnahm. Und weit über Königsberg hinaus be-



Repräsentativ: Das Stammhaus Walter Bistrick in Königsberg

Baldham einen geeigneten Laden als Firmensitz für das Unternehmen, das weiter den Namen seines Gründers trug: „Walter Bistrick“.

Und nun ist auch dieser als einer der letzten Firmennamen auf dem Bahnhofsvorplatz von Baldham erloschen. Fast ein halbes Jahrhundert hat Wolfgang Bistrick, den sein Vater schon 1958 zum Teilhaber gemacht hatte, das Juweliergeschäft geführt und dabei nie seine ostpreußischen Kunden vergessen, denn er nahm die Alberten-Herstellung wieder auf und fühlte sich auch mit seinem Bernsteinschmuck der angestammten Heimat verpflichtet. Dafür sei dem 73-jährigen Dank gesagt, der es nun etwas ruhiger angehen möchte. Dass die Familientradition weiter geführt wird, wenn auch auf andere Weise, dafür sorgt einer seiner Söhne: **Thomas Bistrick** wurde Juwelier und ist in der für Deutschland zuständigen Geschäftsführung eines renommierten Schweizer Unternehmens verantwortlich für den Einkauf von weltbekannten Uhrenmarken. Und das wäre wohl ganz im Sinne seines Urgroßvaters Walter Bistrick gewesen. R.G.



ZUM 104. GEBURTSTAG

Brandtner, Reinhold, aus Wickenfeld, Kreis Ebenrode, am 30. November

ZUM 101. GEBURTSTAG

Wohlgemuth, Gertrud, geb. **Kopp**, aus Wehlau, Feldstraße 4, Kreis Wehlau, am 1.Dezember

ZUM 100. GEBURTSTAG

Sagon, Liesbeth, geb. **Rebinski**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 6. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Lettko, Helene, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 5. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Grigo, Kurt, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 2. Dezember
Kaehler, Gerda, geb. **Kaehler**, aus Gundau, Kreis Wehlau, am 1. Dezember
Krefting, Maria, geb. **Hoffmann**, aus Bärwalde, Kreis Samland, am 6. Dezember
Oswald, Elli, geb. **Jortzik**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 3. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Gliemann, Agathe, geb. **Köster**, aus Lyck, am 5. Dezember
Guse, Lisbeth, geb. **Bromberg**, aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, am 4. Dezember
Kaukel, Frieda, geb. **Kullik**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 6. Dezember
Patz, Herbert, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, am 4. Dezember
Keck, Ruth, geb. **Kattaneck**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 6. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Brozio, Ilse, geb. **Kottowski**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 5. Dezember
Kanzler, Frieda, geb. **Kuschmierz**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 4. Dezember
Palluch, Helmut, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 6. Dezember
Weese, Gerda, geb. **Feyerabend**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 2. Dezember

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

Jahr 2014

8./9. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
5./6. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
13./14. April: Kulturseminar, Bad Pyrmont.
17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen, Messe Kassel.
6. bis 9. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
19. bis 21. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
13. bis 19. Oktober: Werkwoche, Bad Pyrmont.
18. Oktober: 7. Deutsch-Russisches Forum im Königsberger Gebiet (geschlossener Teilnehmerkreis).
24. bis 26. Oktober: Schriftleiterseminar, Bad Pyrmont.
3. bis 7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bielski, Otto, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 3. Dezember
Breuer, Emma, geb. **Usko**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 6. Dezember
Bucys, Marta, aus Ebenrode, am 30. November
Dittrich, Charlotte, geb. **Soboll**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 3. Dezember
Gantz, Irmgard, geb. **Drummer**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 2. Dezember
Kays, Charlotte, geb. **Rama**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 5. Dezember
Koch, Käte, geb. **Schoeneck**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 2. Dezember
Riesner, Theresia, aus Neidenburg, am 1. Dezember
Singer, Dr. Heinz, aus Ebenrode, am 4. Dezember
Tietz, Lisbeth, geb. **Reinthal**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 2. Dezember
Walpuski, Heinrich, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 6. Dezember
Weidmann, Edith, geb. **Ganz**, aus Treuburg, am 3. Dezember
Wolff, Erika, geb. **Modregger**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 6. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Behrend, Karl Heinz, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 4. Dezember
Fauken, Hedy, geb. **Wengoborski**, aus Lyck, Lycker Garten 12, am 2. Dezember
Gedack, Gertrud, geb. **Radmacher**, Postnicken, Kreis Samland, am 1. Dezember
Greve, Elsa, geb. **Hoffmann**, aus Pobethen, Kreis Samland, am 3. Dezember
Klemm, Gerda, geb. **Britt**, aus Finkenschlucht, Kreis Ebenrode, am 3. Dezember
Olk, Edith, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 5. Dezember
Pohl, Hilda, geb. **Petz**, aus Kobinnen, Kreis Lyck, am 30. November
Preuß, Brigitte, geb. **Piotrowski**, aus Allenburg, Königstraße 33, Kreis Wehlau, am 1. Dezember
Storch, Irmgard, geb. **Wietreck**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 30. November
Wedewardt, Gertrud, geb. **Neu-**

mann, aus Lyck, Danziger Straße 15, am 5. Dezember
Wolf-Olk, Christel, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 5. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Auhagen, Gisela, geb. **Auhagen**, am 2. Dezember
Blumenstein, Margarete, geb. **Polixa**, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, am 6. Dezember
Depter, Willi, aus Alt Heide, Kreis Angerapp, am 26. November
Großpietzsch, Ursula, geb. **Ermel**, aus Roddau Perkuiken, Adamswalde, Kreis Wehlau, am 4. Dezember
Kluck, Ewald, aus Stobingen, Colm, Kreis Wehlau, am 4. Dezember
Nehmke, Erwin, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 6. Dezember
Petrick, Gertrud, geb. **Witt**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 5. Dezember
Runge, Gerda, geb. **Dembski**, aus Diebauen, Kreis Treuburg, am 1. Dezember
Schönicke, Käte, geb. **Westphal**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 30. November
Spelge, Vera, geb. **Lindemann**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 1. Dezember
Weber, Hilde, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 2. Dezember
Wrobel, Hermann, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 5. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Augustin, Erich, aus Ossafelde, Kreis Elchniederung, am 1. Dezember
Berft, Heinrich, aus Littfinken, Kreis Neidenburg, am 2. Dezember
Böhm, Fritz Alfred, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 5. Dezember
Czwella, Helene, geb. **Kalus**, aus Klenzkau, Kreis Schlesien, am 2. Dezember
Fabry, Brunhilde, geb. **Gusko**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 1. Dezember
Frankenberg, Else, geb. **Balzer**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 1. Dezember
Graßmann, Christa, geb. **Schwab**, aus Paterswalde, Paterswalde Mitte, Kreis Wehlau, am 2. Dezember
Gustke, Christel, geb. **Dikomey**, aus Treuburg, am 3. Dezember
Jewan, Reinhold, aus Layß, Kreis Neidenburg, am 6. Dezember
Klönner, Hermann, aus Wehlau, Oppener Straße 15, am 3. Dezember
Kloth, Hannelore, geb. **Melzer**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 30. November
Korting, Kurt, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 1. Dezember
Kothaus, Edith, geb. **Dembowski**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 5. Dezember
Krutzinna, Werner, aus Lyck, Karl-Freyburger-Straße 6, am 3. Dezember
Kudling, Walter, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 2. Dezember
Lorenscheit, Hildegard, geb. **Gudat**, aus Kallnuggen, Oltweide, Kreis Tilsit-Ragnit-Pogegen, am 31. Oktober
Metzdorf, Erich, aus Ebenrode, am 4. Dezember
Plagmann, Waltraut, geb. **Trinker**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 3. Dezember
Potrafke, Edith, geb. **Niederstrasser**, aus Treuburg, am 2. Dezember
Reddig, Heinz, aus Aßlacken, Klein Aßlacken, Kreis Wehlau, am 2. Dezember

Reitenbach, Liesbeth, geb. **Ollech**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 2. Dezember
Sablotny, Karl-Heinz, aus Königsberg, Sackheimer Mittelstraße 41, am 5. Dezember
Samulowitz, Günther, aus Narzym, Soldau, Kreis Neidenburg, am 1. Dezember
Schiemann, Werner, aus Seehausen, Kreis Angerburg, am 1. Dezember
Schirmer, Hildegard, geb. **Czar-netzki**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 4. Dezember
Schmid, Irmgard, geb. **Petereit**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 1. Dezember
Schmidt, Waltraud, geb. **Adomat**, aus Heinau, Kreis Ebenrode, am 2. Dezember
Stasilowicz, Gertrud, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 30. November
Stetza, Karl, aus Allendorf, Kreis Neidenburg, am 4. Dezember
Stoltz, Irmgard, geb. **Weiß**, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, am 2. Dezember
Wehrmann, Helga, geb. **Ohrmolder**, aus Treuburg, am 2. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Arnholz, Elfriede, geb. **Fornacon**, aus Giesen, Kreis Lyck, am 30. November
Binting, Hildegard, geb. **Siebert**, aus Tapiau, Schlageter Straße 3, Kreis Wehlau, am 3. Dezember
Dieckmann, Heinrich, aus Allenburg, Alleestraße 103, Kreis Wehlau, am 5. Dezember
Dormeyer, Wilhelm, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 2. Dezember
Gamber, Christa, geb. **Gutt**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 2. Dezember
Haaszio, Bernhard, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 30. November
Hauser, Dr. Sigrid, geb. **Zinnow**, aus Ebenrode, am 3. Dezember
Herholz, Edeltraud, geb. **Dolch**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 6. Dezember
Hoffmann, Dietrich (Dietz), aus Wiersbinnen, Kreis Arys, und aus Prostken, Königsberg, am 4. Dezember
Hopp, Ilse, geb. **Jörs**, aus Tapiau, Kleinhof 29, Kreis Wehlau, am 30. November
Kirschner, Otto, aus Petersdorf, Petersdorf Süd, Kreis Wehlau, am 4. Dezember
Klann, Ernst, aus Gerswalde, Kreis Mohrunen, am 2. Dezember
Kowalzik, Waltraud, aus Treuburg, am 6. Dezember
Luthy, Lieselotte, geb. **Waaga**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 30. November
Mauruschat, Hans, aus Hellbrunn, Kreis Ebenrode, am 30. November
Pieszek, Walter, aus Talhöfen, Kreis Neidenburg, am 1. Dezember
Sonntag, 1. Dezember, 20.10 Uhr, N24: Der Erste Weltkrieg. Aus der Luft.
Pörschke, Adelheid, geb. **Pörschke**, aus Tapiau, Schleusenstraße, Kreis Wehlau, am 5. Dezember
Preuß, Heinrich, aus Allenburg, Königstraße 33, Kreis Wehlau, am 1. Dezember
Ruschenat, Rudi, aus Alt Katzeim, Kreis Samland, am 30. November
Schuster, Ernst, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 1. Dezember
Scionti, Else, geb. **Nicolovius**, aus Treuburg, am 5. Dezember
Selmer, Helga, geb. **Boczkowski**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 1. Dezember
Söckneck, Hasso, aus Gauleden, Kapkeim, Kreis Wehlau, am 4. Dezember
Tödt, Waldtraut, geb. **Hoffmeister**,

aus Rauschen, Kreis Samland, am 2. Dezember
Trinker, Wilfried, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 1. Dezember
Unterschütz, Herta, geb. **Friedriszik**, aus Borken, Kreis Treuburg, am 3. Dezember
Wagner, Horst, aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg, am 4. Dezember
Walter, Eva, geb. **Paulin**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 30. November
Wischniewski, Willy, aus Malga, Kreis Neidenburg, und aus Radegund, Kreis Ortelsburg, am 6. Dezember
Zacharias, Willi, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 30. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bauscher, Ursula, geb. **Löwedej**, aus Groß Rödersdorf, Kreis Heiligenbeil, am 30. November
Borrmann, Christian, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 30. November
Deichsel, Brigitte, geb. **Niewies**, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, am 4. Dezember
Frotscher, Elisabeth, geb. **Freudenreich**, aus Schwengels, OT Dothen, Kreis Heiligenbeil, am 4. Dezember
Gronostay, Rosemarie, geb. **Vohs**, aus Waldau, Kreis Samland, am 6. Dezember
Jodeit, Siegfried, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 30. November
Kretschmer, Margarete, geb. **Ullrich**, aus Tapiau, Schlageter Straße 8, Kreis Wehlau, am 5. Dezember
Nikolai, Hildegard, geb. **Barsties**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 30. November
Orbeck, Helga, geb. **Krüger**, aus Klein Nuhr, Klein Nuhr Dorf, Kreis Wehlau, am 6. Dezember
Plogsties, Lieselotte, geb. **Pelka**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 6. Dezember
Pruß, Siegbert, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 5. Dezember
Schimkat, Lilian-Heide, geb. **Lorenz**, aus Wehlau, Petersdorfer Straße 15, am 30. November

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 30. November, 11.05 Uhr, Deutschlandfunk: Gesichter Europas. Die Stadt der Bücher, Bücher der Stadt – Prag und seine Literaten.
SONNABEND, 30. November, 14 Uhr, RBB: **Ostpreußens Zaubervwald**.
SONNABEND, 30. November, 23.15 Uhr, WDR: Luther. Historiendrama, D/GB/USA 2003.
SONNTAG, 1. Dezember, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
SONNTAG, 1. Dezember, 18.30 Uhr, Phoenix: Hilde Knef.
SONNTAG, 1. Dezember, 20.10 Uhr, N24: Der Erste Weltkrieg. Aus der Luft.
MONTAG, 2. Dezember, 16.10 Uhr, N-TV: So entstand Europa. Dokureihe.
MONTAG, 2. Dezember, 19.30 Uhr, Arte: Geliebte Feinde. Deutsche und Franzosen. Reportage.
DIENSTAG, 3. Dezember, 17.25 Uhr, Arte: Erster Weltkrieg: Tod in Tunneln und Schächten (2/2). Doku.
DIENSTAG, 3. Dezember, 20.10 Uhr, N24: Die Brücke von Remagen. Wendepunkt an der Westfront.
DIENSTAG, 3. Dezember, 20.15 Uhr, Arte: Indiens verlorene Töchter. Das Land, das seine Frauen hasst? Inderinnen schildern, wie Männer ihr Leben zur Hölle machen.
DIENSTAG, 3. Dezember, 21.15 Uhr, N24: Das letzte Gefecht der Bismarck.
DIENSTAG, 3. Dezember, 21.55 Uhr, Arte: Winter 42/43. Kriegswende. Doku, D 2012.
MITTWOCH, 4. Dezember, 10.20 Uhr, Arte: Drohnen – Von der Waffe zur Überwachung.
MITTWOCH, 4. Dezember, 20.15 Uhr, 3sat: Profit mit schmutziger Luft. Doku.
MITTWOCH, 4. Dezember, 20.15 Uhr, SWR: betrifft. „Aufhören? Jetzt nicht!“ Wenn Rentner weiter arbeiten.
DONNERSTAG, 5. Dezember, 20.15 Uhr, 3sat: Hömöopathie – Heilung oder Humbug? Medizindoku.
DONNERSTAG, 5. Dezember, 20.15 Uhr, Arte: Dostojewskij (1–3/7). Dramaserie, Russland 2011.
DONNERSTAG, 5. Dezember, 23.05 Uhr, Arte: Stammzellforschung – Horror oder Hoffnung? Doku, GB 2011.
FREITAG, 6. Dezember, 20.15 Uhr, Phoenix: Als der Osten noch Heimat war.

Meine liebe Schwester
Ursula Schäning-Dumke
geb. Aulich
aus Barten, Kreis Rastenburg
feierte am 27. November 2013 ihren
88. Geburtstag
Wir wünschen ihr weiterhin
gute Gesundheit.

Bildarchiv Ostpreußen: Bereits über 50000 Bilder verfügbar

Das Bildarchiv Ostpreußen ist die umfangreichste Sammlung historischer Aufnahmen der Provinz Ostpreußen. Sie enthält neben Fotos, Landkarten und Dokumenten aus öffentlichen und privaten Sammlungen, die Internet-Nutzern unter www.bildarchiv-ostpreussen.de zur Verfügung stehen. Der Grundgedanke des von der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. gemeinsam mit Dr. Manfred Schwarz erstellten Archivs ist es, das gesammelte Material über Ostpreußen für die Nachwelt zu erhalten. Das Bildarchiv wird ständig erweitert, auch aktuelle Bilder, die einen Bezug zum historischen Ostpreußen haben, finden Aufnahme. Eine aussagekräftige Dokumentation der Bildobjekte liefern die Verortung über ein vollständiges Kartensystem im Maßstab 1 : 25 000 sowie zahlreiche Orts- und Gebietspläne. Über eine Suchfunktion, die auch in kyrillischer Schrift zu bedienen ist, wird der Nutzer durch das Archiv geleitet.

Jeder kann zum Wachsen des Bildarchivs beitragen, indem er seine privaten Bilder und Ansichtskarten einreicht.
Kontakt über Dr. Manfred Schwarz, kontakt@bildarchiv-ostpreussen.de PAZ

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



**ANGERAPP
(DARKEHMEN)**

Kreisvertreterin: Edeltraut Mai,
Weißdornweg 8, 22926 Ahrens-
burg, Telefon (04102) 823300,
Internet: www.angerapp.com

**Ostpreußenreise
August/
September 2013**

In der Zeit vom 25. August bis 4. September hat die Kreisgemeinschaft Angerapp/Darkehmen unter Leitung der Kreisvertreterin Edeltraut Mai eine Busreise in unsere Heimat unternommen. Frau Mai hat sich größte Mühe gegeben, allen eine erlebnisreiche Reise zu bieten. Mit auf dieser Reise waren der Brügeremister Bernt Günther mit Gattin sowie zwei Stadträte aus unserer Patenstadt Mettmann. Die Tage waren ausgefüllt mit Besichtigungen, darunter die Wallfahrtskirche Heiligelinde, Staken auf der Kruinna, Grillfest direkt am Wasser, Kurische Nehrung, Baden in der Ostsee und Besichtigung des Thomas-Mann-Hauses. Wir haben am Angerapper Stadtfest teilgenommen, in Drachenburg haben uns die Schulkinder – obwohl Ferien waren – mit gekonnten Darbietungen überrascht. Dann ging es in die Rominter Heide, zu einem Bummel durch Groß Rominten und dann zu einem kulinarischen Erlebnis ins wunderschön gelegene Forthaus Warnen, Weedern und Trakehnen nicht zu vergessen. Von Gumbinnen aus ging es Richtung Danzig mit einem kurzen Stopp am Frauenburger Dom. Und dann Danzig! Immer sehenswert. Oliva mit der weltberühmten Orgel in der Klosterkathedrale. Wir haben es sehr genossen, und es war nicht das letzte Mal. Über das Interesse an Ostpreußen weiterer mitgereister Nichtost-

Alle auf den Seiten »Glückwünsche«
und »Heimatarbeit« abgedruckten
Berichte und Terminankündigungen
werden auch ins Internet gestellt.
Eine Zusendung entspricht somit
auch einer Einverständniserklärung!

preußen hat sich die Reiseleitung
sehr gefreut. *Helga Rose*



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sa-
dowski. Kreisgemeinschaft An-
gerburg e.V. Landkreis Rotenburg
(Wümme), Postfach 1440, 27344
Rotenburg (Wümme), Landkreis:
Telefon (04261) 9833100, Fax
(04261) 9833101.

**Angerburer
Kulturpreis 2014**

Im Jahr 2014 wird der vom Patenkreis Rotenburg (Wümme) 1955 gestiftete Angerburer Kulturpreis vergeben. Dieser Preis in Höhe von 500 Euro wird alle drei Jahre verliehen. Der Preis wird ausgeschrieben für literarische und andere künstlerische und wissenschaftliche Arbeiten. Angerburer Künstler beziehungsweise Autoren oder den Kreis Angerburg betreffende deutschsprachige Arbeiten, in denen insbesondere seine Landschaft, menschliche Atmosphäre, Kultur, Wirtschaft und Geschichte, die Völkerverständigung oder eines dieser Gebiete künstlerisch oder wissenschaftlich behandelt werden. Als solche Arbeiten zählen auch Audio- und Video-Arbeiten. Es werden nur unveröffentlichte oder nach dem 21. Januar 1955 erstmalig veröffentlichte Arbeiten berücksichtigt. Die Arbeiten sind bis zum 28. Februar 2014 an den Landkreis Rotenburg (Wümme), Amt 80, Hopfengarten 2, 27356 Rotenburg (Wümme), unter dem Kennwort „Angerburer Kulturpreis“ ohne Absenderangabe einzureichen. Name, Anschrift des Verfassers und die unterschriebe-

**Wirken Sie mit an
der Stiftung
»Zukunft für
Ostpreußen!«**

Fürst Faggar Privatbank
Konto-Nr.: 1001034903
BLZ: 72030014

ne Erklärung, dass der Einsender sich den Bedingungen des Wettbewerbs unterwirft, sind in einem gesonderten, gleichfalls verschlossenen Umschlag beizufügen. Über die Einsendungen entscheidet ein Preisgericht. Um rege Beteiligung bittet der Landkreis Rotenburg (Wümme).



**ELCH-
NIEDERUNG**

Kreisvertreter: Manfred Romeike,
Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146
Würselen, Telefon/Fax (02405)
73810. Geschäftsstelle: Hartmut
Dawideit, Telefon (034203) 33567,
Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

**Flugreise nach
Ostpreußen**

In der Zeit vom 19. bis 27. Mai 2014 findet eine Flugreise nach Ostpreußen mit Besuch des Kreises Elchniederung und des Samlandes unter Leitung von Dieter Wenskat statt, zu der alle Interessierten herzlich eingeladen sind. Folgender Reiseverlauf ist vorgesehen: **19. Mai:** Linienflug mit Air Berlin von Berlin nach Königsberg, anschließend Busfahrt nach Tilsit und Unterkunft im Hotel „Rossija“. **20. Mai:** Rundfahrt mit Besichtigungsstopps über Insterburg, Führung durch das Gestüt Georgenburg, Besuch von Gumbinnen und Ragnit und zurück nach Tilsit. **21. Mai:** Ausflug in die Elchniederung südlich der Gilge. Dabei Besuch in Heinrichswalde, das dortige orthodoxe Kloster, Kreuzingen, Groß Friedrichsdorf und Gerhardsweide. Übernachtung in Tilsit. **22. Mai:** Besichtigungsfahrt durch die Elchniederung nördlich der Gilge mit Besuch von Kuckerneese, Jagdschloss Pait und Karkeln. **23. Mai:** Rundfahrt mit Besichtigungsstopps in Kreuzingen und Labiau mit Fahrt über die Adlerbrücke. Hier mündet die Deime in das Kurische Haff. Anschließend vorbei an Königsberg und auf der neuen Autobahn an die ostpreußische Ostseeküste bis nach Cranz. **24. Mai:** Tagesausflug durch das Samland mit Besuch des Bernsteinagebaus in Palmnicken. Anschließend Besuch von Pillau. Die Hafenstadt hatte eine besondere Bedeutung für viele Ostpreußen im Winter 1945, als tausende Menschen von hier aus ihre Heimat für immer verlassen mussten. Besuch der dortigen Kriegsgräbergedenkstätte. **25. Mai:** Ausflug nach Königsberg mit Stadtrund-

fahrt. Am neuen Fischdorf Bootsfahrt auf dem Pregel an der Kneiphofinsel mit Dom entlang und bis zum Königsberger Hafen. **26. Mai:** Ganztägiger Ausflug auf die Kurische Nehrung mit Besuch der Vogelwarte (Feldstadion Fringilla) bei Rossitten und Spaziergang auf die Epha-Düne, eine der größten noch frei wandernden Sandflächen der Nehrung. Neben dem Gruppenprogramm besteht natürlich an jedem Aufenthaltstag auch die Möglichkeit zu individuellen Unternehmungen, ein bewährter Taxiservice mit erfahrenen Deutsch sprechenden Fahrern steht dafür bereit. **27. Mai:** Der Vormittag bleibt zur freien Verfügung. Gegen Mittag Bustransfer von Cranz zum Flughafen Königsberg und Rückflug mit Air Berlin nach Berlin-Tegel. Preis pro Person 985 Euro, Einzelzimmerzuschlag 160 Euro, russische Visagebühr pro Person 75 Euro. Genaue Reiseinformationen können angefordert werden bei Dieter Wenskat, Telefon (04121) 85501 oder bei Partner-Reisen in Lehrte, Telefon (05132) 588940.

**Schiffs- und
Busreise
im Juni 2014**

Im kommenden Jahr wird vom 1. bis 10. Juni 2014 unter der bewährten Leitung von Peter Westphal, Kirchspielvertreter von Rauterskirch, eine zehntägige Schiffs- und Busreise in die Elchniederung, das Memelland und weiter bis nach Riga stattfinden. Dazu ist folgender Reiseverlauf geplant: **1. Juni:** Fahrt ab Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute. Am Abend erreichen Sie Marienburg zur Zwischenübernachtung. **2. Juni:** Führung durch die Marienburg und Weiterreise über den polnisch-russischen Grenzübergang bis nach Tilsit, Unterkunft im Hotel „Rossija“. **3. Juni:** Ausflug über Neukirch und Seckenburg nach Rauterskirch und dort Empfang durch die örtliche Bevölkerung und Besichtigung der historischen Kirche. In der auch mit deutschen Mitteln unterstützten Sanitätsstation ist der Tisch zu einem kleinen Imbiss gedeckt. Anschließend Fahrt nach Heinrichswalde mit Folklorekonzert in der renovierten Kirche sowie Besuch des neuen deutsch-russischen Heimatmuseums. Am Nachmittag Rückfahrt über Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen nach Tilsit. In Tilsit geführter Stadtrundgang. Für alle, die nicht am organisierten Programm teilnehmen möchten, besteht die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen mit dem bewährten Taxiservice vor Ort. **4. Juni:** Rundfahrt durch die Elchniederung, insbesondere in die Gebiete nördlich der Gilge mit Besuch von Sköpen, Kuckerneese, Herdenau, Karkeln, Inse, zum Jagdschloss Pait, weiter über Milchhof, Alt-

Dümpelkrug, Rautersdorf, Bretterhof, Rautenburg und zurück nach Tilsit. Natürlich besteht auch an diesem Reisetag die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen, sofern Sie nicht am geführten Ausflugsprogramm teilnehmen möchten. **5. Juni:** Weiterreise über die Luisenbrücke nach Litauen. Besichtigung der Kirche in Heydekrug, Picknick in Kinten und Schiffsfahrt über die Minge und durch das Naturparadies des Memeldeltas. Abendessen und Übernachtung in Heydekrug. **6. Juni:** Weiterreise durch Litauen nach Norden und Besuch des Berges der Kreuze sowie des Schlosses Rundale in Lettland. Gegen Abend erreichen Sie Riga. Abendessen und Übernachtung in Riga. **7. Juni:** Ausführliche Stadtführung durch die lettische Hauptstadt. Riga ist heute die größte Stadt des Baltikums mit einer beeindruckenden Altstadt sowie einem reichen Bestand an sehr schönen Jugendstilbauten. Am Abend Orgelkonzert im Rigaer Dom, dem größten Sakralbau des Baltikums. Übernachtung in Riga. **8. Juni:** Besuch von Jurmala, einem der bekanntesten Badeorte des Baltikums und Rückreise nach Litauen. Besuch von Palanga mit dem berühmten Bernsteinmuseum. Abendessen und Übernachtung in Memel (Klaipeda). **9. Juni:** Geführter Rundgang durch die Altstadt von Memel und Einschiffung auf das Fährschiff der Reederei DFDS nach Kiel. Abendessen und Übernachtung an Bord. **10. Juni:** Am Vormittag genießen Sie die Zeit auf See, bevor Ihr Schiff gegen Mittag Kiel erreicht. Anschließend Rückreise mit dem Bus nach Hannover. Weitere Informationen zur Reise und Anmeldung bei Peter Westphal, Obere Wiesenbergstraße 26, 38690 Vienenburg, Telefon/Fax (05324) 798228 oder Partner-Reisen in Lehrte, Telefon (05132) 588940.



**SCHLOSSBERG
(PILLKALLEN)**

Kreisvertreter: Michael Gründ-
ling, Große Brauhausastraße 1,
06108 Halle/Saale. Geschäftsstel-
le: Renate Wiese, Tel. (04171)
2400, Fax (04171) 24 24, Rote-
Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen
(Luhe).

**Ostpreußentreffen
in Winsen/Luhe**

Das „Ostpreußentreffen Winsen (Luhe)“ der KG Ebenrode und Schloßberg findet unter Mitwirkung der Landesgruppen Hamburg und Niedersachsen statt. Auf diesen neuen Namen „Ostpreußentreffen Winsen (Luhe)“ einigten sich die Vorstände der Kreis-

gemeinschaften Ebenrode und Schloßberg im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung in der Schloßberger Heimatstube in Winsen (Luhe) am 9. November für das nächste gemeinsame Hauptkreistreffen am Sonnabend, 26. Juli 2014. Mit dabei war auch der Landesvorsitzende der LG Hamburg, Hartmut Klingbeutel, der wegen der Mitwirkung an diesem Ostpreußentreffen auch mit den Landesgruppen Schleswig-Holstein und Bremen Kontakt aufnehmen will. Dr. Barbara Loeffke, Landesvorsitzende für Niedersachsen, konnte an der Sitzung nicht anwesend sein, arbeitet aber ebenfalls dem Ostpreußentreffen 2014 zu. Grund für die Änderung des Veranstaltungstitels ist die Tatsache, dass immer weniger Landsleute der KG Ebenrode und Schloßberg das Hauptkreistreffen besuchen, was sicher auch biologische Gründe hat. Mit dem Titel „Ostpreußentreffen“ soll die Veranstaltung aufgebohrt und sichtbar werden, dass alle Ostpreußen eingeladen sind. Natürlich sind auch Freunde und Gäste zum Treffen herzlich willkommen. Denn es wird wieder ein buntes, für jedermann interessantes Programm, geboten. Bereits am Freitag, 25. Juli 2014, treffen sich ab 11 Uhr die Ehemaligen der Friedrich-Wilhelm-Oberschule Schloßberg im Clubzimmer der Stadthalle Winsen (Luhe). Im Rahmen dieses Treffens wird die Verabschiedung des Schulleiters des Winsener Patengymnasiums, OSD Reinhard Haun, aber auch die Ehrung von Ulla Gehm für 25 Jahre Sprecherin der Schülervereinigung FWO einen großen Raum einnehmen. Weiterhin sollen am Freitag die Kreistagssitzungen der KG Ebenrode und Schloßberg stattfinden. Am Sonnabend, 26. Juli 2014, wird um 9.30 Uhr eine Kranzniederlegung am Ehrenmal stattfinden. Von 10.30 bis 12 Uhr ist die Feierstunde eingeplant. Nach der Mittagspause sollen ein Konzert, Tanzvorführungen und eventuell ein Auftritt einer Parforchornbläsergruppe die Besucher erfreuen. An diesem und weiteren Programmpunkten wird noch fleißig gearbeitet, doch ganz sicher wird sich der Besuch des „Ostpreußentreffens“ in Winsen (Luhe) am 26. Juli 2014 lohnen.

SEPA-Umstellung

Zum 1. Januar stellen wir
unser Lastschriftverfahren
auf das neue SEPA-Verfahren
um. Für diejenigen, die uns
eine Einzugsermächtigung
erteilt haben, ändert sich
nichts. Abonnenten, die eine
Rechnung erhalten, senden
uns ihr automatisch neue
Überweisungsvordrucke zu.
Ihre PAZ

Anzeigen

**FRIELING-VERLAG BERLIN: PERSÖNLICHE BETREUUNG,
KOMPETENZ UND QUALITÄT**

Machen Sie Ihre *Erinnerungen*
zu einem wertvollen *Zeitzeugnis!*

In Form einer Autobiografie erhalten diese einen bleibenden
Wert für nachfolgende Generationen.



Schicken Sie uns Ihre Lebensgeschichte!

FORDERN SIE UNVERBINDLICH GRATIS-INFORMATIONEN AN:
Frieling-Verlag Berlin • 12161 Berlin • Rheinstr. 46 o • Tel. (0 30) 766 99 90
E-Mail: lektorat@frieling.de • www.frieling.de/paz



seit 1912
Gehlhaar
Original Königsberger Marzipan
Pralinen, Butter- & Marzipanpasten, Baumkuchen, Edelkuvertüren & Gebäck.
Reine Handarbeit. Versand in alle Welt. Garantiert ohne Konservierungsstoffe!
**Werner Gehlhaar GmbH, Klarenthaler Straße 3
65197 Wiesbaden; früher Königsberg/Preußen
Telefon 06 11 / 44 28 32 • Fax 06 11 / 44 14 13 • www.gehlhaar-marzipan.de**

Ostpreußen-Reisen 2014 – zuverlässig, kompetent
Königsberg, Masuren, Memelland, Danzig u.v.m.
SCHEER-REISEN.de
Tel. 0202 500077 • info@scheer-reisen.de

Ca. 40 Albertusnadeln
(Stückpreis: 5,00 €)
Näheres unter **Tel. 09 71 / 35 53**

Über 40 Reisen in 2014!

**Reiseziele wie ... Königsberg → Pillau
Rauschen → Insterburg → Gumbinnen
Gerdauen → Tilsit → Kurische Nehrung
Nidden → Heydekrug → Memel
Masuren → Bartenstein → Rastenburg
Sensburg → Allenstein → Nikolaiken
Lötnen → Goldap → Treuburg → Elbing
Danzig → Zoppot → Marienburg
... und weitere Reiseziele
in Pommern, in Schlesien, Baltikum
bis St. Petersburg u.v.m. in Europa**

**Heimat- und Erlebnisreisen –
deutschlandweites Angebot!**

**– Katalog kostenlos & unverbindlich
– Individuelle Gruppenreisen ab
ca. 20 Personen als Angebot**

Weitere Informationen unter:
**Ostreisen | Paulinenstraße 29
32657 Lemgo | Tel. 05261 2882600
www.ostreisen.de**

ostreisen
unterwegs in ganz Europa

Rinderfleisch 800-ccm-Do. 6,00
mit + ohne Gemüseeinlage
Grützwurst 800-ccm-Do. 6,00
Blut- u. Leberwurst m. Majoran 300-g-Do. 3,00
Stülze, l. säuerl. 300-g-Do. 3,00
Rauchwurst i. Ring kg € 13,50
Portofolio ab 60,- €

Fleischerei Sägebarth
Hauptstraße 1, 30952 Ronnenberg 6
OT Weetzen, Tel. 0 51 09/23 73

Masuren – Königsberg – Danzig
Kurische Nehrung

Tel. 07154/131830 www.dnv-tours.de

Weihnachtsfreizeit für Senioren im Ostheim

Vom 19. Dezember 2013
bis 2. Januar 2014 bietet
das Ostheim eine Weih-
nachtsfreizeit für Senioren an.
Bei abwechslungsreichen Pro-
grammangeboten, vom mor-
gendlichen Singen, der Gymna-
stik oder Diameditationen nach
dem Frühstück, über kleine Spa-
ziergänge, einem ostpreußi-
schen Filmabend, Basteln oder
Lesungen, bis hin zur „Haus-
weihnacht“ am Heiligen Abend
und dem gemeinsam begange-
nen Jahreswechsel, sowie echt
ostpreußischer Küche und Fest-
essen zu den Feiertagen findet
wohl jeder Gast etwas passendes
zu seiner Unterhaltung und
wenn es auch nur das Plach-
dern mit Landsleuten aus der
Heimat ist. In der Hufeland-
Therme können Sie die Meer-



salzgrotte genießen, in verschie-
denen Saunen schwitzen oder
das Wasser in unterschiedlichen
Formen auf den Körper wirken

Weihnachtsmarkt zum Bum-
meln und genießen ein.
Für diese 14-tägige Weih-
nachtsfreizeit stehen noch Ein-
zelzimmer zum Preis von 679
Euro und Doppelzimmer zum
Preis von 588 Euro pro Person
zur Verfügung. Die Inklusivprei-
se beinhalten Vollpension mit
allen Festmenüs, Hausweihnacht
und Silvesterfeier sowie die Gä-
stebetreuung. Die Kurtaxe wird
vom Staatsbad Bad Pyrmont se-
parat erhoben. Anfragen und
Anmeldungen – diese bitte nur
schriftlich – richten Sie an:

*Ostheim – Jugendbildungs- und
Tagungsstätte, Parkstraße 14,
31812 Bad Pyrmont, Telefon
(05281) 9361-0, Fax (05281)
9361-11, E-Mail: info@ostheim-
pyrmont.de*

lassen. Bad Pyrmont selbst lädt
mit seinen Sehenswürdigkeiten,
Einkaufsmöglichkeiten, Cafés,
Kulturangeboten und dem

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES
OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein,
Gst.: Buchstr. 4, 22087 Ham-
burg, Tel.: (040) 4140080, E-Post:
kontakt@junge-ostpreussen.de,
www.junge-ostpreussen.de.

Donnerstag, 5., bis Sonntag,
8. Dezember: Adventstreffen der
ostpreußischen Jugend in Osterode/Ostpreußen. Das vollständige
Einladungsschreiben mit weite-
ren Informationen ist unter
www.junge-ostpreussen.de zu fin-
den. Auskünfte und Anmeldung

bei BJO-Geschäftsführer Raphael
Schmelter unter kontakt@junge-
ostpreussen.de oder Telefon/Fax
0049 (2451) 912926.



BADEN-
WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher
Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon
und Fax (0711) 854093, Ge-
schäftsstelle: Haus der Heimat,
Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart,
Tel. und Fax (0711) 6336980.

Heidelberg – Sonntag, 1. Dezem-
ber, 15 Uhr, Hotel Leonardo, Berg-
heimerstraße 63: „Wir feiern Ad-

vent“. Unter diesem Motto findet
die letzte Veranstaltung in diesem
Jahr statt. Durch das weihnachtli-
che Programm führt Elisabeth Kal-
lien. Es werden Weihnachtslieder
gesungen mit Unterstützung von
Herrn J. Springer auf der Zither.
Außerdem gibt es Beiträge und Ge-
dichte rund um die Advents- und
Weihnachtszeit. Gäste sind herz-
lich willkommen.

Lahr – Donnerstag, 5. Dezember,
18 Uhr, Gasthaus Zum Zarko,
Schillerstraße 3: Die Gruppe trifft
sich zum Stammtisch. – Sonn-
abend, 14. Dezember, 15 Uhr, Zar-
ko: Adventsfeier. Kuchen kann mit-
gebracht werden.

Ludwigsburg – Donnerstag,
19. Dezember, 15 Uhr, Krauthof,
Beihinger Straße 27: Vorweih-
nachtsfeier.

Reutlingen – Sonnabend, 7. De-
zember, 14 Uhr, Treffpunkt für Äl-
tere, Gustav-Werner-Straße 6a:
Weihnachtsfeier. Der Posaunen-

chor Wannweil unter der Leitung
von Rudi Reiser wird die Gruppe
festlich einstimmen. Die Landes-
vorsitzende Uta Lüttich hat ihr
Kommen zugesagt. Peter Jermann
bereitet einen Bildervortrag vor
zum Thema „Winterlandschaft und
Weihnachten in der verlorenen,
unvergessenen Heimat Ostpreußen
vom Ostseestrand bis Masuren“. Weitere Vorträge von Hildegard
Zeiss werden zur Unterhaltung
beitragen. Der Weihnachtsmann
wird hoffentlich auch kommen.
Der Vorstand lädt alle Landsleute
und Gäste ein.

Stuttgart – Sonntag 1. Dezember
ab 14.30 Uhr, Haus der Heimat,
Großer Saal, Schloßstraße 92: Die
Gruppe trifft sich zu einem Ad-
ventsnachmittag mit Programm
und festlicher Gestaltung. Gäste
sind willkommen. – Dienstag,
10. Dezember, 14.30 Uhr, Haus der
Heimat, Kleiner Saal, Schloßstraße
92: Die Frauengruppe trifft sich zu

einer ostpreußischen Vorweih-
nachtsfeier mit Grabbelsack, Le-
sungen, Gedichten und Gesang. –
Freitag, 13. Dezember, 14.30 Uhr,
Haus der Heimat, Großer Saal,
Schloßstraße 92: Adventsfeier der
Landsmannschaft Westpreußen
mit dem Trio Peter Jurèwitz und
festlichem Programm. Gäste sind
herzlich willkommen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm
Böld, Telefon (0821) 517826, Fax
(0821) 3451425, Heilig-Grab-Gas-
se 3, 86150 Augsburg, E-Mail: in-
fo@low-bayern.de, Internet: www.
low-bayern.de.

Altmühlfranken – Sonntag,
15. Dezember, 16 Uhr, Gasthof

Hotel zur Post, Gunzenhausen:
Weihnachtsfeier mit Kaffee und
Kuchen, Gedichten und Ge-
schichten aus dem historischen
Nordosten Deutschlands.

Ansbach – Sonnabend, 14. De-
zember, 17 Uhr, Orangerie:
Weihnachtsfeier. Mit Musik. Lie-
dern und Geschichten aus der
Heimat möchte sich die Gruppe
auf das kommende Weihnachts-
fest einstimmen. Bücher, Kalen-
der, CDs und Marzipan werden
angeboten.

Bamberg – Mittwoch, 18. De-
zember, 15 Uhr, Café Graupner,
Lange Straße 5: Vorweihnachtli-
che Feier. Texte und Erinnerungen
an ostpreußische Weihnachten.

Hof – Sonnabend, 14. Dezem-
ber, 15 Uhr: Adventsnachmittag.
Gäste sind herzlich willkommen.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Anzeigen



In Trauer und Dankbarkeit
nehmen wir Abschied von

Klaus D. Voss

* 25. Dezember 1950 † 26. Oktober 2013

Der Verstorbene war vom 1. Juni 2006
bis zum 31. Juli 2008 Chefredakteur der
„Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt“.

Wir werden ihm
ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand
der Landsmannschaft Ostpreußen

Gottfried Hufenbach
Stellv. Sprecher

Stephan Grigat
Sprecher

Friedrich-Wilhelm Böld
Schatzmeister



Pommern

Die Mitglieder und Freunde der Vereinigten Landsmannschaften
im Bund der Vertriebenen BdV-Kreisverband Düren e.V. trauern um

Dipl.-Ing. Karl Heinz Weschke
BdV-Ehrenvorsitzender

* 2. November in Klützwow / Pommern † 9. November 2013 in Düren

Wir, die Dürener Vertriebenen, verneigen sich in großer Dankbarkeit vor dem Verstorbenen.
Dipl.-Ing. Karl Heinz Weschke war BdV-Landesvorstandsmitglied NRW, BdV-Kreisvorsitzender, Stellv.
Kreisvorsitzender der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen. Für seine hervorragenden Tätigkeiten
und Verdienste um unsere ostdeutsche Heimat in den Gremien erhielt er die höchsten Auszeichnungen
der Verbände. Am 9. 12. 2005 wurde er mit der Ernst-Moritz-Arndt-Medaille für besondere Verdienste im
Bund der Vertriebenen geehrt.

Dipl.-Ing. Karl Heinz Weschke hat sich um unsere ostdeutsche Heimat sehr verdient gemacht und
durch seine Arbeit und sein Wirken große Spuren hinterlassen.

Anlässlich des Tages der Heimat am 28. September 1998 im Rathaus-Foyer wurde das Bronzerelief,
geschaffen von Judith von Essen, als Dank der Vertriebenen an die Dürener Bürger zur 1250-Jahr-Feier
von Bürgermeister Jupp Vosen und dem Verstorbenen enthüllt.

Ihm ein ehrendes Gedenken über den Tag der Trauer und Abschieds hinaus zu bewahren, bleibt uns
eine Verpflichtung.

Er ist uns nur vorausgegangen, möge er ruhen in Gottes ewigem Reich.

BdV Kreisverband Düren e.V., Manfred Barsuhn – Kreisvorsitzender



Ostpreußen



Nach langer Krankheit
ist friedlich entschlafen

Prof. Dr. Günter Brilla

* 18. 11. 1927 in Königsberg/Pr. † 14. 11. 2013 in Bonn

Mit großem Engagement hat er sich der Ausbildung seiner Studen-
ten gewidmet; seine Liebe galt seiner Heimat Ostpreußen, für die er
sich mit ganzem Herzen eingesetzt hat.

In stiller Trauer:
Dr. Renate Brilla geb. Hofmann
Martin Brilla
Dr. Helmut Brilla
Dr. Roland und Mary Joan Brilla geb. Brennan
mit Anne Sophie und Stephanie
Gabriele Hofmann

53123 Bonn, Kannheideweg 33
Die Beisetzung fand im engsten Kreis statt.

Anstelle von zugedachten Blumen und Kränzen bitten wir im
Sinne des Verstorbenen um eine Spende zugunsten der PRUSSIA
Gesellschaft für Geschichte und Landeskunde Ost- und Westpreu-
ßens e.V., Konto-Nr. 194 468, Sparda-Bank West eG, BLZ 370 605 90
(Kennwort: Im Gedenken an Günter Brilla).



Mit tiefem Bedauern nehmen wir Abschied von

Manfred Allies

* 11. 9. 1939
in Insterburg / Ostpreußen

der am 17. November 2013 nach langer Krankheit in Berlin
verstarb.

Er war Träger des Silbernen Ehrenzeichen der Landsmann-
schaft Ostpreußen.

Die Kreiskommunität ist ihm zu großem Dank verpflichtet.

Er hat sich viele Jahre in unserer Kreiskommunität als Kirch-
spielvertreter für Kuckerneese, als Kassenprüfer und Heimat-
kreiskartei-Bearbeiter engagiert und verdient gemacht. Wir
werden ihn in dankbarer und ehrender Erinnerung behalten.

Kreiskommunität Elchniederung
Im Namen des Vorstandes und der Delegierten
Manfred Romeike



Der Tod ist kein Abschnitt des Daseins,
sondern nur ein Zwischenereignis,
ein Übergang aus einer Form des
endlichen Wesens in eine andere.

Wilhelm von Humboldt (1767-1835)

Prof. Dr. med. Günter Brilla

* 18. November 1927 † 15. November 2013

Wir trauern um unseren langjährigen Präsidenten und
Ehrenpräsidenten, einen aufrechten Ostpreußen.
Mit ihm verlieren wir einen Menschen, der sich mit Tatkraft
und Erfolg für seine Heimat stets couragiert eingesetzt hat.
Wir werden nicht aufhören auch in seinem Sinne weiter-
zuwirken und ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie.

PRUSSIA, Gesellschaft für Geschichte und Landeskunde
Ost- und Westpreußens e.V.
Der Vorstand im Namen aller Mitglieder und Freunde

Wenn Sie einen Todesfall
zu beklagen haben,
kann Ihre Anzeige
bereits in der nächsten Woche
erscheinen.

Preussische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt

Buchtstraße 4 · 22087 Hamburg
Tel. 0 40 / 41 04 08 47 · Fax 0 40 / 41 04 08 51

www.preussische-allgemeine.de



Wenn durch einen Menschen ein wenig mehr Liebe und Güte,
ein wenig mehr Licht und Wahrheit in der Welt war,
dann hat sein Leben einen Sinn gehabt.

Alfred Delp

Christel Becker

geb. Neumann

ist plötzlich und unerwartet am 18. November 2013
im Alter von 88 Jahren von uns gegangen.

In liebevoller Erinnerung:
Gerda und Andreas
Jörg

Neu-Dollstädt/Intschede/Frankfurt-Höchst
Traueranschrift: Gerda Wolf, Aternweg 14, 65510 Hünstetten

Die Trauerfeier findet auf Wunsch der Verstorbenen im
engsten Familienkreis statt.

Landmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Hof – Bericht über das monatliche Treffen im Oktober – In harmonischer Runde begrüßte der 1. Vorsitzende Christian Joachim zahlreiche Mitglieder und Gäste. In seinem Rückblick dankte er für die gelungene Veranstaltung zum „Tag der Heimat 2013“ des Bundes der Vertriebenen, Kreisverband Hof. Mit der Festansprache von Monika Hohlmeier, MdEP, der vielseitigen Vorträge der Volkstanzgruppe und den Ansprachen hatte die Feier einen weiten Rahmen. Bernd Hüttner sprach über den Dichter Simon Dach, der am 29. Juli 1605 in Memel geboren wurde und am 15. April 1659 in Königsberg starb. Die Gruppe singt oft das von ihm geschriebene Lied „Ännchen von Tharau“. – Andächtig standen die Reisenden vor der Plakette von Simon Dach an dem Sockel des Ännchen von Tharau-Denkmal auf dem Theaterplatz in Memel. Einen interessanten Bericht gab Jutta Starosta von ihrer Schlesienfahrt 2013 mit der Schlesischen Jugend. Es war eine Entdeckungsreise mit viel Spaß und Aktivitäten ins Riesengebirge und nach Niederschlesien. Christian Joachim dankte für die gemeinsame Ausgestaltung des Nachmittags und bat um rege Beteiligung an den folgenden Veranstaltungen.

Ingolstadt – Sonntag, 15. Dezember, 13 Uhr, Gasthaus Bonshab, Münchner Straße 8: Adventsfeier.

Kitzingen – Freitag, 13. Dezember, 14.30 Uhr, Gaststätte Deutscher Kaiser: Vorweihnachtliche Feier mit Beiträgen der Mitglieder. Besinnliche Stunden mit musikalischer Umrahmung durch Lm. Günter Schmidt.

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

Starnberg – Sonnabend, 8. Dezember: Adventsfeier.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 7. Dezember, 14 Uhr, Ulmer Stuben: Weihnachtsfeier der Frauengruppe. – 14.30 Uhr, Auferstehungskirche Böfingen: Heimatgottesdienst. – Sonntag, 8. Dezember, 14 Uhr, Ulmer Stuben: Adventsfeier der Sudendentutschen Landmannschaft. Gäste sind willkommen. – 15. Dezember, Ulmer Stuben, 14 Uhr, Weihnachtsfest der Ost- und Westpreußen. Es werden weihnachtliche Gedichte und Texte vorgetragen und der Chor Alexander Diehl tritt auf. Jeder Gast erhält eine kleine weihnachtliche Leckerei. Über zahlreiches Erscheinen von Mitgliedern und Gästen würden sich die Organisatoren freuen. Zu Weihnachten werden Königsberger Marzipan und Lebkuchen in kleineren Mengen vorbereitet. Bestellungen nimmt Frau Jahnke entgegen.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blm.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Heilsberg / Rößel – Sonnabend, 30. November, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte „Maria Rimkus Haus“, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Nikolausfeier. Anfragen

für Heilsberg bei Benno Boese, Telefon (030) 7215570, für Rößel bei Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.

Pillkallen/Schloßberg – Dienstag, 3. Dezember, 14 Uhr, Haus des Älteren Bürgers, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin: Adventsingen. Anfragen bei Helga Rieck, Telefon 6596822.



Angerburg / Darkehmen / Goldap:

Donnerstag, 5. Dezember, 14 Uhr, Restaurant Oase Amara, Borussiastraße 62, 12102 Berlin:

Adventsfeier. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Mohrungen – Donnerstag, 5. Dezember, 15 Uhr, Restaurant Sternstunde, Kreuznacher Straße 29, 14197 Berlin: Weihnachtsfeier. Anfragen bei Ursel Dronsek, Telefon 2614338.

Bartenstein – Sonnabend, 7. Dezember, 14 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Zimmer 21, Kirchstraße 1–3, 14163 Berlin: Weihnachtsfeier. Anfragen bei Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.

Lyck – Sonnabend, 7. Dezember, 15 Uhr, Kleiner Ratskeller, am Rathaus 9, 10825 Berlin: Adventsfeier. Anfragen bei Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.

Tilsit-Ragnit/Tilsit-Stadt – Sonnabend, 7. Dezember, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 402881.

Rastenburg – Sonntag, 8. Dezember, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Weihnachtsfeier. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.

Wehlau – Sonntag, 8. Dezember, 15 Uhr, Gasthaus Linden Garten, Alt Buckow 15 a, 12349 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Lothar Hamann, Telefon (030) 6633245.

Frauengruppe – Mittwoch, 11. Dezember, 13.30 Uhr, Kaffee Tam, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Weihnachtsfeier. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Gumbinnen / Johannisburg / Lötzen / Sensburg – Dienstag, 17. Dezember, Restaurant Dalmata, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Adventsfeier. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andras Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.

Königsberg / Samland/Labiau – Mittwoch, 18. Dezember, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10: Treffen der Gruppen. Informationen bei Prof.

Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertreder Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Montag, 2. Dezember: Fahrt nach Bad Zwischenahn. Programm: 10 Uhr Abfahrt vom ZOB vor dem Übermaxx. Nach der Ankunft Möglichkeit zum Spaziergang. 12 Uhr Mittagessen im Fährkroog in Dreierbergen. 14.30 Uhr Besichtigung der Ostdeutschen Heimatstube in Bad Zwischenahn mit der Sonderausstellung „200 Jahre Befreiungskriege gegen Napoleon“, Kaffeetafel, anschließend Spaziergang durch das weihnachtlich beleuchtete Bad Zwischenahn und Rückfahrt nach Bremen. Preis 18 Euro für die Fahrt zuzüglich 5 Euro für Eintritt und Kaffeetafel. Anmeldungen ab sofort direkt bei Frau Venderbosch, Telefon 4854633. – Sonntag, 8. Dezember, 15 Uhr, Atlantic-Hotel beim Bremer Flughafen: West-, Ostpreußische Adventsfeier. Die Adventsacht hält Pfarrer i. R. Peter Schramm, früher Lilienthal. Die Gestaltung der musikalischen Umrahmung erfolgt durch den „Arbeitskreis Ostpreußisch Platt“. Die Gruppe möchte mit allen Teilnehmern harmonisch und besinnlich zusammen kommen, Lieder singen und sich an eigenen Darbietungen erfreuen. Die Kosten der Kaffeetafel betragen 10 Euro pro Person. Um Anmeldung in der Geschäftsstelle wird ab sofort gebeten.



Wirken Sie mit an der Stiftung.

Fürst Fugger Privatbank
Konto-Nr.: 1001834983
BLZ: 72030014

Bremerhaven – Freitag, 13. Dezember, 14.30 Uhr, Barlachhaus: Adventsfeier.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 14. Dezember, 14 bis 17 Uhr, Einlass 13 Uhr, Restaurant Lackemann, Litzowstieg 8, 22041 Hamburg (Wandsbek). Parkplatz Quarree, Parkhaus P2: Adventsfeier der Landesgruppe. Durch die Feier führt Siegfried Grawitter vom Kulturreferat. Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden der Landesgruppe Hamburg, Hartmut Klingbeutel. Der Ostpreußenchor unter der Leitung von Hanna Guzinski stimmt mit vorweihnachtlichen Liedern auf die Adventszeit ein. Im Programm gibt es einen Gumbinner: „Der Junge mit der Mundharmonika“ erfreut die Teilnehmer mit Weihnachtsliedern zum Mitsingen. Von 15 bis 15.45 Uhr gemütliches Beisammensein mit Kaffee und Kuchen. Lesungen von Weihnachtsgeschichten und kleinen Gedichten verzaubern und stimmen die Teilnehmer in Erwartung auf die schöne Adventszeit ein. Mit U1 und Bussen sehr gut zu erreichen: Von U1 und Busbahnhof Wandsbek-Markt sind es nur wenige Gehminuten. Wenn Sie von der Wandsbeker Marktstraße den Durchgang „Hinterm Stern“ zwischen Quarree und Hotel Tiefenthal durchgehen, sehen Sie das Restaurant Lackemann. Die Gruppe freut sich auf Ihr Kommen: Siegfried Grawitter, Evastraße 3 b, 22089 Hamburg, Telefon (040) 205784.

KREISGRUPPE

Frauengruppe – Montag, 9. Dezember, 14.30 Uhr, Bergedorfer Schloss, Café la note: Adventsfeier „Wiehnachte is bald“ mit besinnlichen Geschichten, Gedichten und Liedern.

Gumbinnen – Sonnabend, 30. November, 14 Uhr (Einlass 13 Uhr), Restaurant Lackemann, Litzowstieg 8 (Nähe Einkaufs-Center

Quarree). U-Bahn 1 bis Wandsbek-Markt, dann fünf Minuten Fußweg durch Hausdurchgang: Treffen der Gruppe. Zum Thema „Adventszeit in Gumbinnen und hier in Hamburg“ bittet die Gruppe um rege Beteiligung. Beim gemeinsamen Singen die Seelen sprechen lassen. Anmeldung erforderlich bis spätestens Montag, 25. November bei Schriftführerin Hilde Janssen-Kaydan, Rathenaustraße 53. Hamburg, Telefon (040) 517931. Gäste sind herzlich willkommen.

Heiligenbeil – Sonnabend, 30. November, 14 Uhr, Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7 (zu erreichen mit der Bus-Linie 116 ab U-Bahnstation Billstedt, U-Bahnstation Wandsbek-Markt und U-Bahnstation Hammer Kirche bis Bauerberg, von hier sind es noch zwei Minuten Fußweg): Die Gruppe feiert ihre Weihnachtsfeier. Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen, natürlich auch die Mitglieder der Kreisgruppe, die in und um Hamburg wohnen. Die Gruppe möchte gemeinsam am Sonnabend vor dem ersten Advent mit Gedichten, Liedern, Geschichten und Bildern aus dem „Schatzkästchen der Kreisgruppe Heiligenbeil“ auf die Adventszeit und das Weihnachtsfest mit Bildern aus der Heimat einstimmen. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen fünf Euro. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 53254980.

Insternburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de. – Mittwoch, 4. Dezember, 12 Uhr, Hotel „Zum Zeppelin“, Frohmestraße 123: Einstimmen auf die Adventszeit. Herr Dziobaka (Gumbinnen) stimmt die Teilnehmer mit seinem LAB-Chor mit Gedichten und gemeinsamen Liedern vorweihnachtlich ein. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, Telefon/Fax (040) 587585. E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Königsberg – Donnerstag, 5. Dezember, Café Ribling, Fuhsbüttler Straße 757, Hamburg-Ohlsdorf: Vorweihnachtliches Zusammentreffen der Gruppe. Der Einlass erfolgt ab 13.30 Uhr, sodass die Feier um 14 Uhr beginnen kann. Gäste sind gerne willkommen. Für Unterhaltung wird

gesorgt. Um Anmeldung bis zum 1. Dezember wird gebeten bei Brigitte Reimer, Am Landpflegeheim 36, 22549 Hamburg, Telefon (040) 873495. Ursula Zimmermann hat nach langjähriger Leitung der Gruppe den Vorsitz an ihre Nachfolgerin Brigitte Reimer übergeben. Sie wird aber weiterhin als zweite Ansprechpartnerin zur Verfügung stehen.

Osterode – Sonnabend, 30. November, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, Hamburg-Ohlsdorf: Die Gruppe lädt zur Weihnachtsfeier mit einer gemeinsamen Kaffeetafel und musikalischer Begleitung ein. Julklapp-Päckchen können mitgebracht werden. Verwandte und Freunde sind ebenfalls willkommen. Über Anmeldungen freuen sich Marlies und Günther Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (04109) 9014.



HESSEN

Stellvertretender Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Darmstadt – Sonnabend, 14. Dezember, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See, Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ): Monatstreffen. Nach der gemeinsamen Kaffeetafel findet die vorweihnachtliche Feier mit Liedern, Gedichten und kleinen Geschichten mit musikalischer Umrahmung des Schuljahrgangs-Chors von Christian Keller aus Rödermark statt.

Wetzlar – Die Kreisgruppe trifft sich am 1. Advent (1. Dezember) um 15.30 Uhr zur Adventsfeier in den Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128.

Wiesbaden – Dienstag, 7. Dezember, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Weihnachtsfeier. Zu der Veranstaltung sind auch Gäste herzlich willkommen. – Sonnabend, 14. Dezember, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: Vorweihnachtliche Feier. Die Teilnehmer erwartet Kaffee und Kuchen, Königsberger Marzipan, Kerzenschein, ein besinnliches Programm und nette Menschen. Mit Geschichten, Gedichten, Gesang und Flötenspiel sowie einer Ansprache von Pfarrer Dr. Holger Saal will die Gruppe auf das Weihnachtsfest ein-

Landmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Weihnachtsgewinnspiel: Mit der PAZ zum Deutschlandtreffen

Verschenken Sie die PAZ und werden Sie zum Gewinner!

Denn mit ein bisschen Glück sind Sie mit der PAZ beim Deutschlandtreffen dabei und verbringen 3 Tage in Kassel in einem schönen 4-Sterne-Hotel

Bestellformular: Geschenkabo

☐ Ja, ich möchte die PAZ für 3 Monate verschenken und nehme damit am Gewinnspiel teil.

Der neue Leser	Der Geschenk-Zahler
Vorname:	Vorname:
Name:	Name:
Anschrift:	Anschrift:
PLZ-Ort:	PLZ-Ort:
Telefon:	Telefon:

Zahlungsdaten:	Datum/ Unterschrift des Schenkenden
Das Bezugsgeld kann von meinem Konto im Voraus abgebucht werden:	<input type="checkbox"/> Kurzabonnement: 20 Euro (Wenn ich nichts angekreuzt habe, schicken Sie mir bitte eine Rechnung)
Kontoinhaber:	
Bankleitzahl:	
Kontonummer:	
Name der Bank:	
Vertrauensgarantie!	
Ihre Bestellung kann innerhalb von zwei Wochen gegenüber der Preußischen Allgemeinen Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg oder per E-Mail: vertrieb@preussische-allgemeine.de widerrufen werden.	



Preussische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Verschenken Sie „drei Monate lesen – nur zwei zahlen“

Statt 30 € kostet das Kurzabo nur 20 €.

Der Bezug endet automatisch! Sie nehmen gleichzeitig am Gewinnspiel teil.

Unter den ersten 100 Teilnehmern verlosen wir einen Hotelgutschein in Kassel, vom 16. bis 18. Mai 2014 sowie den Eintritt zum Deutschlandtreffen für 2 Personen. Außerdem verlosen wir Kalender und Buchpreise.

Bestellen Sie einfach mit dem beiliegenden Coupon oder rufen Sie uns an unter: (040) 41 40 08 42

Einsendeschluss: 13. Dezember



Deutschlandtreffen der Ostpreußen

17.-18. Mai 2014, Messe Kassel
Großkundgebung am Sonntag,
18. Mai 2014, 11.00 Uhr, Rothenbach-Halle
Landmannschaft Ostpreußen - Ostfriesland 4 - 22087 Hamburg
Telefon: 040/41 40 08-0 - www.ostpreussen.de

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 19

Dankeschön der Leiterin Anna Pelka für das schöne und erfolgreiche Jahr und die Treue der Mitglieder. Eingeladen wurde auch der Weihnachtsmann, der sehr gut vorbereitet ist und beim Danken helfen wird.

Mülheim – Dienstag, 10. Dezember, 15 Uhr, Handelshof: Vorweihnachtliches Beisammensein.

Neuss – Sonntag, 1. Dezember, 15 Uhr (Einlass ab 14 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: Adventsfeier der Ostpreußen mit besinnlichen Liedern, Gedichten und Chorgesang, Kaffee und Kuchen und ostpreußischen Spezialitäten.

Viersen-Dülken – Sonnabend, 7. Dezember, 14.30 Uhr, Dülkener Hof, Lange Straße 54: Diesjährige Weihnachtsfeier. In bekannter Weise sorgen die Organisatoren sowie die Wirtsleute für das leibliche Wohl bei Tannengrün und Kerzenschein. Für reichlich Kaffee und Kuchen wird ein Unkostenbetrag von 6 Euro pro Gedeck erbeten. Für eine besinnliche Andacht in der Vorweihnachtszeit konnte diesmal Kaplan Thomas Schlütter von der katholischen Kirchengemeinde in Dülken gewonnen werden. Wie immer sind Gäste gerne gesehen und jederzeit herzlich in unserer Mitte willkommen.

Wesel – Sonntag, 15. Dezember, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Weihnachtsfeier. Alle Landsleute und Heimatfreunde sind herzlich eingeladen. Für ein gemütliches Beisammensein stehen Kaffee und Kuchen zur Verfügung. Mit Darbietungen zur Weihnachtszeit werden gemeinsam ein paar besinnliche Stunden in der Adventszeit verbracht. Anmeldungen bis zum 5. Dezember bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder bei Ursula Paehr, Telefon (0281) 44262376. – **Bericht vom Kulturabend** – Der 1. Vorsitzende und Kulturreferent Paul Sobotta begrüßte eine hoch interessierte Schar Tierliebhaber. Mit seinem Vortrag „Die Tierwelt Ostpreußens“ zog er alle Zuhörer in seinen Bann. Von der Ostseeküste, der Kurischen Nehrung über die 100 Kilometer lange Vogelzugstrecke, dem Kurischen Haff mit seinen seltenen Fischbeständen über die Elchniederung mit seinen Urgeschöpfen, den Elchen, der Rominter Heide mit ihren prächtigen Rotwildbeständen, dem vielen Niederwild und dem

riesigen Trakehner-Gestüt – ein Pferdeparadies – mit dem Ziel Johannsburg Heide ging die ostpreußische Tierweltrevue. Nach dieser erfolgreichen „Jagd“ wurden die traditionellen Schnitten, belegt mit geräucherter Gänsebrust, Tee und Rum oder Zitrone, zum Verzehr angeboten.

Witten – Montag, 16. Dezember, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Weihnachtsfeier mit Singen und Musizieren.

Wuppertal – Sonntag, 15. Dezember, 14 Uhr Hofaue 51, Wuppertal-Elberfeld: Adventsfeier.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Ludwigshafen – Sonntag 1. Dezember, 15 Uhr, Ludwigshafen-Gartenstadt, Forsterstraße: Treffen der Gruppe zur Adventsfeier mit Kaffee und Kuchen sowie weihnachtlichen Vorträgen und Weihnachtsliedern.

Mainz – Donnerstag, 19. Dezember, 15 Uhr, Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz: Heimatliche Kaffeestunde der Damen. – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen. – Sonnabend, 30. November, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz: Adventsfeier. Um Gaben für die Tombola wird gebeten.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 7. Dezember, 14 Uhr, Esche-Museum: Jahresabschlussveranstaltung. Die Landsleute der Kreisgruppe sind herzlich eingeladen und auch Gäste sind willkommen. „Das Bernsteinzimmer“ sowie Sitten und Brauchtum zur Weihnachtszeit in Ostpreußen werden an diesem Tag das Thema sein. Es ist auch hausgeschlachtete Wurst im Angebot.



SACHSEN-ANHALT


Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 9. Dezember, 14 Uhr, Krötenhof: Weihnachtsfeier.

Gardelegen – Freitag, 13. Dezember, 12 Uhr, Gaststätte Zum Krug, Weteritz: Weihnachtsfeier mit Programm.

Halle – Freitag, 13. Dezember, 14 Uhr, Reilstraße 54, Begegnungsstätte der Volkssolidarität: Treffen der Gruppe.

Magdeburg – Freitag, 6. Dezember, 15 Uhr, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Sonntag, 8. Dezember, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Weihnachtsfest. – Dienstag, 10. Dezember, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelmminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Mittwoch, 11. Dezember, 14.30 Uhr, DRK-Haus, Lübecker Straße: Adventsfeier.

Bad Schwartau – Sonntag, 1. Dezember, 15 Uhr, Ostpreußisches Landesmuseum, Lüneburg: Ein Adventsnachmittag mit Ruth Geede. Die Autorin, Jahrgang 1916, die älteste noch aktive Schriftstellerin und Journalistin Deutschlands, wird aus ihren Werken lesen – vorwiegend Advent- und Weihnachtliches – und über ihre Zeit in Lüneburg und dem Museum, mit dem sie bis heute verbunden ist, sowie über ihre Jahre in Hamburg, wo sie bis heute lebt, berichten. Die Ostpreußen fahren am 1. Dezember (1. Advent) rechtzeitig vom ZOB Bad Schwartau ab, um noch zu einem Rundgang im Museum einzutreffen. Danach wartet ein Mittagessen auf die Teilnehmer. Anschließend um 15 Uhr treffen sich alle mit Ruth Geede, um mit ihr ein paar adventliche Stunden zu verbringen. Wer mit möchte, bitte schnellstens bei Gisela Rowedder, Telefon (04504) 3435 oder Regina

Gronau, Telefon (0451) 26706 anmelden, da nur eine begrenzte Anzahl an Plätzen zur Verfügung steht. Näheres bei Anmeldung.

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 10. Dezember, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Die Landsmannschaft der Ost-, Westpreußen und Danzig trifft sich zu ihrer ostdeutschen Adventsfeier. Pastor Kark-Carlson wird besinnliche Worte zum bevorstehenden Weihnachtsfest sprechen. Für die musikalische Umrahmung sorgt Kathrin Kark aus Landkirchen mit ihrer Flötengruppe. Eine festlich geschmückte Kaffeetafel, weihnachtliche Geschichten sowie Lieder werden außerdem die Mitglieder unterhalten.

Flensburg – Freitag, 13. Dezember, 15 Uhr, Treffpunkt Mürwik: Weihnachtsfeier in gemütlicher Runde mit Kaffeetafel, Lesungen und Liedern. Anmeldung bitte bis zum 9. Dezember bei W. Randes, Telefon (0461) 74816.

Möln – Sonnabend, 30. November, 15 Uhr, Quellenhof: Adventsfeier mit Basar. Die Gruppe möchte dort besinnliche, vorweihnachtliche Stunden bei Kaffee und Kuchen erleben. Propst Erwin Horning wird mit einer Andacht auf die Bedeutung des Advents hinweisen. Die musikalische Umrahmung nimmt der Posaunenchor aus Mustin unter der Leitung von Herrn Vogel vor. Außerdem tritt der Sänger, Entertainer und Moderator BernStein mit seinen Liedern auf, um die Teilnehmer auf die Advents- und Weihnachtszeit einzustimmen. Der Basar wird schon um 14 Uhr eröffnet und lädt zum Einkaufen von kleinen Weihnachtsgeschenken, selbstgebackenen Plätzchen und Sonstigem ein. Der Erlös aus dem Verkauf ist für Hilfsmaßnahmen in Königsberg bestimmt. Da die Organisatoren planen müssen, bitten sie um Anmeldung unter Telefon (04542) 5044. Zu diesem Nachmittag sind alle Landsleute aus Pommern, Danzig, Schlesien und Möln eingeladen. Über einen zahlreichen Besuch würde die Landsmannschaft sich sehr freuen.

Neumünster – Sonnabend, 7. Dezember, ab 15 Uhr, Stadthalle (Galerie) am Kleinflecken: Vorweihnachtliche Feier und Ehrung langjähriger Mitglieder. Gäste sind willkommen. Anmeldung bitte bis zum 2. Dezember unter Telefon (04321) 82314. – **Bericht** – Das gemeinsame Mittagessen der Landsmannschaft der Kreisgruppe Neumünster fand am 13. November im „Restaurant am Kantplatz“ statt. Wieder konnte die

Vorsitzende Brigitte Profé sehr viele Teilnehmer und Gäste begrüßen. Was die Küche angeboten hatte, ließen sich alle gut schmecken. Zur Auswahl standen: Paprikaschote gefüllt mit Hack oder gedünstetes Seelachsfilet. Der Koch hatte mal wieder seine guten Kochkünste bewiesen. Es gab gute Beilagen und den süßen Nachtschisch – Eis aus eigener Herstellung – so richtig ostpreußische Küche, und alle waren sehr zufrieden. Anschließend, eigentlich schon selbstverständlich, folgte der gemütliche Teil mit Gesang und lustigen Vorträgen. So war ein Programm von der 1. Vorsitzenden Brigitte Profé gut zusammengestellt und von Hildegard Henning und Gerd Höpfner vorgetragen worden.

Pinneberg – Sonnabend, 14. Dezember, 15 Uhr, Restaurant Mondea, Mühlenstraße 70 d: Adventsfeier mit musikalischer Umrahmung, ostpreußischen Geschichten, Gedichten und einer Kaffeetafel. Um Anmeldung wird gebeten bei Rosemarie Schmidt, Telefon (04101) 62667 oder B. Kieselbach, Telefon (04101) 73473.

Schönwalde am Bungsberg – Sonnabend, 30. November, 15 Uhr, Landhaus: 64. Ostdeutsche Adventsfeier. Es wirken mit: Der Chor „Unser Singkreis Ostholstein“, der Posaunenchor der evangelisch-lutherischen Kirche, Schönwalde am Bungsberg, Herr Engel an der Zither. Besinnliche Worte zum Advent spricht der Pastor. Der Kostenbeitrag für Kaffee, Tee und Kuchen beträgt 10 Euro.

Ostpreußisches Landesmuseum

Im Streit der Stile. Die Künstlerkolonie Nidden zwischen Impressionismus und Expressionismus – Ausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg vom 30. November 2013 bis 2. März 2014 (Kurator: Dr. Jörn Barfod, OL).

„Die Farbenpracht ist unvergleichlich, wenn der Osthimmel das Feuerwerk des westlichen widerspiegelt. Zarteste Pastellfarben in Blau und Rosa, und der federnde Boden ist geschmückt mit den feinen Wellenlinien, die der Wind hineinzeichnet.“ (Thomas Mann über Nidden, 1931). Nidden ist ein malerischer Fischerort auf der Kurischen Nehrung, der durch sein legendäres Spiel von Licht, Sonne und Wasser verzaubert. Nicht nur Maler und Künstler zog er in seinen Bann, sondern auch Schriftsteller und Gelehrte wie Thomas Mann oder Wilhelm von Humboldt. In der Entwicklung dieses Künstlerortes sind Impressionismus und Expressionismus für das Schaffen der Maler entscheidend gewesen, geprägt durch Namen wie Max Pechstein oder Ernst Mollenhauer. Mit dem ersten Aufenthalt von Max Pechstein in Nidden, 1909, beginnt die künstlerische Auseinandersetzung oder, wie es der Maler Hans Kallmeyer 1924 beschrieb: „Der Kampf der Stile“.



Ernst Bischoff-Culm: Der Dichter Walther Heymann um 1908 Bild: OL

Mit Pechsteins weiteren Besuchen setzt er sich fort. Nach dem Ersten Weltkrieg sind die Begegnungen Pechsteins mit Malern der nächsten Generation prägend, unter diesen Ernst Mollenhauer und Karl Eulenstein.

Ein besonderes Ausstellungskapitel ist dem Zentrum der Künstlerbegegnungen in Nidden gewidmet, dem Hotel Hermann Blode. Aus dem Nachlass Ernst Mollenhauers werden Fotos, Pläne und Ausstattungsteile der Hotelanlage gezeigt, sowie die wenigen erhaltenen Stücke aus der legendären Kunstsammlung des Hauses. Eingestreute Gedichte geben einen Hinweis darauf, wie Schriftsteller die Nehrung sahen.

Die Ausstellung erinnert an den 50. Todestag von Ernst Mollenhauer (1892-1963).

Informationen im Internet oder telefonisch unter Telefon (04131) 759950. OL

Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement und sichern Sie sich damit das ostpreußische Schlemmerpaket als spezielle PAZ-Prämie.

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket

Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter
040-41 40 08 42
oder per Fax
040-41 40 08 51
anfordern!

Preußische Allgemeine Zeitung.
Die Wochenzeitung für Deutschland.



☐ Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 120 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Der Versand ist im Inland portofrei. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Mit dem Bezug der PAZ ist die kostenlose Mitgliedschaft in der Landsmannschaft Ostpreußen verbunden. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

Konto: _____ BLZ: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____



Auf Santorin traut man sich

Die griechische Mittelmeerinsel hat sich zu einem Hochzeitsparadies vor allem für Paare aus den asiatischen Ländern entwickelt

Das griechische Vulkan-Archipel Santorin ist asiatisch geworden. Nirgendwo sonst in Europa lassen sich so viele Paare aus Japan oder China trauen.

So viele Brautpaare wie in dem kleinen Ort Oia auf der griechischen Insel Santorin sieht man selten. Zugegeben, diese Kulisse ist perfekt, um den Bund fürs Leben zu schließen. So viele bunte Häuser an Steilhängen über blauem Meer und unter blauem Himmel findet man selten als Hintergrund fürs Hochzeitsfoto. Da Eheschließungen für viele Menschen nicht mehr nur eine Feier im Familien- und Freundeskreis sind, sondern als aufwendige Veranstaltungen inszeniert werden, bieten professionelle Hochzeitsplaner mit ihren Agenturen fertige Hochzeitspakete an.

Das romantische Santorin steht bei vielen Paaren ganz oben auf der Wunschliste. Aus dem Katalog können die Kunden zwischen einer kirchlichen oder standesamtlichen Trauung wählen; bei der kirchlichen Trauung hat das Paar die Wahl zwischen katholisch, protestantisch und griechisch-orthodox. Um den Segen eines Geistlichen zu erhalten, darauf weist der Katalog ausdrücklich hin, muss aber mindestens einer der Partner auch dieser Konfession angehören.

Heiraten hat viel mit Bürokratie zu tun. Damit auch in Griechenland alles glatt läuft, erhält das Brautpaar schon beim Buchen eine Liste, welche Papiere es vorher an die Behörden im Lande zu schicken hat, wofür Übersetzungen durch ein griechisches Konsulat vorliegen müssen und welche Unterlagen sogar im Original zur Hochzeitszeremonie mitgenommen werden müssen. Da

kann ein Paar nur hoffen, dass der Koffer bei der Anreise nicht auf einem Gepäckband verlorengeht. Denn die übersetzten Heiratsdokumente sind nur ein halbes Jahr lang gültig.

Aber dafür, dass alles glatt läuft, sorgt ja die Agentur. Sie kümmert sich um die Reservierung der Termine bei Behörden und in den Kirchen, den Blumenschmuck auf dem Altar und sorgt für eine Betreuung in der Landessprache des Brautpaares. Wer den Reisepreis für Trauzeugen sparen will, kann auch die sich vor Ort von der Agentur organisieren lassen.

Im Rundum-sorglos-Hochzeitspaket der Unternehmen sind auch die Gebühren für Standesamt, Ausstellen der Heiratsurkunde und die nötigen Steuern enthalten. „Inkludiert“ nennen Touristiker das heute auf Neudeutsch,

nachdem man ihnen den Vorwurf gemacht hat, sie würden ihre Sprache mit zu vielen Anglizismen durchsetzen. Am Schluss der Buchung stellt sich die wichtige Frage, wie der Abschluss einer Reiserücktrittskosten-Versicherung vom Partner/der Partnerin empfunden wird.

Für solche Reise-Angebote müssen die Veranstalter selbstverständlich auch Werbung machen. Nicht nur auf dem deutschen Markt, denn dort ist die Zahl der Heiratswilligen leicht rückläufig. Im Touristikmarkt dagegen boomt seit einiger Zeit Japan, wovon sich jeder jederzeit an vielen Touristikzielen der Welt durch einfachen Augenschein überzeugen kann. Steigend ist aber auch die Zahl chinesischer Touristen. Und so sieht man in den engen Gassen von Santorin Tag für Tag immer wieder asiatische Hochzeitspaare. Einige von ihnen werden begleitet von einem ganzen Tross aus Foto-

grafen, Videofilmern, Stylisten, die für das perfekte Aussehen der Braut sorgen, und Assistenten, die alles perfekt ausleuchten.

Diese Teams kennen die pittoresken Stellen der Insel, sie dirigieren die Paare von einem Ort zum anderen. So ist es für nicht heiratende Touristen zeitweise kaum noch möglich, ein Urlaubsfoto zur Erinnerung zu schießen, ohne zugleich ein asiatisches Brautpaar mit im Bild zu haben. Oder präziser ausgedrückt, eine asiatische Braut. Denn oft scheint es nur wichtig zu sein, zu Hause zeigen zu können, wie schön die Braut vor der schönen Kulisse Santorins ausgesehen hat. Derweil sitzt der Bräutigam in Jeans und T-Shirt daneben und beobachtet die Inszenierung. Oder aber, er wählt die Sparvariante und macht die Fotos seiner Braut gleich selber. Das passt in eine Zeit, in der eine der deutschen Hochzeitsmesse ihre Besucher mit der Werbung lockt, es gäbe auch Schnäppchenangebote.

Ein aufwendiger Fototermin ist in Japan wichtiger Bestandteil einer Hochzeit. Denn nur wenige japanische Paare kaufen sich die teure Hochzeitskleidung. Oft wird sie nur geliehen, und selbst das geht ins Geld. Die



Eigens zur Hochzeit aus dem fernen Osten angereist: Paar aus Asien

Verleiher kassieren dafür einschließlich möglicherweise notwendiger Änderungen umgerechnet zwischen 3000 und 5000 Euro. Wie viele der auf Santorin gezeigten Brautkleider nur geliehen sind, wäre indiskret gewesen zu hinterfragen. Aber desto wichtiger ist es, den Auftritt für die Nachwelt und die Daheimgebliebenen zu dokumentieren.

Auch dabei beweisen Asiatinnen repräsentative Sparmöglichkeiten. So gehen sie im eleganten weißen oder cremefarbenen Kostüm mit kniefreiem Rock zu den Orten mit schönem Hintergrund für die Fotosession. Dort ziehen sie aus einer Tasche ein knöchellanges, farblich passendes Tülltuch, schlingen es gekonnt um die Hüfte und stehen im langen, eleganten Brautkleid vor der Kamera. Damit der Tüll nicht knüllt, nehmen sie ihn für den Weg zur nächsten „Location“ wieder ab.

Anreisen kann man zur Hochzeit selbstverständlich mit dem Flugzeug, aber auch Kreuzfahrtreedereien bieten Hochzeitsreisen an. Wenn das Schiff vor Santorin seine Anker fallen lässt, wartet auf das Paar bereits ein Beiboot, um es an Land zu bringen. Dort nimmt das Team der Hochzeitsagentur es in Empfang, fährt es zur Trauungszeremonie und anschließend zur wichtigen Fototour über die Insel. Besonders beliebt dafür ist Oia, der wohl schönste Ort der Insel, der die meisten pittoresken Motive bietet.

Abends geht es zurück aufs Schiff, das Hochzeitsessen wird schon wieder im Bordrestaurant serviert. Aber auch da kann ein Paar sicher sein, dass es romantisch sein wird. Denn nahezu alle Kreuzfahrtschiffe, die vor Santorin liegen, nehmen erst ihre Anker auf, wenn die Sonne untergegangen ist. Und das ist auf der Insel ein besonders schönes Naturschauspiel. *Eigel Wiese*

Mailands Schatz

Der Dom der lombardischen Metropole ist erstes touristisches Anlaufziel – Jetzt lockt das restaurierte Museo del Duomo neue Massen an

Der Dom mit seiner überreichen Zier ist Pflichtziel für Mailandreisende. Ein beachtlicher Teil seiner Kunstwerke ist im nahen Dom-Museum sichergestellt, im Palazzo Reale, dem einstigen Palast des Herzogs von Mailand. Lange war es geschlossen. Seit dem 4. November empfängt es Besucher mit dem Zusatz „Grande“ größer, schöner und reicher als je zuvor in komplett neu gestalteten Räumen.

Er sollte das größte Gotteshaus der Welt werden – zu Ehren Gottes und des Herzogtums Mailand. Eine Kirche, wie sie die Welt noch nie gesehen hatte. Als Landesherr Gian Galeazzo Visconti 1386 den Bau des Mailänder Doms begann, ahnte er nicht, dass er damit den Grundstein zu einer 600-jährigen komplizierten Baugeschichte legte, die sich durch die Erhaltungsmaßnahmen bis in die Gegenwart fortsetzt. Im Dom-Museum schaut man dem Gründer direkt ins Gesicht: Giorgio Solari gab dem Turmheiligen St. Georg 1404 dessen Züge.

Der Dom ist zwar heute nicht mehr das größte Gotteshaus auf Erden, doch noch immer ein Bauwerk der Superlative, dessen gewaltige Dimensionen imponieren: Er ist 157 Meter lang, 109 Meter breit, bedeckt über 11700 Quadratmeter und bietet 40000 Menschen Platz. 52 Pfeiler tragen die Gewölbe über dem fünfschiffigen, kapellen- und altarreichen Inneren. 135 Türme und sage und

schreibe 3159 Statuen bestücken zusätzlich den Bau.

150000 Marmorblöcke wurden für „... diesen seltsamen, wie aus den Felsen von Carrara gerissenen Marmorberg“, wie Dänemarks Märchendichter H. C. Andersen den Dom 1882 beschrieb, auf dem Naviglio Grande, einem Verbindungskanal mit dem Lago Maggiore, aus dem westlich des Sees gelegenen Candoglia nach Mailand transportiert. Sie hüllen den Dom in einen weißen, zart rosa getönten Mantel, der wie überall der Luftverschmutzung standhalten muss.

Vor allem die mit Heiligenfiguren bekrönten Türme gehören zu den besonders fragilen architektonischen Elementen, deren Erhaltung ständige Pflege und komplexe Eingriffe erfordert. Spenden und besondere Turm-Patenschaften sollen helfen, Mailands Wahrzeichen zu erhalten. Denn, so Selene Manca, Pressesprecherin der Fabbrica genannten Dombauhütte: „Der Dom ist nicht nur ein Zentrum der Christenheit und ein soziales und kulturelles Wahrzei-

chen, er ist auch der wichtigste wirtschaftliche Motor der Stadt. Und schon mit einem Euro wird man Teil seiner Geschichte.“

Die Rettung vieler Kunstwerke vor Umwelteinflüssen ist auch ein Grund dafür, dass die Ausstellungsfläche des Dom-Museums

20. Jahrhundert: Skulpturen und Reliefs aus sechs Jahrhunderten, Gemälde in der Mehrzahl aus der Zeit von Carlo und Federico Borromeo (16. und 17. Jahrhundert), Glasmalereien aus acht Jahrhunderten sowie Tapisserien, dazu eine umfangreiche Palette von

jetzt seinen Platz im Palazzo Reale. Einige besonders wertvolle Objekte sind älter als die Kathedrale selbst. An Erzbischof Gotofredo (974–979) erinnert das kostbare fünfteilige Elfenbeindiptychon – so nannte man in der Spätantike ein zusammenklappbares Schreibtafelpaar – aus dem 5. Jahrhundert, das dieser zum Prachteinband eines Evangeliers werden ließ.

Auf Erzbischof Ariberto da Intimiano (1018–1045) – eine besonders schillernde Figur, erst enger Verbündeter der deutschen Kaiser, und später Konrads II. erbitterter Feind – geht das berühmte Aribert-Kreuz zurück. Es ist der kostbare Rest vom Schmuck seines Grabdeckels aus purem Gold und Silber – und damit

ein Beweis für dessen herausragende Bedeutung.

Eines der interessantesten Ausstellungsstücke aber ist die „Madonna dell’Idea“ von Michelino da Besozzo vom Anfang des 15. Jahrhunderts. Das doppelseitige Gemälde zeigt auf der Vorderseite die Madonna auf dem Thron



Wie gemalt: Blick von der Empore auf das Hauptschiff vor aufgeschlagenen Dokumenten

nicht mehr ausreichte. Hinzu kamen immer mehr Exponate aus den Sakristeien und dem Depot, die alle ihren angemessenen Platz forderten. Nach der Restaurierung umfasst das Grande Museo del Duomo di Milano jetzt 27 Säle auf 2000 Quadratmetern mit Preziosen vornehmlich aus dem 15. bis

kleinen und großen Architekturmodellen zur Baugeschichte über Bewerbungs-Modelle der Bildhauer bis hin zu den Fassadenentwürfen. Selbst Kennern bietet jeder Raum etwas Neues.

Der Rundgang beginnt in der Domschatzkammer. Zuletzt in der Krypta untergebracht, hat auch er



Lauter Klima-Phrasen

TV-Meteorologe desinformiert

Der Titel des Buches „Klimafakten“ weckt Hoffnungen, riecht nach Wahrheit in einem Urwald voller Ungewissheiten, doch wer sich durch die 176 Seiten auf der Suche nach Fakten durchgekämpft hat, ist maßlos enttäuscht. Der Autor Sven Plöger, Diplom-Meteorologe, ist seit vielen Jahren als Wettermoderator im Ersten tätig. Vor allem seine Floskeln nerven: „Jede Prognose geht in die Hose! Die Klimaforschung ist eine seriöse Wissenschaft. Sie liefert belastbare Aussagen.“ Doch: „Der Klimawandel selbst ist sicher, in welcher Region er sich aber wie zeigt, das ist unsicher.“ Nahezu sicher ist für den Autor hingegen, dass die Menschheit mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit für den Klimawandel verantwortlich ist. Doch das sind abgedroschene Phrasen, Glaubensdogmen, die durch keinerlei Fakten belegt werden.

Das Buch ist gut lesbar geschrieben und wendet sich an Lehrer und Schüler, um sie „ideologiefrei“ zu informieren. Doch ideologiefrei ist es nicht, kann es nicht und will es auch nicht sein. Dies liegt schlicht und einfach an der Definition von „Klima“. „Klima“ ist ein Abstraktum, ihm fehlt die Realität. Jede Bildung eines Klimawertes setzt langjährige Wetterbeobachtungen voraus. Mittleres Wetter gibt es nicht. Dies sagt Plöger selbst: „Klima kann man nicht fühlen!“ Eine Mitteltemperatur kann man weder lokal noch regional geschweige denn global fühlen, messen, spüren. Die mittlere globale Luftdruckverteilung erzeugt keinen fühlbaren Wind, schon gar keinen Orkan. Was soll ein Schüler an Erkenntnisgewinn aus dem Satz, „dass das Wetter in einer Region etwas ganz anderes ist als das globale Klima“ ziehen? Da werden Äpfel mit Pflaumen verglichen!

Je mehr man sich als Kollege in das Buch vertieft, umso deutlicher offenbart sich sein Zweck: Es dient der politischen Klimapflege.

Das ganze Buch besteht aus Suggestivfragen, auf die plausibel erscheinende Suggestivantworten gegeben werden. Dies schädigt zwar den fachlichen Ruf, aber dafür genießen die Autoren, neben Sven Plöger zeichnet Frank Böttcher verantwortlich, die Sonne des Zeitgeistes und gelten als Masterschüler politischer Korrektheit.

Hauptthema ist die „Energie-wende“, denn „die Chinesen wollen wieder besser atmen können“. Hört sich gut an, ist aber falsch, denn Menschen atmen Sauerstoff ein und Kohlendioxid als Produkt der Nahrungsverbrennung im Körper aus. Mehr Menschen brauchen mehr Pflanzen, denn die produzieren Sauerstoff und atmen CO₂ als Nahrungsbaustoff ein. Wer CO₂ als „Klimakiller“ den Kampf ansagt, es pauschal als „Umweltgift“ verteufelt, vernichtet in seinem Klimaschutzwahn die Lebensgrundlage der grünen

Pflanzen, setzt die Axt an die „Schöpfung“.

Das Buch ist alles andere als „ideologiefrei“

»Jede Prognose geht in die Hose«

und gehört nicht in die Hände von Schülern. Eine Kostprobe? So heißt es in dem Buch, die globale Temperatur würde derzeit nur nicht weiter ansteigen, weil die überschüssige Wärme den Ozeanen zugeführt wird an Orte, die die Wärme über Absinkprozesse in große Tiefen befördern. Die Ozeane pufferten auf diese Weise den Klimawandel ab. Doch diese These ist absolut unlogisch, denn wie soll leichtes warmes Oberflächenwasser in kaltes dichtes Tiefenwasser abtauchen, dort in Wartestellung verharren, um eines Tages wieder aufzusteigen und die „Klimakatastrophe“ zu vollenden. Für einen synoptischen Meteorologen wie den Verfasser dieser Zeilen ist es absolut frustrierend, sich diese Klimawahrsagerei und Spökenkiekerei durchzulesen. *Wolfgang Thüne*

Sven Plöger, Frank Böttcher: „Klimafakten“, Westend, Frankfurt am M. 2013, geb., 176 Seiten, 12,99 Euro



Oft ist es eine Freude, der „heute journal“-Moderatorin Marietta Slomka zuzusehen. Zwar ist die 1969 geborene Tochter eines Ostpreußen nicht unbedingt eine Sympathieträgerin, doch ihre bissigen Fragen an Interview-Partner und ironischen Kommentare sind erfrischend. Entsprechend groß sind die Erwartungen an ihr Buch „Kanzler, Krise, Kapital. Wie Politik funktioniert“. Bei dem Titel und aufgrund der Berufserfahrungen der Journalistin erwartet man einen Blick hinter die Kulissen des Berliner Politikbetriebes. Doch schon nach der Lektüre der ersten Seiten des Buches ist die Enttäuschung riesig, denn man stellt fest, dass man ein politisches Begriffslexikon in den Händen hält. Slomka erklärt den Unterschied zwischen Marktwirt-



viel abverlangt, wenn er es gelegentlich darum bittet, den Geschirrspüler auszuräumen, Staub zu saugen oder mal eben einen Liter Milch vom Supermarkt um die Ecke zu holen, der wird sich entspannt zurücklehnen, wenn er das Buch „Wintererde“ von Inge Notz gelesen hat. In diesem Buch berichtet die auch heute noch weitestgehend gesunde Rentnerin Jahrgang 1932 von ihrer Kindheit und Jugend.

Als Inge Notz gerade erst zehn Jahre alt war, wurde ihr Vater in den Krieg einberufen. Da das wenige Essen, das ihre Mutter für die Essenmarken erhielt, nicht

Absolut zeitgeistkonform

Marietta Slomka enttäuscht mit biederem Politik-Erklärungen

schaft und Sozialismus, Bundesrat und Bundestag, was ein Bundespräsident macht und was NGOs sind. Dabei geht die Autorin äußerst konventionell vor, Slomka versteckt sich fast völlig hinter den Begriffserklärungen. Nur selten reichert sie die Beschreibungen mit Beispielen aus der Praxis an.

Erst nach über 300 Seiten bezieht die studierte Volkswirtschaftlerin Stellung: „Es ist im Übrigen keineswegs so, als sei jeder, der den Euro in Frage stellt, auch gegen Europa. Viele Euro-Gegner argumentieren genau umgekehrt: Sie befürchten, dass die gemeinsame Währung der EU schadet.“ Offenbar ist das für Slomka schon eine mutige Feststellung, denn weiter wagt sie sich nicht vor. Damit offenbart Slomka, dass sie Teil des politischen Establishments ist und/oder um ihre Karriere fürchtet. Zwar betont sie, dass viele der von den Euro-Kritikern bereits vor der Einführung der Gemeinschaftswährung geäußerten Befürchtungen eingetroffen seien, doch trotzdem solle man sich davor hüten, eine Änderung im Euro-System vorzunehmen.

Nur bei EU und Euro wagt sie sich kurz aus der Deckung

Slomka, die zu Beginn ihrer Karriere Parlamentskorrespondentin für das ZDF in Brüssel war, gesteht, dass sie am Anfang dieser Tätigkeit schwer ernüchtert gewesen sei, da sie „nur Bahnhof“ verstanden habe. Die vielen Fachbegriffe und Abkürzungen hätten ihr das Gefühl gegeben, in „einem Geheimclub gelandet zu sein“. Und so sei die EU zwar eine großartige Idee, an der es sich festzuhalten lohne, doch sie habe ein

gewaltiges Transparenz- und ein Demokratie-Defizit. Und deshalb könne sie verstehen, dass viele auf den unüberschaubaren Ko-

loss EU mit „Misstrauen und kalter Entfremdung“ reagierten. „Wenn Politik nicht mehr vermittelbar ist, wenn der einzelne Wähler den Eindruck hat, nicht mal ein Sandkorn im Getriebe zu sein, dann geht das auf Dauer nicht gut.“ Zudem wagt Slomka sich so weit vor, sich gegen die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa auszusprechen. Allerdings: Nur für den jetzigen Zeitpunkt, in 100 Jahren hingegen sehe die Welt schon wieder anders aus, relativiert sie sich selber.

Bei ihren Erklärungen zur Welt-politik hingegen bietet Slomka fast nur zeitgeistkonforme Standard-Informationen. Natürlich sei Afrika zuallererst wegen der Folgen der Kolonialzeit unterentwickelt – und nicht weil dort seit Jahrzehnten Despoten und Diktaturen ihre eigenen Leute ausbeuten und betrügen. Immerhin erwähnt sie, dass vor allem jene Länder besonders rückständig seien, die über besonders viele Bodenschätze verfügten. Und auch hinsichtlich der Unterstützung der Kämpfer gegen den syrischen Herrscher Baschar al-Assad äußert die Autorin Zweifel. Ganz nebenbei donnert Slomka aber dann in einem Nebensatz die These heraus, dass „wir zwei Weltkriege angezettelt haben“. Slomka ist dringendst das Buch „Die Schlafwandler“ des australisch-britischen Historikers Christopher Clark zu empfehlen. Der Rest von „Kanzler, Krise, Kapital. Wie Politik funktioniert“ ist nicht weiter erwähnenswert.

Rebecca Bellano

Marietta Slomka: „Kanzler, Krise, Kapital. Wie Politik funktioniert“, C. Bertelsmann, München 2013, gebunden, 540 Seiten, 19,99 Euro

Harte Arbeit war ihr Leben

Weil Essenmarken nicht reichten, musste Inge Notz als Magd schuften

W e r s i c h manchmal fragt, ob er dem eigenen Kind zu

strengen Geißmutter und deren hartherziger Tochter Walburga. Tagein tagaus musste

Inge Notz dort die schwersten körperlichen Arbeiten verrichten – heutzutage undenkbar, was einem Kind damals zugemutet wurde.

Hätte Inge Notz nicht ihre Katze Miezi gehabt, die sie heimlich mit Milch großgezogen hatte, wäre ihre Kindheit noch trauriger verlaufen. Da sie nur Essen als Gegenwert für ihre Arbeit erhielt, lernte sie schon als Kind, die Last

der Armut zu spüren. Trotzdem vermitteln die Aufzeichnungen Lebensmut, denn die Autorin bewahrte sich stets eine positive Lebenseinstellung.

Notz blieb tapfer, sie arbeitete fleißig weiter, bis der Krieg vorbei war und ihr Vater heim zur Familie kehrte. Der Vater, ein Trinker und ohnehin sehr roh, wollte jedoch nicht noch einen

„Fresser“ mehr in der Familie haben, und so verschlug es Inge Notz als Magd in eine Gastwirtschaft. Es ist bewundernswert, wie die damals junge Frau damit umging, so schlecht behandelt zu werden. Zum Glück half ihr die Liebe zum Leben und zur Natur, von der es in ihrer Heimat, dem Allgäu, genug gibt, auch in den dunkelsten Stunden stets nach vorn zu blicken. Bein-

druckende Naturbeschreibungen prägen so auch das Buch.

Katrin Hummel, Autorin mehrerer Sachbücher und Romane sowie Redakteurin der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“, ist es gelungen, die Erinnerungen von Inge Notz anschaulich und ungeschönt darzustellen. Die harte Arbeit auf einem Bauernhof und in einer Gastwirtschaft war wahrlich kein Zuckerschlecken. Und auch wenn durch den Krieg Lebensmittelknappheit und viele Sorgen auf den Menschen lasteten, so stellt man sich als Leser dennoch die Frage, wie so erwachsene Menschen mit einem folgsamen und fröhlichen Kind dermaßen hart und lieblos umspringen konnten. *V. Ney*

Inge Notz mit Katrin Hummel: „Wintererde: Mein Leben als Magd“, Bastei Lübbe, Köln 2013, geb., 284 Seiten, 18 Euro



B e v o r der Deutsche Orden seinen Territorialstaat in Preußen errichtete, war er für knapp 14 Jahre, im Zeitraum von 1211 bis 1225, auf Veranlassung des ungarischen Königs Andreas II. im südöstlichen Siebenbürgen ansässig. Hier baute der Orden fünf bis sechs Burgen, leitete die Ansiedlung von Deutschen und führte erfolgreich den Abwehrkampf gegen das aggressive Steppenvolk der Kumanen. Doch erzürnte der Orden angeblich den ungarischen König mit seinen Versuchen, das Burzenland zu einem eigenständigen Ordensterritorium auszubauen, und musste sich deshalb aus Siebenbürgen wieder zurückziehen. Nunmehr ließ der Orden, durch Erfahrung klug geworden,

sich unter Hochmeister Hermann von Salza erst einmal die künftig zu erobernden und zu christianisierenden, heidnischen Gebiete rechtlich verbindlich verbrieften, bevor er in Preußen einen neuen, letztlich erfolgsgekrönten Ansiedlungsversuch startete. Insofern bezeichnete man später die burzenländische Episode als „Generalprobe“ für Preußen.

Im vorliegenden Sammelband „Generalprobe Burzenland. Neue

Nur knapp 14 Jahre hielt sich der Orden

Forschungen zur Geschichte des Deutschen Ordens in Siebenbürgen und im Banat“ werden aus Anlass des 800. Jubiläums des Auftretens der Ordensritter im Burzenland neue wissenschaftliche Erkenntnisse geboten. Einlei-

tend wird die Ansiedelung der Ordensritter in Siebenbürgen zeitgeschichtlich in den christlichen Abwehrkampf gegen die von Osten her anstürmenden muslimischen Völkerschaften sowie die damals noch viel gefährlicheren heidnischen Reitervölker (Kumanen, später die Mongolen) aus der Steppe eingeordnet. Auf der Basis siedlungsgeografischer und archäologischer Forschungen im Burzenland erhält man trotz der sehr mageren schriftlichen Quellenlage ein schlüssiges Bild vom Ablauf der Ansiedlungs- und Burgbauprozesse der deutschen („sächsischen“) Siedler und der Ordensritter. Es wird überzeugend nachgewiesen, dass Kronstadt [Brasov] keine Ordensgründung sein kann. Anhand archäologischer Grabungen an den spärlichen Bauüberresten aus der Ordenszeit – namhaftester und ansehnlichster Überrest ist die dortige „Marienburg“ – er-

kennt man, dass die Ordensritter damals noch zu keinem ausgeprägten eigenen Baustil fanden und die Masse ihrer „Burgen“ wohl nur Erd-Holzkonstruktionen darstellte. Archäologische Funde, die Bezug zu den Ordensrittern aufweisen, gibt es nicht, außer einigen Ritterschwertern. Doch hofft man wohl immer noch, endlich einige der Münzen aus den siebenbürgischen Prägungen des Ordens zu finden, welche seinerzeit den ungarischen König so sehr empörten, aber noch nie durch Einzelstücke nachgewiesen werden konnten.

Eine 200 Jahre spätere Reminiszenz an den einstigen Heidenkampf in Siebenbürgen waren Versuche, den Deutschen Orden nach seiner Niederlage bei Tannenber 1410 ins sogenannte „Banat von Severin“ umzupflanzen. Hier am Unterlauf der Donau sollte der noch immer als sehr kampff-

kräftig geltende Orden eine neue militärische Herausforderung, diesmal gegen die siegreich den Balkan erobernden Osmanen, erhalten. Auch dieser Einsatz von

Autoren wahren das Andenken

kleinen Teilen des Deutschen Ordens auf dem Territorium des heutigen Rumäniens blieb nur eine kurze Episode. Anders als Deutschland blieb dagegen das Andenken an den Deutschen Orden in Siebenbürgen unter den dortigen Bewohnern immer wach und dies in positiver Hinsicht. Verkörperte doch die kurze Ordenszeit in der Vorstellung der Siebenbürger Sachsen den Beginn der Ansiedelung ihrer eigenen Vorfahren im Land, selbst wenn diese Vorstellungen heute etwas

korrigiert werden müssen, denn es gab schon deutsche Ansiedlungen vor dem Orden.

Fast zwei Drittel der Beiträge im vorliegenden Sammelband stammen von rumänischen Historikern und Archäologen, die sehr engagiert und auf hohem wissenschaftlichen Niveau die Geschichte des Deutschen Ordens auf dem Territorium ihres Heimatstaates beschreiben. Konrad Gündisch, dem leitenden wissenschaftlichen Direktor am Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (Oldenburg), ist für die Herausgabe dieses gehaltvollen Werkes zu danken. *Jürgen W. Schmidt*

Konrad Gündisch (Hrsg.): „Generalprobe Burzenland. Neue Forschungen zur Geschichte des Deutschen Ordens in Siebenbürgen und im Banat“, Böhlau, Köln 2013, geb., 278 Seiten, 32,90 Euro

Altpreußische Militärmusik aus der Musiksammlung der Königlichen Hausbibliothek im Schlosse zu Berlin

Dirigent: Christian Blüggel mit Begleitheft

01-12 Regimentsmärsche I

13-15 Dienststücke des Königsregiments

16-23 Musik der Kavallerie

24-27 Dienststücke des Regiments von Selchow

28-43 Feldstücke der Kavallerie

44-47 Feld- und Dienststücke des Regiments von Selchow

48-58 Regimentsmärsche II

Gesamtspieldauer: 69: 46 Min

Best.-Nr.: 7257



CD

€ 15,95

Horst F. E. Dequin

Hermann Balk, der erste Preuße

Das vorliegende Buch ist weniger eine Biographie als die Würdigung des Lebenswerks des ersten Landmeisters von Preußen u. Livland.

Kart., 217 Seiten, mit Abb.

Best.-Nr.: 2354

statt € 20,00 nur € 9,95



CD

Eva Pultke-Stradnick

Ein Stück Bernstein in meiner Hand

Geschichten aus Ostpreußen

Kart., 112 Seiten

Best.-Nr.: 6968



statt € 7,40 nur € 3,95

Andreas Müller

Schluss mit der Sozialromantik!

Ein Jugendrichter zieht Bilanz

Seit fast 20 Jahren arbeitet Andreas Müller als Richter. Vor seiner Richterbank landen viele harte Fälle: S-Bahn-Überfälle, Gewaltausbrüche, sexueller Missbrauch. Auch drei Jahre nach dem Tod von Kirsten Heisig, einer engen Weggefährtin Müllers, kann Müller keine Besserung der Zustände erkennen: Im Bereich des Jugendstrafrechts soll eingespart werden, das Neuköllner Modell gerät in Vergessenheit, gleichzeitig werden die jungen Intensivtäter immer brutaler. Das kann Müller nicht



€ 16,99

hinnehmen - jetzt ist die Zeit für Veränderung.
„Am liebsten wäre mir, ich schaffe mich selbst ab.“
Kart, 240 Seiten
Best.-Nr.: 7262

Heimatklänge aus Ostpreußen

Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau

Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Vertelkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergesslichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen. Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau.



CD

€ 12,95 nur € 9,95

Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landsleuten den Ehrentitel „Mutter Ostpreußen“ erhielt, ist zu hören. Mit ihrem Gedicht „Es war ein Land“ gab sie dem Zauber der Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristallinen Seen“ den wohl schönsten lyrischen Ton.

Aus dem Inhalt: Land der dunklen Wälder – Ostpreußenlied (Brust/Hannighofer), Bergedorfer Kammerchor, 1:50, Brief an den treulosen Heinrich / Sprecherin. Marion Lindt, 2:45, Goldaper Kirmestanz (Volksweise), 0:48, De Brautschau / Sprecher: Dr. Alfred Lau, 3:07, Anke von Tharaw (Silcher / Dach), Karl-Horst Schröder, Bariton, 2:11, u.v.m

Gesamtlaufzeit: 1:17:25

Best.-Nr.: 6770

Hans Hellmut Kirst

Gott schläft in Masuren

Roman

Geb., 297 Seiten,

Best.-Nr.: 6991, € 18,50



CD

Hans Hellmut Kirst

Deutschland deine Ostpreußen

Geb., 160 Seiten

Best.-Nr.: 6825, € 16,80



Neuaufgabe

Preußens Gloria - Armeemärsche des 18. und 19. Jahrhundert

1. Marsch aus der Zeit Friedrichs des Großen; 2. Marsch 1741 - Friedrich II. von Preußen; 3. Der Rheinströmer - Histor. Version; 4. Der Mollwitzer - Friedrich II. von Preußen; 5. Der Kesselsdorfer - J. A. S. Scharlinsky; 6. Marsch B-Dur 1750 - Prinz A. W. von Preußen; 7. Marsch Es-Dur 1751 - Prinz A. W. von Preußen; 8. Marsch 1756 - Friedrich II. von Preußen; 9. Der Hohenfriedberger - Friedrich II. von Preußen; 10. Marsch Herzog von Braunschweig - Histor. Version; 11. Der Dessauer - Histor. Version; 12. Torgauer Parademarsch - Friedrich II. von Preußen; 13. Marsch des Hessischen Kreisregiments - Histor. Version; 14. Marsch 1837 aus Petersburg - Histor. Version; 15. Margarethen



CD

€ 14,95

Marsch - Gottfried Piefke; 16. Kaiser Wilhelm Siegesmarsch - Gottfried Piefke; 17. Der Königgrätzer Marsch - Gottfried Piefke; 18. Düppel-Schanzen-Sturm-Marsch - Gottfried Piefke; 19. Siegesmarsch von Metz - Gottfried Piefke; 20. Anmarsch mit Parade-marsch, Marsch des York'schen Korps - L. v. Beethoven; 21. Locken zum Großen Zapfenstreich; 22. Zapfenstreichmarsch; 23. 1. Post, 2. Post, 3. Post; 24. Zeichen zum Gebet, Gebet, Abschlagen und Ruf nach dem Gebet u.v.m.

Best.-Nr.: 6899

PMD

Preussischer Mediendienst



Anne Applebaum

Der Eiserner Vorhang

Die Unterdrückung Osteuropas 1944-1956

Osteuropa im Kommunismus - Leben hinter dem eisernen Vorhang In ihrem neuen, hochgelobten Buch erzählt Anne Applebaum, wie Osteuropa nach 1945 hinter dem Eisernen Vorhang verschwand. Auf Basis umfangreicher Archivrecherchen und Gesprächen mit zahlreichen Zeitzeugen zeigt sie eindrucksvoll, wie systematisch und brutal sowjetische Truppen und einheimische Kommunisten in den Ländern Osteuropas stalinistische Diktaturen errichteten und was dies für die Menschen dort bedeutete. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs mussten die Bewohner Osteuropas erkennen, dass sie mit der

lesensWERT!

Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Ankunft sowjetischer Truppen unter eine neue Form totalitärer Herrschaft geraten waren. Hinter der Linie, die bald »Eiserner Vorhang« hieß, wurden die Staaten Osteuropas gewaltsam in sozialistische Gesellschaften verwandelt. Dabei veränderte der Kommunismus nicht nur die Wirtschaft und die Politik, sondern drang in alle Bereiche des Lebens vor.

In ihrem neuen Buch zeigt Anne Applebaum, wie dieser Prozess der Unterdrückung vonstattenging und wie der Totalitarismus das Alltagsleben von Millionen von Europäern prägte.

Geb., 640 Seiten

Best-Nr.: 7263

€ 29,99

Udo Ulfkotte

Was Oma und Opa noch wussten

So haben unsere Großeltern Krisenzeiten überlebt.

Geb., 233 Seiten

Best.-Nr.: 7225, € 19,99



CD

Hermann Sudermann

Das Bilderbuch meiner Jugend

Geb., 331 Seiten

Best.-Nr.: 6823, € 19,80



CD

Birgit Kelle

Dann mach doch die Bluse zu

Ein Aufschrei gegen den Gleichheitswahn

In Deutschland wird heftig diskutiert: über Frauenquote, Krippenplätze, Sexismus, über die Gleichstellung von Mann und Frau. Der eigentliche Skandal ist aber, dass diejenigen, die zu Hause bleiben und unsere Kinder erziehen, die Dummen sind. Warum eigentlich? Es ist doch das gute Recht jeder Frau, ihr Leben so zu leben, wie sie es glücklich macht. War der Feminismus nicht einst genau dafür eingetreten? Auf dem Weg der gleichen Rechte ist etwas verlorengegangen. Nämlich die Freude, einfach Frau zu sein. Dieses Buch ist eine Ermutigung für alle Frauen, die es gerne sind, es zeigen und das auch nicht ständig rechtfertigen müssen. Für Mütter, die gerne



€ 17,99

Mütter sind und die berufliche Laufbahn hinten anstellen. Sie alle haben in Deutschland keine echte Lobby. Es ist höchste Zeit, gegen den Gleichheitswahn aufzustehen. „Es gibt hunderttausende Frauen wie mich in diesem Land. Frauen, die gerne Frauen sind, es gerne zeigen und das auch nicht ständig diskutieren müssen. Und Mütter, die gerne Mütter sind. Sie alle haben in Deutschland keine Lobby. Für sie ist dieses Buch. Als Bestätigung: Lasst euch nicht von eurem Weg abbringen, es ist gut und richtig, was ihr tut. Ihr dürft das! Und hört endlich auf, euch ständig zu rechtfertigen.“

Birgit Kelle, Geb., 224 Seiten, Best.-Nr.: 7258

Pro Patria, Märsche und Lieder

1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26 3) Die Wacht am Rhein 4:16 4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29 5) Lied der Franken 2:09 6) Alte Kameraden 3:03 7) Siebenbürgenmarsch 3:19 8) Der Coburger 3:24 9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31 10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44 11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48 12) Freiheit, die ich meine 2:17 13) Ich hab mich ergeben 1:19 14) Ich hatt einen Kameraden 4:02 15) Kreuzritter-Fanfare 2:07 16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52 18) Helenenmarsch 2:12, 19) Marsch aus Petersburg 2:14 20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59 21) Althessischer Reitermarsch 2:13



CD

€ 17,95

22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16 23) Der große Zapfenstreich 11:32 24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52

Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206

Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel

Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel

Best.-Nr.: 7091



€ 19,95

Elchschaufel-Schirmmütze

Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform

Best.-Nr.: 6969, € 14,95



CD

Die schönsten Volkslieder

Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler

1 Wenn alle Brünlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle;



CD

€ 14,95

Gesamtspielzeit: 50:16 Min

Mit allen Liedertexten im Beiheft

Best.-Nr.: 6893

Helmut Diwald

Luther- Eine Biographie

Der Mönch und Wittenberger Theologieprofessor war ein Revolutionär. In der Weltgeschichte findet sich keine Gestalt, die um des Glaubens und der Wahrheit willen entschiedener den Umsturz bewirkt, eine Revolution herbeigeführt und dann schließlich auch bejagt hat. Die Reformation war ein Geschehen, das vier volle Jahrzehnte überspannte. Sie begann mit dem sogenannten Turnerlebnis Luthers um 1515, setzte mit Luthers 95 Thesen gegen den Ablasshandel im Oktober 1517 ein erstes öffentliches Fanal und wurde beendet vom Augsburger Religionsfrieden des Jahres 1555. Die Etappen dieses Prozesses sind identisch mit den Etappen der tiefgreifendsten Revolution, von der Europa jemals erfaßt wurde. Kein Um-



Neuaufgabe

sturz war so grundsätzlich und erfaßte breitere Fundamente. Luthers Revolution wurde allerdings verdeckt, diszipliniert und getarnt unter dem Etikett „Reformation“; ihr Feuer wurde damit nicht gelöscht. Und mit seiner Bibelübersetzung legte Luther zudem den Grundstein für die deutsche Hochsprache und damit für ein Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen, für ein

deutsches Nationalbewußtsein. So hat sich in diesem Mann das entscheidende Doppelprinzip der christlichen Moderne und der politischen Neuzeit verkörpert: der Anspruch des Gewissens und des Glaubens und das Recht des einzelnen Menschen und des ganzen Volkes auf Freiheit.

Helmut Diwald (1924-1993), der 1978 mit seiner "Geschichte der Deutschen" großes Aufsehen erregte, setzt dem deutschen Revolutionär und Glaubenserneuerer Luther mit dieser packend geschriebenen Biographie ein würdiges Denkmal.

Geb., 454 Seiten

Best.-Nr.: 2729

€ 29,80

Christopher Clark

Die Schlafwandler

Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog



CD

€ 39,99

Geb., 896 Seiten mit Abbildungen

Best.-Nr.: 7259

zu lösen, dessen verheerende Folgen kaum jemand abzuschätzen vermochte. Schon jetzt zeigt sich, dass "Die Schlafwandler" eine der wichtigsten Neuerscheinungen zum 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs sein wird.

Geb., 896 Seiten mit Abbildungen

Best.-Nr.: 7259

Aktion*

+++ gratis +++

Bei jeder Bestellung ab einem Warenwert iHv € 50,00 erhalten Sie einen Ostpreußenaufkleber kostenlos dazu!!



€ 39,99

PMD

Preussischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 48/13

Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12

Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3,50*, ab einem Bestellwert von € 80,00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands ohne Inseeln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: _____ Name: _____

Straße/Nr.: _____ Telefon: _____

PLZ/Ort: _____

Ort/Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte beachten Sie auch die Angebote in unserem Antiquariat www.die-ostgebiete.de

MELDUNGEN

Besser Hure denn Politiker

Wien – Politiker genießen bei den Österreichern ein noch weit schlechteres Ansehen als Prostituierte. Nur die Gruppe der „Lobbyisten“ rangiert noch leicht hinter den Politikern. Dies ergab eine Umfrage, die das Institut „market“ für das österreichische Wirtschaftsmagazin „trend“ durchgeführt hat. Das Image der Politiker sei damit auf einem Allzeittief gelandet, berichtet „trend“ mit Blick auf ältere Studien. *H.H.*

Kein Geld für EU-Skeptiker

Brüssel – Die EU-Kommission plant neue Regeln zur Parteienfinanzierung. Hiernach sollen Zahlungen aus Brüssel an die Parteien an ein Bekenntnis zu den „Werten der EU“ gekoppelt werden. Doch einigen im EU-Parlament ist das zu wenig. Sie fordern, dass „Populisten und Extremisten, die gegen Europa polemisieren“, kein europäisches Geld erhalten. Es wird derzeit damit gerechnet, dass bei der EU-Wahl im Mai 2014 zahlreiche EU-skeptische Parteien ins Parlament einziehen werden. *Bel*

ZUR PERSON

Grüner Pragmatiker?

Tarek Al-Wazir, Parteichef der Grünen in Hessen, ist ein experimentierfreudiger Mensch. Die von ihm forcierten Verhandlungen zur ersten schwarz-grünen Koalition in einem Flächenland sind nun bereits der zweite Versuch, eine ungewöhnliche politische Konstellation zu wagen. Bereits 2008 hatte er mit der damaligen SPD-Chefin Andrea Ypsilanti versucht, eine rot-grüne Minderheitsregierung mit Duldung der Partei „Die Linke“ zu bilden. Der Sohn einer deutschen Lehrerin und eines Jemeniten sah sich schon als Umweltminister, doch dann gab es eine Meuterei in der SPD und Al-Wazirs Erzfeind Roland Koch (CDU) durfte in Hessen weiterregieren.

Und nun will er genau mit dieser von Koch geprägten Hessen-CDU koalieren, die angeführt wird von Volker Bouffier, der unter Koch Innenminister war und für seine harte Linie von Al-Wazir oft genug kritisiert wurde. Doch der 1971 in Offenbach am Main geborene Diplom-Politologe ist auch Realist.



Würde er sich erneut in ein rot-rot-grünes Abenteuer stürzen, wie es die Hessen-SPD favorisiert, müsste er stets auf die Launen der Linkspartei Rücksicht nehmen, von der er nicht viel hält. So unterstellt er ihr, nicht mit Geld umgehen zu können und eher von Ideologien denn von Pragmatismus getrieben zu sein. Da ist ihm eine Koalition mit der CDU lieber. Hier kann er den Ton angeben, auch lobt er Bouffiers Wandel vom Koch-Ziehsohn hin zum Landesvater. Dass Al-Wazir bei den Hessen auf bessere persönliche Beliebtheitswerte als Bouffier verweisen kann, stärkt zusätzlich seine Verhandlungsposition. Und auch wenn er wegen der Grünen-Wähler bezüglich Flughafen-Ausbau und -Lärmschutz hart verhandelt muss, so zeigte er bereits im Wahlkampf überraschend großes Interesse an Belangen der Unternehmen. *Bel*



Alles kleine Nazis

Warum artige Kinder verdächtig sind, warum Opposition nicht mehr geduldet werden darf, und wie ein »Migrant« alles falsch macht / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Alarm: Drei- bis sechsjährige Neonazis unterwandern unsere Kitas, meldet die „Zeit“ ihren zutiefst schockierten Lesern. Das Hamburger Intelligenzblatt zitiert zum Beweis Heike Radvan, Leiterin der „Fachstelle Gender und Rechtsextremismus“ bei der „Amadeu-Antonio-Stiftung“. Radvan wörtlich: „Einige dieser Kinder versuchen, in der Kita offensiv die Ideologie zu verbreiten.“ Gemeint ist der braune Ungeist ihrer Eltern.

Entsetzlich. Was soll man nur machen? Es sei diskutiert worden, ob man diese Jungen und Mädchen wegen Kindswohlgefährdung aus ihren Familien herausholen müsse, so die „Zeit“. Im Klartext: Wenn der Vater irrtümliche Ansichten über Kriegsschuldfragen vertritt oder die Mutter Vorurteile gegen irgendwelche Völker hegt, kommt das Amt und rettet die Kinder in eine weltanschaulich zuverlässige Pflegefamilie?

Nein, das dann doch nicht gleich, beruhigt Frau Radvan und hat eine bessere Idee: Ganztagschulen und Tagesstätten, in denen die Kinder „früh demokratischen Alltag“ lernten. Mit anderen Worten: Nehmt die Familien zumindest so lange auseinander, wie es irgend geht. In den Wahlprogrammen laufen solche Forderungen dann unter der Überschrift „Mehr Familienfreundlichkeit in der Politik“.

Gut, aber damit ist das Problem der Nazi-Knirpse, die zwischen Hoppehäschen und Bauklötzchen ihren „Lebensraum“ abstecken, noch nicht gelöst. Die kniffligste Frage ist nämlich: Wie erkennt man die kleinen Monster überhaupt?

Heike Radvan weiß, wie man die Nazis enttarnt: „Das sind Kinder, die besonders gut spüren und daher meist kaum auffallen.“ Wenn Sie Kleinkinder haben, die sich einigermmaßen „artig“ verhalten, müssen Sie also auf einen bösen Brief von der Kita-Verwaltung gefasst sein: „Ihr Sohn hat bislang weder ein anderes Kind verprügelt noch etwas zertrümmert und noch nicht einmal der Betreuerin ins Gesicht gespuckt. Wir, die Betreuer_innen der Kita ‚Kinder sind bunt‘ machen uns daher ernste Sorgen und möchten Sie bit-

ten, mit uns in einen Dialog über die Verhaltensauffälligkeit Ihres Sohnes und Ihren möglicherweise kindswohlgefährdenden politischen Einfluss zu treten.“ Dann sehen Sie mal zu, wie Sie da wieder rauskommen!

Wenigstens haben wir in den Kitas (hoffentlich!) ideologisch geschultes Personal, um die Gleichschaltung der Kinder zum Bekenntnis zu mehr Vielfalt sicherzustellen. Was aber ist mit den Gören, die zu Hause bleiben? Die flächendeckende Kita-Pflicht ist unabdingbar, zumal die Zuhausebleiber demnächst wieder mehr werden könnten. Immer mehr junge Frauen und Männer freunden sich nämlich mit dem klassischen Rollenbild – er macht Karriere, sie bleibt zu Hause und kümmernt sich um Heim und Nachwuchs – an, wie eine Studie ergeben hat. Hat denn all das „Gender“ und jahrzehntelange Lächerlichmachen des Hausfrauenberufs nichts genützt?

Scheint so: Dreist und ohne Rücksicht auf die Erkenntnisse der Genderforschung entscheiden diese junge Leute einfach für sich selbst, wie sie leben möchten. Sie wollen nicht einsehen, dass „Vielfalt der Meinungen und Lebensentwürfe“ heute heißt, dass wir alle die gleiche Meinung vertreten, und zwar die, dass Mann und Frau beide erwerbstätig sein sollen und die Kinder durch weltanschaulich sattelfeste Staatsangestellte betreut werden müssen.

Derlei Opposition darf nicht toleriert werden, schon um der Toleranzerziehung der Kinder wegen. Opposition ist ohnehin eine Provokation, seitdem wir erkannt haben, dass abweichende Auffassungen entweder populistisch oder rechtsverdächtig oder gleich beides sind und daher erstickt werden müssen.

Das gilt zu Hause wie in der großen Politik: Im Vorfeld der EU-Wahlen nächstes Jahr fordern Politiker, dass Parteien, die „gegen Europa polemisieren“, von der Parteienfinanzierung ausgeschlossen werden (siehe Meldung

links). Der CSU-Europa-Parlamentarier Manfred Weber begründet die Forderung damit, dass Parteien, die „gegen Europa“ seien, nicht auch noch „europäisches Geld“ bekommen sollten.

Interessant: Europäisches Geld? Ist es nicht vielmehr das Geld der europäischen Steuerzahler, also auch derjenigen, welche millionenfach die „populistischen Parteien“ wählen? Und ist das nicht ein Kern der Demokratie überhaupt – das Geld im Staatshaushalt ist das Geld des Volkes? Ach, von wegen: Wer so denkt, ist selber schon Populist. Die modernen Demokraten haben mit Herrn Weber zusammen

den Sprung zurück ins Feudalzeitalter getan, als das Geld der Steuerzahler das Geld des Königs war, der darüber nach eigenem Gutdünken verfügen konnte. Heute ist an des Königs Stelle

der europäische Polit-Adel getreten, der „sein“ Geld doch nicht irgendwelchen Abtrünnigen zuschanzen will.

Populismus kommt ja von „populus“, was „Volk“ bedeutet. Daher reden die Populisten auch ständig von ihrem „Volk“ und seinen angeblichen „Rechten“. Feudalherren interessieren sich nicht für Völker und wenn doch, dann nur, weil sie ihnen verdächtig sind. Die Abschaffung der Völker ist daher ein wichtiges Anliegen, mit dem wir Deutsche am besten bei uns selbst anfangen.

Und zwar nicht nur, was die Zukunft angeht, sondern auch rückblickend. Neulich lief die Wiederholung der Fernsehdoku „Geschichte Mitteldeutschlands“ auf Phoenix. Es ging um Adelheid, die Gattin Ottos des Großen.

Dauernnd war von Burgund und Italien die Rede, doch wenn es um Ottos Heimat ging, hieß es durchweg entweder „Ottos Reich“, „Reich der Ottonen“ oder „Reich nördlich der Alpen“, nicht ein einziges Mal tauchte das Wort „Deutschland“ auf. Eine Meisterleistung, die selbst die redegewandten Historiker an den Rand ihrer Verdrehungskünste führte. Einmal wäre einer fast ausge-

rutscht, als man ihn stammeln hörte: „Und als Otto dann aus Italien kommend zurück nach ... ääh ... ins Reich nördlich der Alpen ...“ Kein Zweifel: Beinahe hätte er „Deutschland“ gesagt. Puuh! Gerade nochmal hingekriegt.

So wird mit der Geschichte die Zukunft gestaltet. Denn wenn es Deutschland (außer natürlich unter Hitler) sowieso kaum je gegeben hat, können wir es leichten Herzens sausen lassen. Wer das anders sieht, bekommt keine Parteienfinanzierung mehr.

Sachen und Leute, die noch irgendwie an „Deutschland“ erinnern, gehören versteckt oder angegiffet. So beschwert sich ein junger Bundeswehroffizier darüber, ständig von anderen Leuten auf der Straße diskriminiert zu werden. Nicht wegen seiner Hautfarbe, er sagt, er sei „halb schwarz“, sondern wegen seiner Uniform.

Er versteht das nicht. So habe die Bundeswehr mit „der faschistischen Wehrmacht“ doch gar nichts mehr zu tun; beim „kleinsten Nazi-Verdacht“ würde eine Kaserne auf den Kopf gestellt, beteuert er in der „Zeit“. Er meint wohl, die eher linken Leser des Blattes damit milde zu stimmen und ahnt gar nicht, dass er ihnen mit folgenden Worten erst recht Munition für ihren Hass liefert: „Und wer glaubt, dass es nach einer gemeinsam durchgestandenen Gefechtsübung noch ‚Ausländer‘ gibt, hat keine Ahnung von der zusammenschweißenden Wirkung unseres Berufs.“

Wie bitte? „Zusammenschweißende Kraft“? Keine „Ausländer“ mehr, sondern nur noch Deutsche also?

Junger Mann: Das ist es doch gerade, was Ihren Laden so abscheulich macht. Wenn die „Ausländer“ nicht wenigstens brav „Migranten“ bleiben, sondern Deutsche werden, die sogar, wie Sie schreiben, schwören, „das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“ und sich wie Sie als „Schuttschilde Deutschlands“ betrachten, dann wird es mit der Auflösung dieses Volkes nie etwas! Ihr rückwärtsgewandtes Gefasel vom „Volk“, von „Deutschland“ und von „Tapferkeit“ hat im Reich nördlich der Alpen nichts mehr verloren.

MEINUNGEN

***Rolf Bauerdick** ereifert sich in der „Welt“ vom 21. November über Rassismus-Vorwürfe des **Zentralrates Deutscher Roma und Sinti**:*

„Wenn Roma-Zuhälter Tausende junger Frauen auf den Strich schicken, stellt sich kein einziger Funktionär schützend vor die Opfer. Für den Zentralrat (der Sinti und Roma) ist Kriminalität der Roma allein von Individuen zu verantworten. Kollektiv ist nur der Rassismus der Dominanzgesellschaft.“

***Volker Wissing**, der Chef der FDP in Rheinland-Pfalz, prangert in „Handelsblatt Online“ (21. November) die bisherigen **schwarz-roten** Koalitionsvereinbarungen an:*

„Die von CDU und SPD betriebene Rückabwicklung der Agenda 2010 macht aus Deutschland wieder das, was es vor der Agenda 2010 war, den kranken Mann Europas ... Wer linke Themen, wie zum Beispiel den Mindestlohn, einfach durchwinkt statt sich kritisch damit auseinanderzusetzen, verliert zuerst die politische Deutungshoheit und dann auch die Mehrheit ... Die CDU hat aufgehört, eine politisch-gesellschaftliche Größe zu sein, die die Debatte prägt und Themen setzt.“

***Der Historiker Arnulf Baring**, erregt sich in der „Bild“-Zeitung (21. November) über den **elenden Zustand der bundesrepublikanischen Demokratie**:*

„Die Demokratie in Deutschland wird mehr und mehr ausgehöhlt! Unser Parlament ist zur Farce geworden. Nur wenn Meinungen aufeinanderprallen, kann sich der Bürger ein Urteil bilden. Doch bei uns sind Debatten unerwünscht, kontroverse Standpunkte werden bekämpft wie Verbrechen.“

***Volker Zastrow** kritisiert in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ vom 24. November das **Gehabe der SPD** bei den Koalitionsverhandlungen:*

„Die Koalitionsverhandlungen dort demonstrieren für jedermann eine unübersehbare Schieflage. Die SPD führt sich auf, als hätte sie die Wahl gewonnen, sie macht durch Masse wett, was ihr an Klasse fehlt. Im Kern: Sie ist schon lange keine Volkspartei mehr ... Die SPD hat sich abgeschlossen, sie durchdringt mit ihren Wurzeln schon längst nicht mehr die Gesellschaft, möchte aber die Bequemlichkeiten einer Milieupartei mit der Gestaltungskraft einer Volkspartei verbinden – und das gilt nur als Anspruch, nicht als Wirklichkeit.“

Auf dem Internet-Portal „Die Achse des Guten“ quittiert **Henryk M. Broder** mit bissigem Spott, dass die „Süddeutsche Zeitung“ (SZ) nahelegt, der deutsch-ägyptischen Autor **Hamed Abdel-Samad** habe seine mutmaßliche Entführung in gewisser Weise mitzuverantworten:

„Der Süddeutsche Beobachter findet, Hamed hat provoziert und deswegen seine Entführung, so es denn eine war, mehr oder weniger herbeigeschrieben. So gesehen ist es ein Wunder, dass die Franziska (Augstein) und der Heribert (Prantl – beides prominente SZ-Autoren) noch nicht entführt wurden. Aber wer möchte die beiden schon in seinem Keller haben?“